

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Christian Pfeiffer/Peter Wetzels

Zur Struktur und Entwicklung der Jugendgewalt in Deutschland

Ein Thesenpapier auf Basis aktueller Forschungsbefunde

Ute Schad

Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen und soziologisch-pädagogische Defizite

Lothar Lappe

Berufliche Chancen Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland

B 26/99

25. Juni 1999

Christian Pfeiffer, Dr. jur., geb. 1944; Studium der Rechtswissenschaften und Sozialpsychologie in München und London; Professor für Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafvollzug an der Universität Hannover und Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e. V. (KFN).

Veröffentlichungen u. a.: Kriminalprävention im Jugendgerichtsverfahren, 2. Aufl., Köln 1990; (zus. mit Werner Greve) Forschungsthema Kriminalität, Baden-Baden 1996.

Peter Wetzels, Dr. phil., geb. 1959; Studium der Psychologie und Rechtswissenschaft in Bremen; stellvertretender wissenschaftlicher Direktor des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen e. V. (KFN).

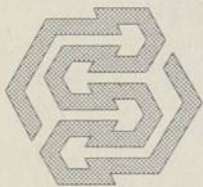
Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Werner Greve, Wolfgang Bilsky, Eberhard Mecklenburg und Christian Pfeiffer) Kriminalität im Leben alter Menschen, Stuttgart 1995; Gewalterfahrungen in der Kindheit, Baden-Baden 1997; (zus. mit Luise Greuel u. a.) Glaubhaftigkeit der Zeugenaussage. Theorie und Praxis der forensisch-psychologischen Begutachtung, München 1998.

Ute Schad, Dr. rer. pol., geb. 1961; Studium der Sozialwissenschaften in München; freie Autorin und Sozialwissenschaftlerin; Lehrauftrag an der Universität der Bundeswehr München-Neubiberg.

Veröffentlichungen u. a.: Verbale Gewalt bei Jugendlichen. Ein Praxisforschungsprojekt über ausgrenzendes und abwertendes Verhalten gegenüber Minderheiten, Weinheim u. a. 1996; Multikulturelle Herausforderungen. Handreichungen für die politische Bildungsarbeit, Neuwied u. a. 1997.

Lothar Lappe, Dr. phil. habil., geb. 1939; seit 1990 Mitarbeiter am Deutschen Jugendinstitut in München; davor Forschungstätigkeit am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin und am Soziologischen Forschungsinstitut in Göttingen.

Veröffentlichungen u. a.: Die Arbeitssituation erwerbstätiger Frauen, Frankfurt am Main 1981; (Koautor) Persönlichkeitsentwicklung in Facharbeiterbiographien, Bern 1991; Berufsperspektiven junger Facharbeiter, Frankfurt am Main 1993.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn. Internet: <http://www.bpb.de>; E-Mail: ag2@bpb.de

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/9 79 91 86, möglichst Telefax 06 51/9 79 91 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 7,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Zur Struktur und Entwicklung der Jugendgewalt in Deutschland

Ein Thesenpapier auf Basis aktueller Forschungsbefunde

Am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen wurden im Jahr 1998 drei umfangreiche Untersuchungen zum Thema Jugendgewalt durchgeführt: eine Repräsentativbefragung von Jugendlichen neunter Schulklassen zu ihren Gewalterfahrungen und -handlungen, eine Analyse aller Akten der Jahrgänge 1990, 1993 und 1996 der Staatsanwaltschaft Hannover, die junge Menschen unter 21 Jahre betreffen, die als Tatverdächtige von Gewaltdelikten polizeilich registriert worden sind, und eine Untersuchung der Entwicklung der Kriminalität junger Menschen anhand von Statistiken der Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte auf Bundes- und Landesebene. Im nachfolgenden werden zentrale Befunde dieser drei Forschungsprojekte in Thesenform vorgestellt und erläutert¹.

I.

Der Anstieg der Jugendgewalt fällt in Wirklichkeit schwächer aus, als die polizeilichen Daten es signalisieren. Die Daten der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) zeigen bundesweit einen drastischen Anstieg der Jugendgewalt, und zwar sowohl bei den Tätern als auch bei den Opfern. Demgegenüber finden sich in den Altersgruppen ab 30 Jahre aufwärts derartige Entwicklungen nicht². Abbil-

Dieser Beitrag stellt eine überarbeitete und auf einer breiteren Datenbasis stehende Fassung eines früheren Aufsatzes der Autoren dar. Vgl. C. Pfeiffer/P. Wetzels, Migration, soziale Lage und die Entwicklung der Jugendgewalt: Eine Zwischenbilanz aktueller empirischer Forschungsarbeiten in sieben Thesen, in: Neues Archiv für Niedersachsen, 5 (1998)2, S. 1-21.

1 Ergebnisse dieser drei Untersuchungen, die allerdings bezüglich der Schülerbefragung noch auf die Städte Hamburg, Hannover, Leipzig und Stuttgart beschränkt waren (9 700 Befragte), liegen in Form eines Forschungsberichtes vor, der für den 24. Deutschen Jugendgerichtstag erstellt wurde (Anm. 5). Mittlerweile liegen aus der Repräsentativbefragung Daten von 12 882 Befragten aus den Städten Kiel, Hamburg, Hannover, Stuttgart, Schwäbisch Gmünd, Leipzig, Wunstorf und Lilienthal dazu vor.

2 Vgl. C. Pfeiffer, Juvenile Crime and Violence in Europe, in: M. Tonry (Hrsg.), Crime and Justice. A Review of Research, 23 (1998), S. 255-328.

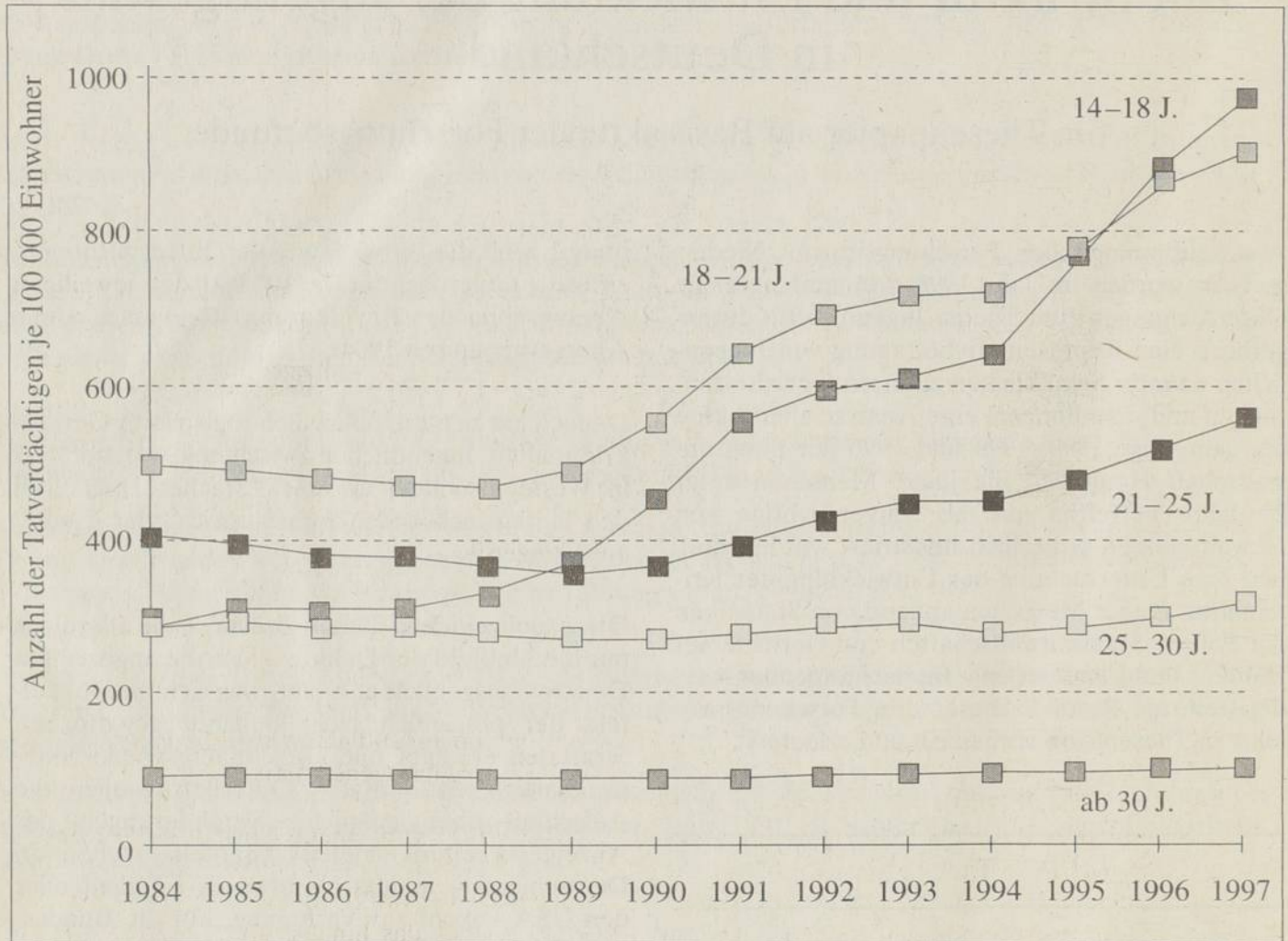
dung 1 zeigt die Entwicklung der Tatverdächtigenziffern (Tatverdächtige je 100 000 der jeweiligen Altersgruppe der Bevölkerung) für verschiedene Altersgruppen seit 1984.

Danach hat sich die polizeilich registrierte Gewaltkriminalität Jugendlicher zwischen 1984 und 1997 in Westdeutschland um das 3,3fache erhöht. Bei den Heranwachsenden ist sie um ca. vier Fünftel angestiegen.

Diese polizeilichen Daten beschreiben allerdings nur das Hellfeld der Delikte – also die angezeigten Delikte. Ausgeblendet bleibt, was sich im Dunkelfeld der polizeilich nicht bekannt gewordenen Straftaten ereignet hat. Regelmäßig wiederholte, gleichartige repräsentative Opferbefragungen, die Aufschluß über mögliche Veränderungen des Anzeigeverhaltens bieten könnten, stehen in Deutschland – anders als etwa in England oder den USA – nicht zur Verfügung. Für die Bundesrepublik liegen lediglich einige regionale Untersuchungen sowie Studien, die an Schulen durchgeführt wurden, vor, die Vergleiche in längsschnittlicher Perspektive gestatten³. Diese weisen darauf hin, daß es eine Zunahme der Jugendgewalt gegeben hat, wobei allerdings der in diesen Untersuchungen festgestellte Anstieg deutlich niedriger ist als die Zuwachsraten der PKS. Es stellt sich deshalb die Frage, ob es eine Zunahme der Anzeigebereitschaft gegenüber jugendlichen Gewalttätern gegeben, sich also die Sichtbarkeit

3 Vgl. K.-J. Tillmann, Gewalt an Schulen: Öffentliche Diskussion und erziehungswissenschaftliche Forschung, in: H. G. Holtappels/W. Heitmeyer/W. Melzer/K.-J. Tillmann (Hrsg.), Forschung über Gewalt an Schulen, München 1997; W. Funk, Nürnberger Schulen-Studie, Regensburg 1995; F. Lösel/T. Bliesener/M. Averbek, Hat die Delinquenz von Schülern zugenommen? Ein Vergleich im Dunkelfeld nach 22 Jahren, in: M. Schäfer/D. Frey (Hrsg.), Aggression und Gewalt unter Kindern und Jugendlichen, Göttingen 1999; J. Mansel/K. Hurrelmann, Aggressives und delinquentes Verhalten Jugendlicher im Zeitvergleich, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 50 (1998); W. Langner/D. Sturzbecher, „Aufklatschen, plattmachen, Zecken jagen!“ – Jugendgewalt in Brandenburg, in: D. Sturzbecher (Hrsg.), Jugend und Gewalt in Ostdeutschland, Göttingen 1997.

Abbildung 1: Entwicklung der Tatverdächtigenziffern der Gewaltkriminalität verschiedener Altersgruppen in den alten Bundesländern einschließlich Berlin



Quelle: Darstellung auf Basis eigener Erhebungen.

der Jugendgewalt erhöht hat. Unsere Schülerbefragung hat Hinweise für einen solchen Anstieg der Registrierungswahrscheinlichkeit von Jugendgewaltdelikten erbracht. Diese resultieren aus der Kombination eines gestiegenen Anteils jugendlicher Migranten an der Gesamtbevölkerung junger Menschen einerseits und einem ethnisch-selektiven Anzeigeverhalten andererseits.

So dominierten nach den Erkenntnissen aus unserer Aktenanalyse zu Beginn der neunziger Jahre bei Gewaltdelikten junger Menschen in Hannover *intraethnische* Konfliktkonstellationen, bei denen Täter wie Opfer derselben ethnischen Gruppe angehören (65,1 %). Im Jahr 1996 fanden die registrierten Gewaltdelikte hingegen mehrheitlich (zu 58,1 %) zwischen Tätern und Opfern statt, die verschiedenen Ethnien angehörten.

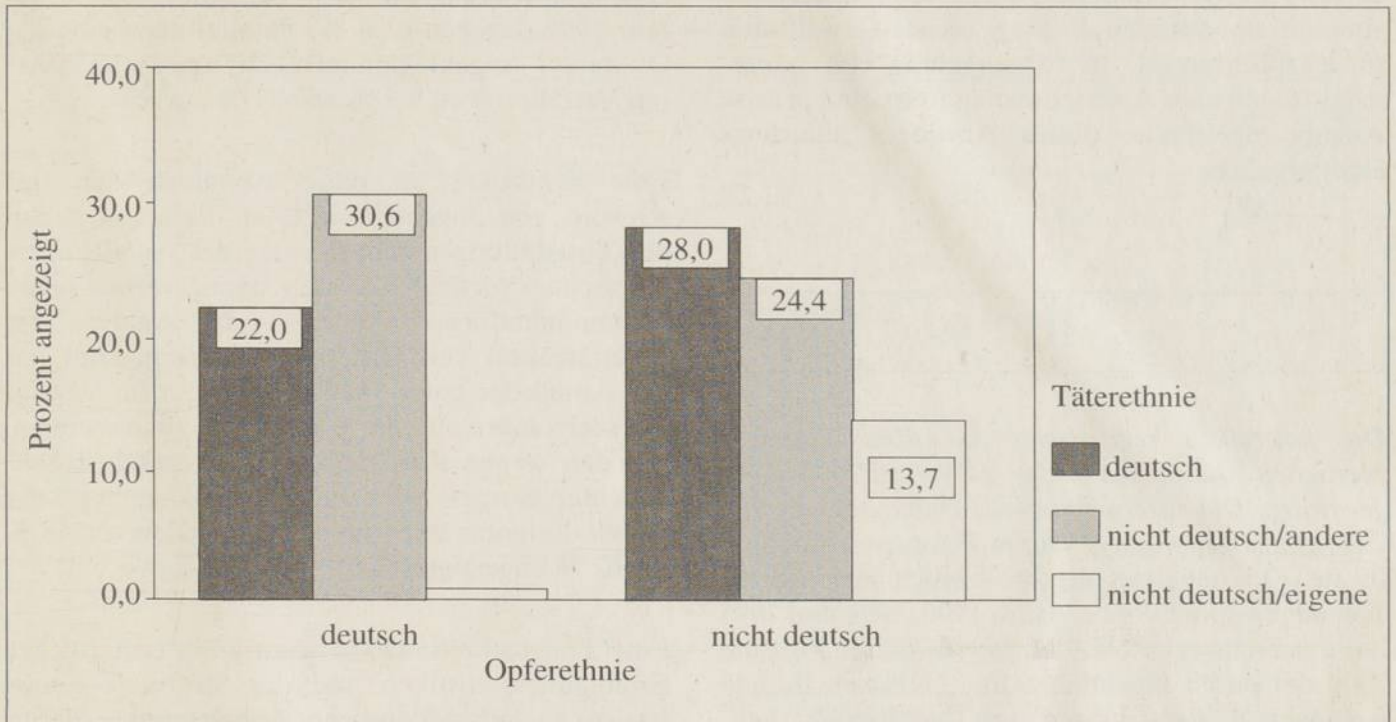
In unserer Schülerbefragung wurden die Opfer von Gewaltdelikten auch nach der ethnischen

Zugehörigkeit des Täters befragt, von dem sie beim letzten Vorfall betroffen waren. Ferner wurde erhoben, ob die Opfer den Vorfall der Polizei angezeigt haben⁴. Es zeigt sich, daß Gewaltdelikte, sofern Täter und Opfer derselben ethnischen Gruppe angehören, seltener angezeigt werden (vgl. Abbildung 2).

Bei der früher dominierenden Täter-Opfer-Konstellation „Max“ gegen „Moritz“ – also zwei jugendliche Deutsche unter sich – wurde nur etwa jede fünfte Gewalttat angezeigt (22,0 %). Wenn aber „Ahmed“ oder „Igor“ den „Moritz“ zusammengeschlagen oder beraubt haben, dann wird fast jeder dritte Fall der Polizei gemeldet (30,6 %). Ganz ähnlich ist die Situation auch, wenn sich eine Gewalttat unter den Mitgliedern derselben Gruppe von Migranten ereignet, der Täter also nicht-

⁴ Als Nichtdeutsche wurden in der folgenden Abbildung alle Jugendliche bezeichnet, die zugewandert sind, also nicht einheimische Deutsche sind.

Abbildung 2: Anzeigeverhalten nach ethnischer Zugehörigkeit von Täter und Opfer



Quelle: Darstellung auf Basis eigener Erhebungen.

deutsch ist, aber der eigenen Ethnie angehört (z. B. „Mehmet“ gegen „Ahmed“). Hier liegt die Anzeigequote bei 13,7 %. Wenn das Opfer ein Nichtdeutscher ist und der Täter ebenfalls, allerdings aus einer anderen ethnischen Gruppe, dann liegt die Anzeigequote mit 24,4 % schon höher. Wenn dagegen das Opfer ein Ausländer ist und der Täter ein Deutscher, erhöht sich die Anzeigequote bei den ausländischen Opfern auf 28 %.

Wir interpretieren diese Befunde so, daß im Falle interethnischer Vorfälle die Bereitschaft und/oder die Kompetenzen zu einer informellen Regelung reduzierter sind. Wenn jugendliche Täter und Opfer aus unterschiedlichen Ethnien stammen, so sind Kommunikationsprobleme eher wahrscheinlich. Diese können dazu beitragen, daß es nicht zu einer Beilegung des Konfliktes durch die Beteiligten selbst oder ihre Eltern kommt, sondern zur Einschaltung der Behörden.

Wegen der starken Zuwanderung fremder Ethnien seit Ende der achtziger Jahre in Westdeutschland ist es bei der Jugendgewalt zu einem Anstieg solcher interethnischen Täter-Opfer-Kombinationen gekommen, bei denen eine höhere Anzeigewahrscheinlichkeit besteht. Wie unsere Aktenanalyse bestätigt, geraten zunehmend Fälle in die Strafverfolgung, die früher noch unter den Tatbeteiligten intern geregelt wurden. Weiter führt das ethnisch selektive Anzeigeverhalten zu einer Überreprä-

sentation von Jugendlichen aus Migrantenfamilien in der Tatverdächtigenstatistik.

Gleichwohl ist von einem Anstieg der Jugendgewalt auszugehen. Die Zunahme der polizeilich registrierten Gewaltkriminalität junger Menschen geht weit über das hinaus, was durch eine Erhöhung der Anzeigebereitschaft erklärt werden könnte. Dies zeigt sich z. B. bei einer Gegenüberstellung der polizeilich registrierten weiblichen und männlichen Opfer. So hat sich bei 14- bis unter 18jährigen männlichen Jugendlichen die Rate der Opfer von Raubtaten zwischen 1985 und 1997 um das 11,8fache erhöht, bei den weiblichen Jugendlichen dagegen nur um das 5,1fache. Eine theoretisch plausible Erklärung, warum die Anzeigebereitschaft der männlichen Opfer (und ihrer Eltern), nicht aber die der Mädchen extrem zugenommen haben sollte, können wir nicht erkennen.

Zudem ist es wenig realistisch anzunehmen, daß sich die Bereitschaft Jugendlicher, z. B. ein Raubdelikt anzuzeigen, seit 1985 extrem verändert haben sollte. Nach unserer Schülerbefragung haben 1997 nur 20 bis 25 % der 14- bis 16jährigen Raubopfer eine Anzeige erstattet. Im Jahr 1985 dürfte diese Quote nur zwischen 4 und 5 % betragen haben, wenn die Zunahme der Opferziffern nur mit dem Wandel des Anzeigeverhaltens erklärt werden sollte. Wir gehen deshalb davon aus, daß die in der PKS abgebildete Zunahme der

Raubdelikte Jugendlicher zum Teil auf ein verändertes Anzeigeverhalten, zu einem größeren Teil aber auf einen realen Anstieg solcher Gewalttaten zurückzuführen ist. In Ermangelung von Längsschnittdaten zum Anzeigeverhalten ist eine präzise Angabe der Höhe dieses Anstieges allerdings nicht möglich.

II.

Die polizeilich registrierten Gewalttaten junger Menschen sind in den letzten Jahren nicht brutaler geworden. Die durchschnittliche Deliktsschwere hat vielmehr abgenommen. Die in Hannover durchgeführte Aktenanalyse aller polizeilich registrierten Jugendgewaltdelikte der Jahre 1990, 1993 und 1996 hat einerseits erbracht, daß sich in dieser Zeit die Zahl der durch Jugendliche und Heranwachsende begangenen Gewalttaten fast verdoppelt hat⁵. Dabei zeigte sich aber auch, daß die durchschnittliche Tatschwere der Fälle von Jugendgewalt seit 1990 stark zurückgegangen ist.

Der zwischen 1993 und 1996 eingetretene Anstieg der unter 21jährigen, die eines Raubdeliktes beschuldigt wurden, betrifft beispielsweise zu mehr als der Hälfte (54 %) die Schadenskategorie unter 25,- DM und zu 28,9 % die Kategorie 25,- bis unter 100,- DM. Der Anteil der Fälle mit einem Schaden von über 500,- DM ist dagegen von 29,2 % auf 14,8 % zurückgegangen. Ferner hat der Anteil der Raubdelikte, in denen es zu einer Verletzung des Opfers gekommen ist, deutlich abgenommen (von 41,6 % auf 32,0 %). Bei der gefährlichen/schweren Körperverletzung zeigt sich ein ähnliches Bild: Von 1993 auf 1996 steht einer deutlichen Zunahme der Fälle von versuchter Tatbegehung oder von Verletzungen, bei denen keine ärztliche Hilfe nötig war, (von 34,6 % auf 43,9 %) eine geringfügige Abnahme der Fälle mit ambulanter Behandlung sowie ein starker Rückgang von Fällen mit Verletzungen gegenüber, die eine stationäre Behandlung erforderlich machten (von 14,6 % auf 7,9 %). Auch der Einsatz von Waffen war bei den untersuchten Gewalttaten rückläufig (von 34,2 % auf 17,5 %). Zugleich hat der Anteil der angeklagten Ersttäter, die keine Belastung mit

früheren Jugendstrafverfahren aufweisen, stark zugenommen. Im Jahr 1990 betrug er 40,1 %, im Jahr 1996 dagegen 61,9 %. Parallel dazu ging die Quote der Angeklagten mit sechs und mehr früheren Verfahren von 9,5 % auf 4,1 % zurück.

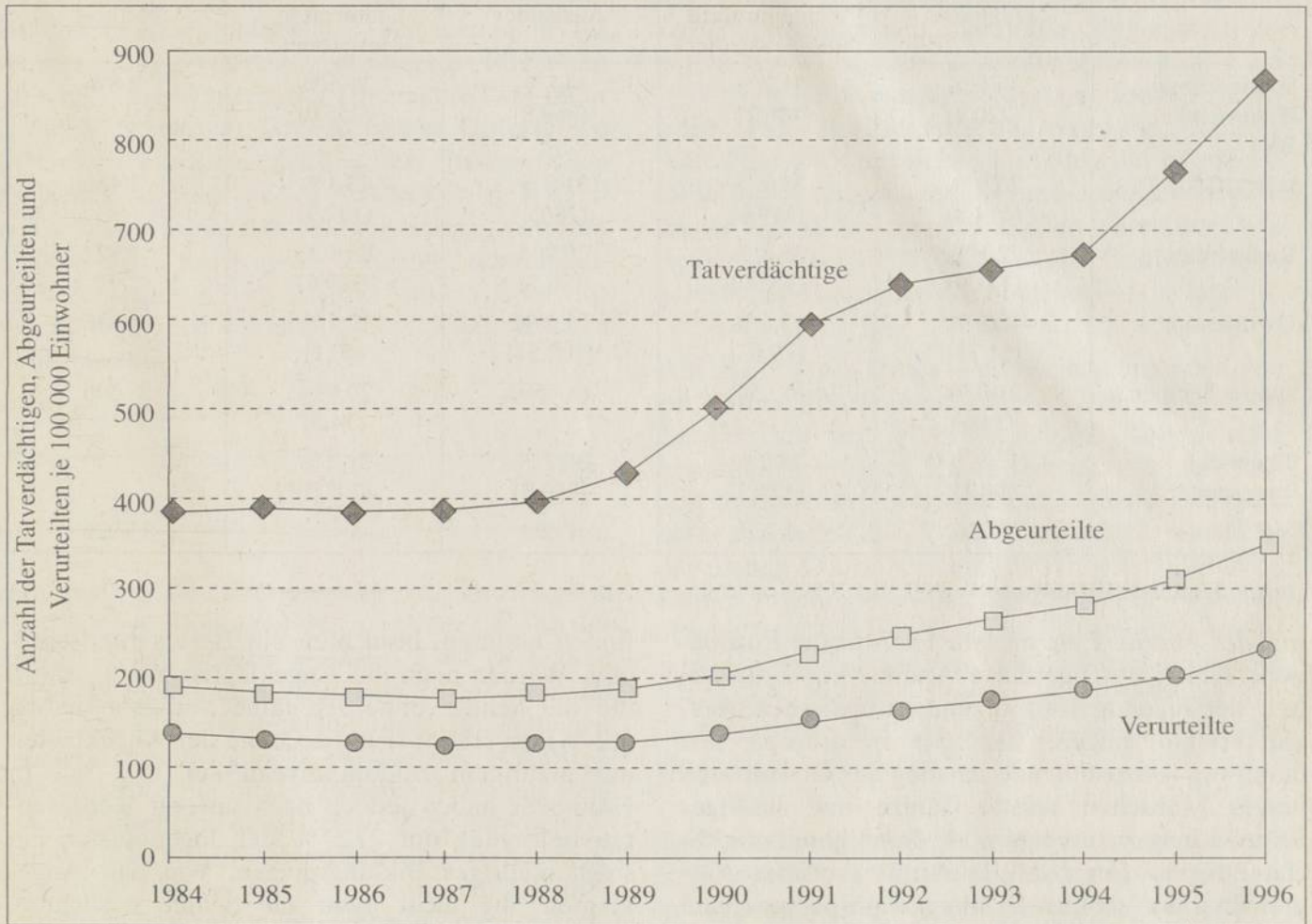
Eine Erklärung für diese Abnahme der Tatschwere von Jugendgewalttaten liefert – neben den Feststellungen zum Anstieg des Anteils *inter-ethnischer* Vorfälle und den damit verbundenen Kommunikationsproblemen – die Analyse der Altersstruktur von Opfern und Tätern. Hier hat der Anteil der unter 18jährigen Opfer im Verlauf der sechs Jahre von 26 % auf 51 % zugenommen. Bei den wegen Raubdelikten oder gefährlichen/schweren Körperverletzungen Angeklagten ist der Anteil der unter 18jährigen in dieser Zeit von 48 % auf 62 % angestiegen.

Eine Längsschnittanalyse staatsanwaltschaftlicher Erledigungsstatistiken und der Strafverfolgungsstatistiken liefert deutliche Anhaltspunkte dafür, daß es die in Hannover zu beobachtende Entwicklung abnehmender Deliktsschwere auch bundesweit gegeben hat. So findet sich ein starker Rückgang der Anklagequote von 14- bis unter 21jährigen Tatverdächtigen der Gewaltkriminalität. Während 1984 noch jeder zweite von ihnen vor Gericht gestellt wurde, war es 1996 nur noch knapp jeder dritte (vgl. Abbildung 3).

Ferner ist in den Daten der Strafverfolgungsstatistik im Längsschnittvergleich der Jahrgänge 1984, 1990 und 1996 eine Veränderung der Sanktionspraxis festzustellen. So hat der Gebrauch freiheitsentziehender Sanktionen gegenüber 14- bis unter 21jährigen Tätern von Raubdelikten im Verlauf dieser zwölf Jahre stark abgenommen. Am deutlichsten wird das bei den nicht zur Bewährung ausgesetzten Jugend-/Freiheitsstrafen. Deren Quote sank von 30 % im Jahr 1984 um fast die Hälfte auf 15,7 % im Jahr 1996. Auch die zur Bewährung ausgesetzten Jugend-/Freiheitsstrafen gingen von 33 % auf 26,5 % zurück. Die Quote des Jugendarrests blieb mit etwa 14 % fast unverändert. Für die gefährlichen/schweren Körperverletzungen ergibt sich ein ähnlicher Trend (Abnahme der Jugend-/Freiheitsstrafe ohne Bewährung von 5,1 % auf 3,5 %; mit Bewährung von 10,1 % auf 8,3 % und von Jugendarrest von 21,8 % auf 18,3 %). Dagegen blieb der Anteil der Jugendlichen und Heranwachsenden, die wegen Diebstahlsdelikten zu Jugend-/Freiheitsstrafen verurteilt wurden, auch in den neunziger Jahren fast unverändert auf dem Niveau, das sich Mitte der achtziger Jahre ergeben hatte.

⁵ Vgl. C. Pfeiffer/I. Delzer/D. Enzmann/P. Wetzels, Ausgrenzung, Gewalt und Kriminalität im Leben junger Menschen. Kinder und Jugendliche als Opfer und Täter, Sonderdruck des DVJJ-Journals zum 24. Deutschen Jugendgerichtstag in Hamburg im September 1998, Hannover 1998, S. 33 ff.

Abbildung 3: Tatverdächtige, abgeurteilte und verurteilte 14- bis unter 21jährige bei Gewaltkriminalität pro 100 000 der Altersgruppe in den alten Bundesländern



Quelle: Darstellung auf Basis eigener Erhebungen.

Wie ist diese Entwicklung zu erklären? Sind die Jugendrichter gegenüber den jungen Gewalttätern milder geworden? Diese Interpretation der Daten erscheint angesichts der Tatsache, daß die offiziell registrierte Jugendgewalt stark zugenommen hat, wenig plausibel. Wir halten es eher für wahrscheinlich, daß die Jugendgerichte ihren Maßstab dafür, wann bei Gewalttaten eine freiheitsentziehende Sanktion erforderlich ist, bislang nicht wesentlich verändert haben. Wir erklären die oben beschriebene Entwicklung vielmehr damit, daß die Tatschwere der Raubdelikte und qualifizierten Körperverletzungen im Verlauf der zwölf Jahre abgenommen hat. Für diese These spricht auch der Rückgang des Anteils der Heranwachsenden an den 14- bis 21jährigen Angeklagten: Während er 1984 bei Raubdelikten noch 49,8 % betrug, waren es 1996 nur noch 35,7 %. Auch bei den qualifizierten Körperverletzungen ist er in dem hier betrachteten Untersuchungszeitraum von 56,3 % auf 45,6 % zurückgegangen.

Zu dieser Interpretation veranlaßt auch die Tatsache, daß die Häufigkeit von Jugend-/Freiheitsstrafen bei Diebstahlsdelikten nur geringfügig abgenommen hat. Unterstellt man, die Jugendrichter seien zunehmend milder geworden, dann müßte diese Veränderung ihrer Sanktionsmaßstäbe nicht nur die Gewaltdelikte, sondern auch die Diebstahlsdelikte erfassen. Dies ist aber nicht der Fall. 1994 wurden bei Raubdelikten noch viermal so oft wie bei Diebstahlsdelikten Jugend-/Freiheitsstrafen ohne Bewährung angeordnet, 1996 dagegen nur noch 2,3 mal so oft.

III.

Die Zunahme der Jugendgewalt steht in engem Zusammenhang damit, daß unsere Gesellschaft immer mehr zu einer Winner-Loser-Kultur wird. Vor allem junge Migranten geraten dabei in ein

Tabelle: Täterraten selbstberichteter aktiver Gewaltdelinquenz im Jahr 1997 nach Bildungsniveau und ethnischer Herkunft (mit mittlerer Deliktshäufigkeit gewichtete Täterraten in Klammern)

	Deutsche	Eingebürgerte und Aussiedler	Ausländer	Täterraten insgesamt	N-Total
Sonderschule, Hauptschule, BVJ	30,1 % (220,9)	31,7 % (196,22)	34,5 % (368,8)	31,6 % (255,0)	2 876
IHR, IGS	20,8 % (114,8)	32,9 % (119,4)	31,8 % (286,2)	23,4 % (142,9)	1 456
Realschule	22,1 % (131,9)	25,6 % (155,9)	29,9 % (36,7)	23,5 % (189,6)	2 822
Gymnasium	11,5 % (51,75)	15,5 % (79,67)	21,1 % (102,54)	12,4 % (60,1)	4 536
andere Schulen	21,0 % (54,6)	(n < 50)	(n < 50)	20,6 % (14,3)	306
Täterraten insgesamt	18,8 % (98,1)	25,0 % (174,5)	30,7 % (250,8)	21,2 % (142,3)	
N-Total	9 024	1 273	1 699		11 996

Quelle: Eigene Erhebungen.

soziales Abseits. Eine im Jahr 1997 für die Europäische Union durchgeführte Analyse zur Entwicklung der Jugendgewalt in zehn europäischen Staaten konnte zeigen, daß der in Europa fast durchweg festzustellende Anstieg der Gewalttaten junger Menschen primär Tätern mit niedriger Schulbildung zuzurechnen ist, deren gesellschaftliche Position von relativer Armut, sozialer Ausgrenzung und schlechten Integrationsperspektiven gekennzeichnet ist⁶. Dies bestätigten Erkenntnisse, die in Frankreich Dubet und Lapeyronnie, in der Schweiz Eisner oder in England Oliver James gewonnen haben⁷.

Entsprechende Ergebnisse hat auch unsere in Hannover durchgeführte Aktenanalyse erbracht. Danach ist die Zunahme polizeilich registrierter Jugendgewalt in den neunziger Jahren zu etwa vier Fünfteln solchen Jugendlichen und Heranwachsenden zuzurechnen, die sozialen Randgruppen angehören. Soweit sie zum Zeitpunkt der Tat noch Schüler waren, besuchten 52,3 % die Hauptschule oder Sonderschule. Weitere 10,8 %, die nach dem Ende der Hauptschule keinen Ausbildungsplatz

finden konnten, besuchten ein Berufsgrundschuljahr. Werden noch die Angeklagten hinzugezählt, die die Schule ohne Abschluß verlassen haben (12 %), so erhöht sich die Quote der Angeklagten mit niedrigem Bildungsniveau auf 75,7 %⁸. In Hannover haben jedoch nach unserer Repräsentativbefragung nur 27,5 % der Jugendlichen ein solch niedriges Bildungsniveau. Von den Angeklagten, die nicht mehr die Schule besuchten, waren im Jahr 1990 zur Tatzeit 38,2 % arbeitslos. Diese Quote erhöhte sich bis 1996 auf 60,4 %⁹. Die Daten zum Beschäftigungsstatus der Eltern der angeklagten jungen Menschen dokumentieren ebenfalls eine Verschlechterung der Lebenssituation: 1990 stammten 16,3 % der jungen Angeklagten aus Familien, die von der Arbeitslosigkeit des Haupternährers betroffen waren; 1996 lag diese Quote bei 27,9 %.

Auch die Schülerbefragung hat für den Zusammenhang zwischen den Zukunftsperspektiven und der sozialen Lage Jugendlicher einerseits und ihrer Gewaltbereitschaft andererseits bestätigende Befunde erbracht. Ein Beispiel sind die Daten zur selbstberichteten Gewaltdelinquenz in Abhängigkeit vom Bildungsniveau der Befragten (vgl.

6 Vgl. C. Pfeiffer/P. Wetzels, Migration, soziale Lage und die Entwicklung der Jugendgewalt: Eine Zwischenbilanz aktueller empirischer Forschungsarbeiten in sieben Thesen, in: Neues Archiv für Niedersachsen, 5 (1998) 2.

7 Vgl. F. Dubet/D. Lapeyronnie, Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft, Stuttgart 1994; M. Eisner, Das Ende der zivilisierten Stadt? Die Auswirkungen der Modernisierung und urbaner Krise auf Gewaltdelinquenz, Frankfurt am Main 1997; O. James, Juvenile Violence in a Winner-Loser-Culture: Socio-Economic and Familial Origins in the Rise of Violence Against the Person, London 1995.

8 Eine Differenzierung der Angeklagten nach deutschen und anderen Ethnien zeigt im übrigen, daß erstere zu 68,3 % ein solches niedriges Bildungsniveau aufweisen, die Angeklagten aus Migrantenfamilien hingegen zu 84,9 %.

9 Die Verschlechterung der sozioökonomischen Lage ist für einheimische Deutsche weniger ausgeprägt (Anstieg der Arbeitslosigkeit von 42,9 % auf 53,8 %), während bei den Angeklagten aus Migrantenfamilien die Arbeitslosenquote von 31 % auf 67,3 % stieg.

Tabelle S. 8). Für Neuntkläbler, die Sonderschulen, Hauptschulen oder das Berufsgrundschuljahr besuchen, liegt die Rate der Gewalttäter um fast das Dreifache über der Vergleichszahl für Gymnasiasten. Werden gewichtete Tätterraten betrachtet, so wächst dieser Unterschied auf mehr als das Vierfache an. Zudem ist der Unterschied der Gewaltbelastung zwischen den einheimischen Deutschen und den jungen Ausländern auch dann nachweisbar, wenn das Bildungsniveau konstant gehalten wird. So liegt die Tätterrate der einheimisch-deutschen Gymnasiasten mit 11,5 % nur etwa halb so hoch wie die Rate der ausländischen Gymnasiasten.

IV.

Der Anstieg der Jugendgewalt ist überwiegend jenen jungen Migranten zuzurechnen, die sozial nicht integriert werden konnten. Eine besondere Problemgruppe sind solche jungen Zuwanderer, die seit längerem in Deutschland unter Bedingungen sozialer Benachteiligungen aufwachsen. Nach den Daten der PKS beruht die zwischen 1984 und 1997 in Westdeutschland eingetretene Zunahme der 14- bis unter 21jährigen Tatverdächtigen bei Gewaltkriminalität¹⁰ zu zwei Drittel darauf, daß die Zahl der nichtdeutschen Tatverdächtigen dieser Altersgruppe stark angewachsen ist¹¹. Ferner ist der Anstieg der deutschen Tatverdächtigen auch durch eine Zuwanderung aus Osteuropa mitbedingt; seit 1988 sind vor allem aus Rumänien, Polen und den Staaten der früheren Sowjetunion insgesamt 2,4 Millionen Aussiedler nach Deutschland gekommen, die mit ihrer Ankunft deutsche Staatsangehörige wurden.

Infolgedessen stellen die einheimischen Deutschen unter den Angeklagten der Jugendgewalt in den Großstädten heute eine Minderheit dar. In Hannover beispielsweise ging ihr Anteil an den wegen Raubdelikten und gefährlichen/schweren Körperverletzungen angeklagten 14- bis unter 21jährigen zwischen 1990 und 1996 von 61 % auf 38 % zurück. Der zwischen 1990 und 1996 in Hannover zu beobachtende Anstieg der wegen Gewaltdelikten angeklagten Jugendlichen und Heranwachsenden ist zu 95,1 % ausländischen Migranten sowie jungen Aussiedlern und eingebürgerten Deutschen zuzurechnen¹².

10 Von 27 605 auf 46 580 Personen.

11 Von 4 762 auf 17 444 Personen.

12 Vgl. C. Pfeiffer u. a. (Anm. 5), S. 41.

Eine weitere Möglichkeit, die Auswirkungen der Zuwanderung von Aussiedlern und Nichtdeutschen auf die Entwicklung der registrierten Jugendkriminalität zu prüfen, bieten die Gefangenenzahlen in den deutschen Jugendstrafanstalten. Eine 1998 vom KFN durchgeführte bundesweite Umfrage ergab zum Stichtag 31. Mai 1998, daß der Anteil der Nichtdeutschen im Laufe der neunziger Jahre stark angestiegen ist und inzwischen eine Quote von 35 % erreicht hat. Der Anteil der Aussiedler liegt bei 10 %, während die Quote der einheimischen Deutschen nur noch bei 54,9 % liegt¹³.

Am KFN sind ferner Vergleichsuntersuchungen zur Kriminalitätsentwicklung in niedersächsischen Landkreisen mit einer besonders hohen oder besonders niedrigen Zuwanderung von Aussiedlern durchgeführt worden. Dabei zeigte sich, daß die registrierte Gewalt- und Diebstahlskriminalität der jungen Deutschen seit 1990 in jenen Gebieten extrem zugenommen hat, die die stärkste Zuwanderung von Aussiedlern hatten. In den Landkreisen mit der niedrigsten Aussiedlerzuwanderung haben sich dagegen Anstiegsquoten ergeben, die deutlich unter dem Landesdurchschnitt der 14- bis unter 21jährigen liegen¹⁴.

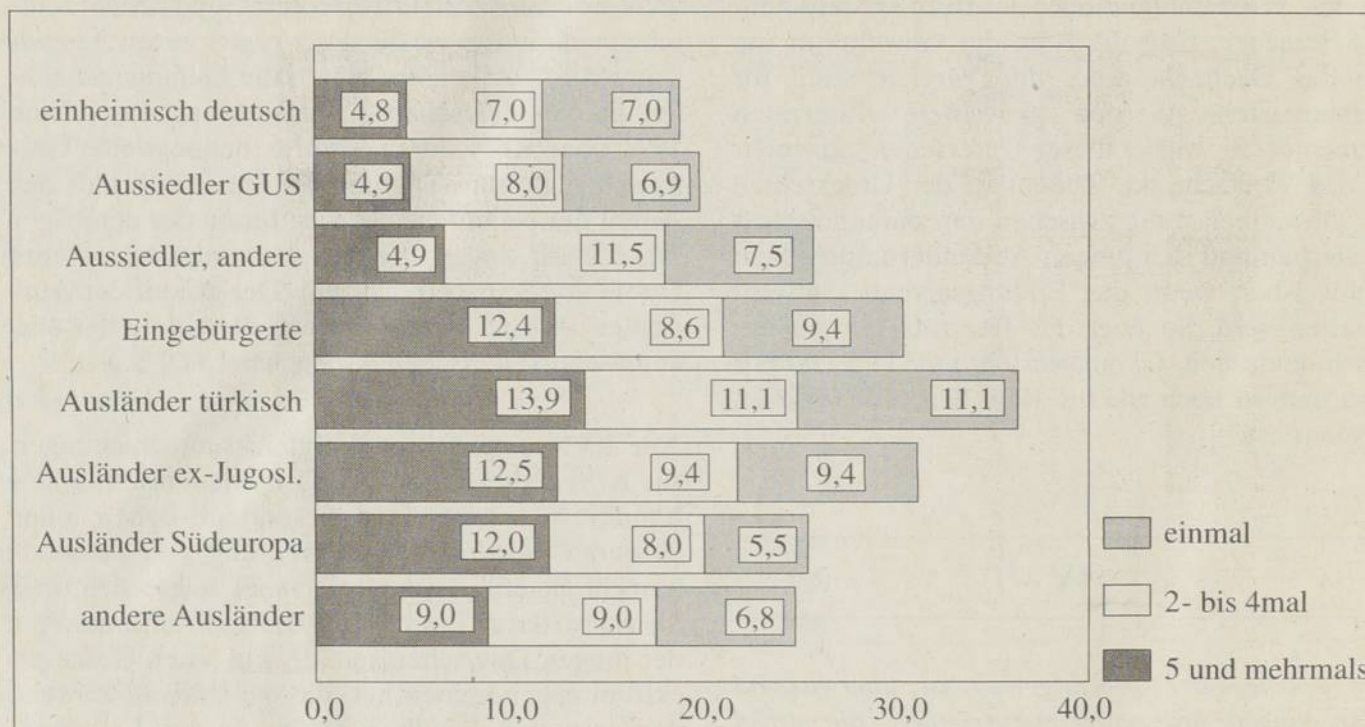
Es wurde bereits aufgezeigt, daß die dominierende Rolle der Migranten beim Anstieg der registrierten Jugendgewalt teilweise auch auf einer erhöhten Anzeigebereitschaft gegenüber Tätern aus fremden Ethnien beruht. Zugleich ist aber auch die tatsächliche Gewaltbelastung der jungen Ausländer höher. So sind ausländische Jugendliche auch dann unter den Tätern der Jugendgewalt erheblich überrepräsentiert, wenn nicht die durch selektives Anzeigeverhalten beeinflussten Hellfelddaten, sondern selbstberichtete über eigenes Gewalthandeln zugrunde gelegt werden.

Die beträchtlichen Unterschiede zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen sind in hohem Maße auf die Differenzen der Raten von Mehrfachtätern mit fünf und mehr Gewalttaten zurückzuführen. Diese Rate ist bei türkischen Jugendlichen mit 13,9 % fast dreimal höher als die entsprechende Quote bei den einheimischen Deutschen (vgl. Abbildung 4). Nicht erhöht sind hingegen die Raten der jungen Aussiedler aus den früheren GUS-Staaten.

13 Vgl. ebd., S. 24.

14 Vgl. C. Pfeiffer/K. Brettfeld/I. Delzer, Kriminalität in Niedersachsen – 1985 bis 1996. Eine Analyse auf Basis der Polizeilichen Kriminalstatistik (KFN-Forschungsberichte, Nr. 60), Hannover 1997, S. 33 ff.

Abbildung 4: Raten der aktiven Gewalttäter 1997 (Selbstberichte) nach ethnischer Herkunft



Quelle: Darstellung auf Basis eigener Erhebungen.

Zusätzlich haben wir die jugendlichen Opfer von Gewalttaten nach der ethnischen Zugehörigkeit der Täter des letzten von ihnen erlebten Gewaltdelikts befragt¹⁵. Die Antworten bestätigen das obige Bild: Türkische Jugendliche wurden von den Opfern aller ethnischen Gruppen am häufigsten als Täter genannt (32,2 %). Sie sind damit – gemessen an ihrem Anteil unter den Befragten – um etwa das Vierfache als Täter überrepräsentiert. Ausländische Jugendliche insgesamt wurden im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Schülerschaft doppelt so oft als Täter genannt.

Diese höhere Belastung junger Ausländer ist nach unseren Erkenntnissen in hohem Maße eine Folge dessen, daß die soziale Integration der jungen Zuwanderer Probleme bereitet. Dies zeigten bereits die Daten zur sozialen Lage der wegen Gewaltdelikten angeklagten jungen Migranten. Weitere Belege für diesen Zusammenhang hat die Schülerbefragung erbracht. Ein wichtiger Indikator für die soziale Integration ist das Bildungsniveau. Die Qualität des Schulabschlusses ist für berufliche Entwicklungsmöglichkeiten und somit auch für gesellschaftliche Teilhabe entscheidend. Die verschiedenen Schulformen sind Ausdruck

15 Bei diesen Vergleichen wurde die Leipziger Stichprobe nicht berücksichtigt, weil dort 99 % der Jugendlichen einheimische Deutsche sind, weshalb eine Täter-Opfer-Beziehung unter Beteiligung verschiedener Ethnien schon a priori kaum möglich ist.

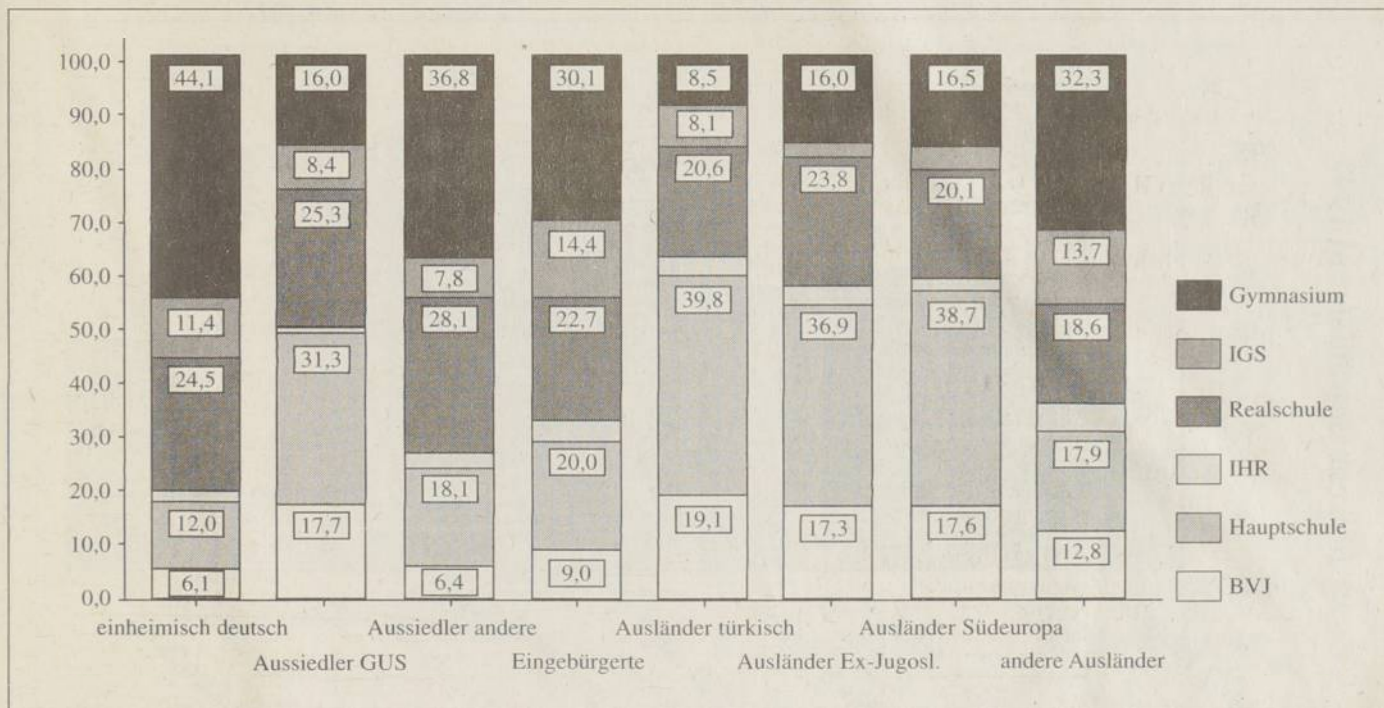
von Zukunftschancen. Ein Vergleich der von den verschiedenen ethnischen Gruppen besuchten Schulformen macht deutlich, daß diese Chancen sehr ungleich verteilt sind (vgl. Abbildung 5).

Die Rate der Gymnasiasten liegt bei den einheimischen Deutschen mit 44,1 % erheblich höher als bei allen jungen Migranten. An der Hauptschule finden sich 12 % der einheimischen Deutschen. Komplementäre Extremwerte finden sich bei den türkischen Jugendlichen, die nur zu 8,5 % das Gymnasium besuchen, aber zu 39,8 % eine Hauptschule. Junge Migranten sind ferner doppelt so oft betroffen, wenn ihre Eltern arbeitslos sind und/oder Sozialhilfe beziehen. Zudem sind junge Migranten erheblich seltener als junge Deutsche Mitglied in einem Sportverein, einem Jugendverband oder einer Jugendgruppe¹⁶ – alles Hinweise auf ihre geringe soziale Integration.

Die Aktenanalyse ergab weiter, daß die starke Zunahme der Migranten unter den Angeklagten zu fast 90 % auf solchen Personen beruht, die als Ausländer in Deutschland geboren wurden oder vor mehr als fünf Jahren zugewandert sind. Ein ähnlichen Befund hat die Schülerbefragung erbracht. In Abbildung 6 werden die Raten aktiv gewalttätiger Jugendlicher (selbstberichtete Gewalt delinquenz) für junge Migranten nach der Dauer

16 Vgl. C. Pfeiffer u. a. (Anm. 5), S. 56 ff.

Abbildung 5: Vergleich der Bildungsniveaus der verschiedenen ethnischen Gruppen



Quelle: Darstellung auf Basis eigener Erhebungen.

ihres Aufenthaltes in Deutschland dargestellt. Zum Vergleich wird auch die Täterrate für einheimische Deutsche angegeben.

Es lassen sich bei den Migrantengrundlichen drei Gruppen unterscheiden: *Erstens* junge Migranten, die erst seit weniger als zwei Jahren in Deutschland sind. Es handelt sich hier vor allem um jugendliche Aussiedler. Die Gewalttäterrate dieser Gruppe liegt mit Abstand am niedrigsten. Sie unterschreitet auch die Rate, die bei einheimischen Deutschen festzustellen ist. *Zweitens* junge Migranten, die sich seit drei bis acht Jahren in Deutschland aufhalten. Deren Gewalttäterrate liegt signifikant über jener der einheimischen Deutschen. Sie ist aber immer noch niedriger als – *drittens* – die Gewalttäterrate der Migranten, die sich seit neun Jahren oder länger in Deutschland aufhalten bzw. hier geboren sind. Die am längsten hier lebenden Migranten haben also die höchsten Täterraten¹⁷.

Junge Migranten sind offenbar eine Zeitlang bereit, Eingliederungsprobleme hinzunehmen. Wenn sich diese sozialen Nachteile jedoch dauerhaft verfestigen, sinkt ihre Bindung an die Normen der Aufnahmegesellschaft. Mit den Ausgrenzungserfahrungen wächst vermutlich auch ihre Tendenz,

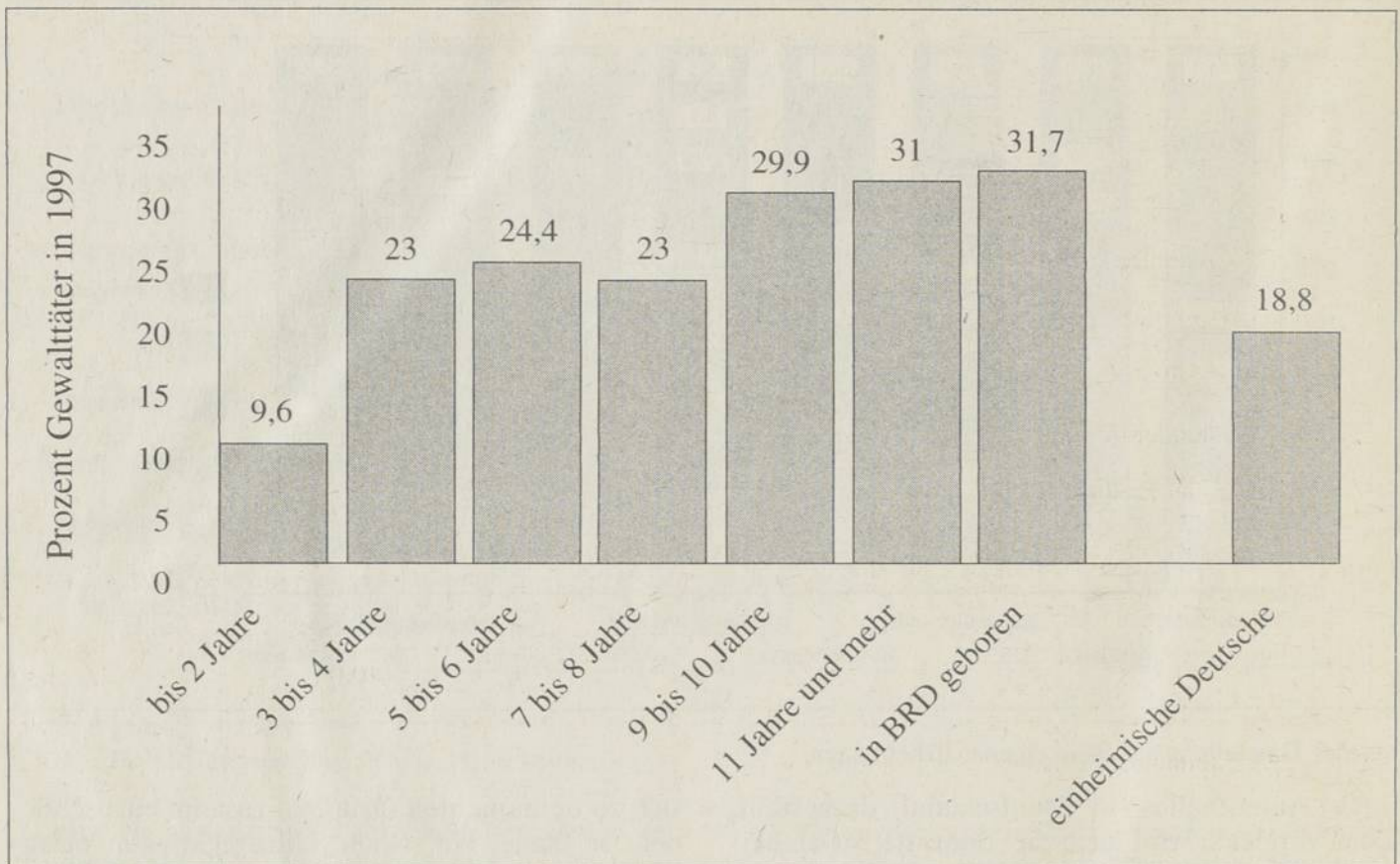
sich zu delinquenten Gruppen zusammenschließen. Je länger sie soziale Ungerechtigkeit erfahren, um so größer wird die Wahrscheinlichkeit, daß sie aus dieser Situation heraus auch Gewaltdelikte begehen. Sie haben gewissermaßen subjektiv berechnete „deutsche Ansprüche“ entwickelt, denen keine „deutschen Chancen“ gegenüberstehen. Dieser Befund impliziert zugleich die Feststellung einer Aufgabe wie auch einer Gefahr: Sofern die Eingliederung neu zuwandernder Jugendlicher mißlingt, entsteht ein Gefahrenpotential.

V.

Jugendliche, die in ihrer Kindheit oder aber auch als Jugendliche von ihren Eltern massiv geschlagen oder mißhandelt wurden, werden erheblich häufiger selber gewalttätig als nicht geschlagene junge Menschen. Im Rahmen unserer Schülerbefragung wurden auch Daten zur Viktimisierung durch elterliche physische Gewalt erhoben und mit den Daten zu Opfererfahrungen durch Gewaltdelikte jugendlicher Täter sowie den Daten zu aktivem Gewalthandeln in Beziehung gesetzt. Nur 44,4 % der Jugendlichen berichteten, daß sie in ihrer Kindheit bis zum 12. Lebensjahr nicht von ihren Eltern geschlagen wurden. 29,4 % erlebten leichte körperliche Züchtigungen, 16,5 % wurden von den

17 Die jungen Aussiedler weisen also demnach im Vergleich zu den einheimischen Deutschen deshalb keine höheren Raten selbstberichteter Gewaltdelinquenz auf, weil sie zu einem erheblichen Anteil erst vor kurzem in die BRD zugewandert sind.

Abbildung 6: Raten aktiver jugendlicher Gewalttäter 1997 bei Migranten nach Aufenthaltsdauer



Quelle: Darstellung auf Basis eigener Erhebungen.

Eltern schwer gezüchtigt und 9,8 % waren Opfer elterlicher Mißhandlungen.

Ein erheblicher Teil der Befragten (42 %) wurde auch noch im letzten Jahr (1997) von den Eltern geschlagen. Fast jede(r) sechste (15,2 %) der von uns befragten Schülerinnen und Schüler wurde in diesem letzten Jahr vor der Befragung Opfer massiver elterlicher Gewalt (Schläge mit Gegenständen, häufige Prügel oder Mißhandlungen). Außerhalb der Familie hatten in dieser Zeit „nur“ 12 % eine Körperverletzung mit oder ohne Waffen durch jugendliche Täter erlebt. Gewalt durch Eltern im familiären Bereich ist damit weiter verbreitet als die Viktimisierung Jugendlicher durch ähnliche Gewalthandlungen seitens gleichaltriger Täter. Die Dunkelfeldanteile dieser beiden Gewaltformen unterscheiden sich erheblich. Während schwere Gewalttaten gegen Jugendliche durch nicht erwachsene (zumeist etwa gleichaltrige) Täter der Polizei zu etwa einem Sechstel bekannt werden, beträgt die Anzeigequote bei Mißhandlungen durch Eltern 2,2 %, d. h., nur etwa jeder 40. Fall wird der Polizei bekannt.

Innerfamiliäre Gewalt gegen Kinder und Jugendliche steht zudem in einem engen Zusammenhang mit der sozialen Lage der Familien. So wurden

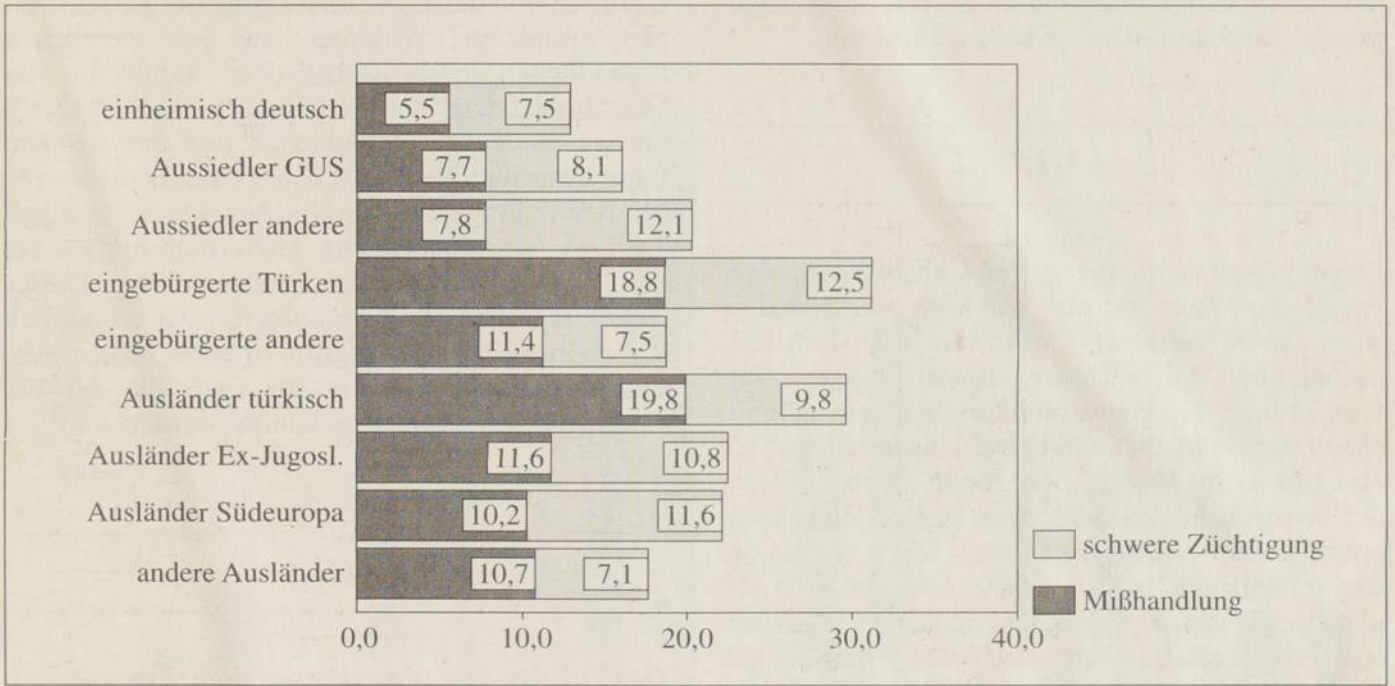
Jugendliche aus von Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfe betroffenen Familien mehr als doppelt so oft mißhandelt wie Jugendliche aus Familien, die nicht mit solchen Belastungen konfrontiert waren¹⁸.

1997 wurden 7,2 % der Jugendlichen von ihren Eltern mißhandelt und 8 % schwer gezüchtigt. Bei einem Vergleich der ethnischen Gruppen (vgl. Abbildung 7) bilden die türkischen Jugendlichen, von denen 1997 fast jeder fünfte Opfer einer elterlichen physischen Mißhandlung geworden ist, das eine Extrem. Besonders hohe Opferraten finden sich ferner bei Jugendlichen aus Jugoslawien und aus Südeuropa. Auf der anderen Seite stehen die einheimischen Deutschen mit einer Rate von 5,5 % Opfern elterlicher Mißhandlung und 7,5 % Opfern schwerer Züchtigung.

Derartige Gewalterfahrungen, die sich in der Kindheit, in der Jugendzeit oder aber über die gesamte subjektiv erinnerliche Biographie ereignet haben können, erhöhen für die betroffenen Jugendliche die Wahrscheinlichkeit beträchtlich, daß sie auch selbst Gewalt ausüben. Besonders deutlich wird das bei Mehrfachtätern. Während sich unter Jugendlichen ohne jegliche Viktimisie-

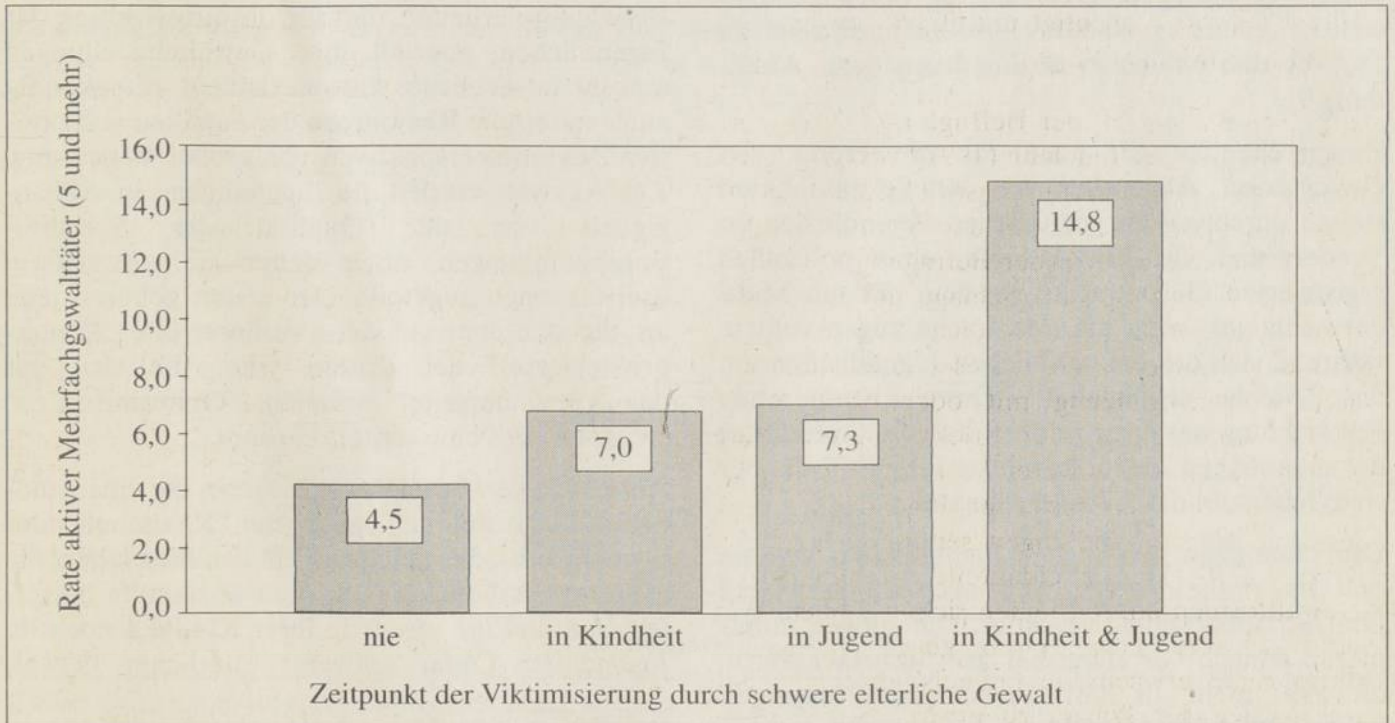
¹⁸ Vgl. C. Pfeiffer u. a. (Anm. 5), S. 87 ff.

Abbildung 7: Opfer schwerer elterlicher Gewalt im Jahr 1997 nach ethnischer Herkunft (Angaben in Prozent)



Quelle: Darstellung auf Basis eigener Erhebungen.

Abbildung 8: Rate der Mehrfachgewalttäter (1997) bei selbstberichteter Delinquenz in Abhängigkeit von elterlicher Gewalterfahrung in Kindheit und/oder Jugendalter (in Prozent)



Quelle: Darstellung auf Basis eigener Erhebungen.

nung durch schwere elterliche Gewalt lediglich 4,5 % finden, die im Jahr 1997 mehrfach Gewaltdelikte begangen haben, sind dies in der Gruppe derer, die sowohl in Kindheit als auch in der Jugendzeit Opfer schwerer elterlicher Gewalt

waren, mit 14,8 % mehr als dreimal so viel (vgl. Abbildung 8).

Dieser Befund zeigt auch, daß die Beendigung innerfamiliärer Gewalt, die Verhinderung ihrer

Fortsetzung in die Jugendzeit, mit einer Reduzierung des Risikos aktiver Gewalttätigkeit verbunden ist. Effektive Intervention eröffnet hier Chancen der Gewaltprävention bei Jugendlichen.

VI.

Jugendgewalt ist männlich; das Übergewicht junger männlicher Täter hat sich seit Mitte der achtziger Jahre sehr verstärkt. Inwieweit ist der festzustellende Anstieg der Raten junger Tatverdächtiger der Gewaltdelikte eher dem männlichen oder weiblichen Geschlecht zuzurechnen? Im Hellfeld ist im Verlauf der letzten Jahre die Rate der tatverdächtigen weiblichen Jugendlichen zwar etwas stärker angestiegen (um + 354,1 %) als die der männlichen (+ 219,5 %). Aber es hat sich gleichzeitig der Abstand der polizeilich registrierten Gewaltbelastung der Geschlechter beträchtlich erhöht. So ist von 1984 bis 1997 die Quote der männlichen Jugendlichen, die als Tatverdächtige einer Gewalttat registriert wurden, von 0,52 % auf 1,65 % angewachsen – also um 1,13 Prozentpunkte. Bei den Mädchen ist diese Quote dagegen nur von 0,06 % auf 0,26 %, also um 0,2 Prozentpunkte angestiegen. Der Anstieg der Jugendgewalt ist danach zu 84,6 % den Jungen und nur zu 15,4 % den Mädchen zuzurechnen (vgl. Abbildung 9).

Entsprechendes gilt auch für die Opfer von Gewalttaten. Abgesehen von den Sexualdelikten stehen durchweg die männlichen Jugendlichen im Vordergrund. Ihr Risiko, Opfer einer polizeilich registrierten Gewalttat zu werden, hat seit Mitte der achtziger Jahre um das 4fache zugenommen, während sich das der weiblichen Jugendlichen um das 2,5fache erhöht hat¹⁹. Diese divergierende Entwicklung hat dazu geführt, daß die Opferziffer der männlichen Jugendlichen im Jahr 1997 die der weiblichen um das 3,7fache übersteigt.

Die Dominanz männlicher Jugendlicher, wie sie sich im Hellfeld zeigt, wird auch durch unsere Dunkelfeldbefragung bestätigt. Die Jungen dominieren danach vor allem bei den Mehrfachtätern, die 1997 mehr als fünf Gewaltdelikte begangen haben (vgl. Abbildung 10).

Die Schülerbefragung hat ferner Belege dafür erbracht, daß für diese Geschlechtsunterschiede auch die Erziehung durch die Eltern maßgeblich ist. Gewalthandlungen von Mädchen werden von

19 Vgl. ebd., S. 6.

den Eltern erheblich stärker abgelehnt als solche von Jungen²⁰. Weiter ergab sich hierzu, daß die Unterschiede der Gewaltbelastung der verschiedenen ethnischen Gruppen bei den weiblichen Jugendlichen nach statistischer Kontrolle der Gewaltbelastung der Familiensituation, des Bildungsniveaus der Jugendlichen und der sozialen Lage ihrer Familien nicht mehr signifikant waren. Bei den männlichen Jugendlichen waren hingegen nach wie vor signifikante Höherbelastungen bei den jungen Ausländern festzustellen. Dieses Ergebnis weist darauf hin, daß mit der ethnischen Zugehörigkeit gewaltbefürwortende Männlichkeitsvorstellungen verbunden sind, die für die Erklärung von Gewalthandeln bedeutsam sind²¹.

VII.

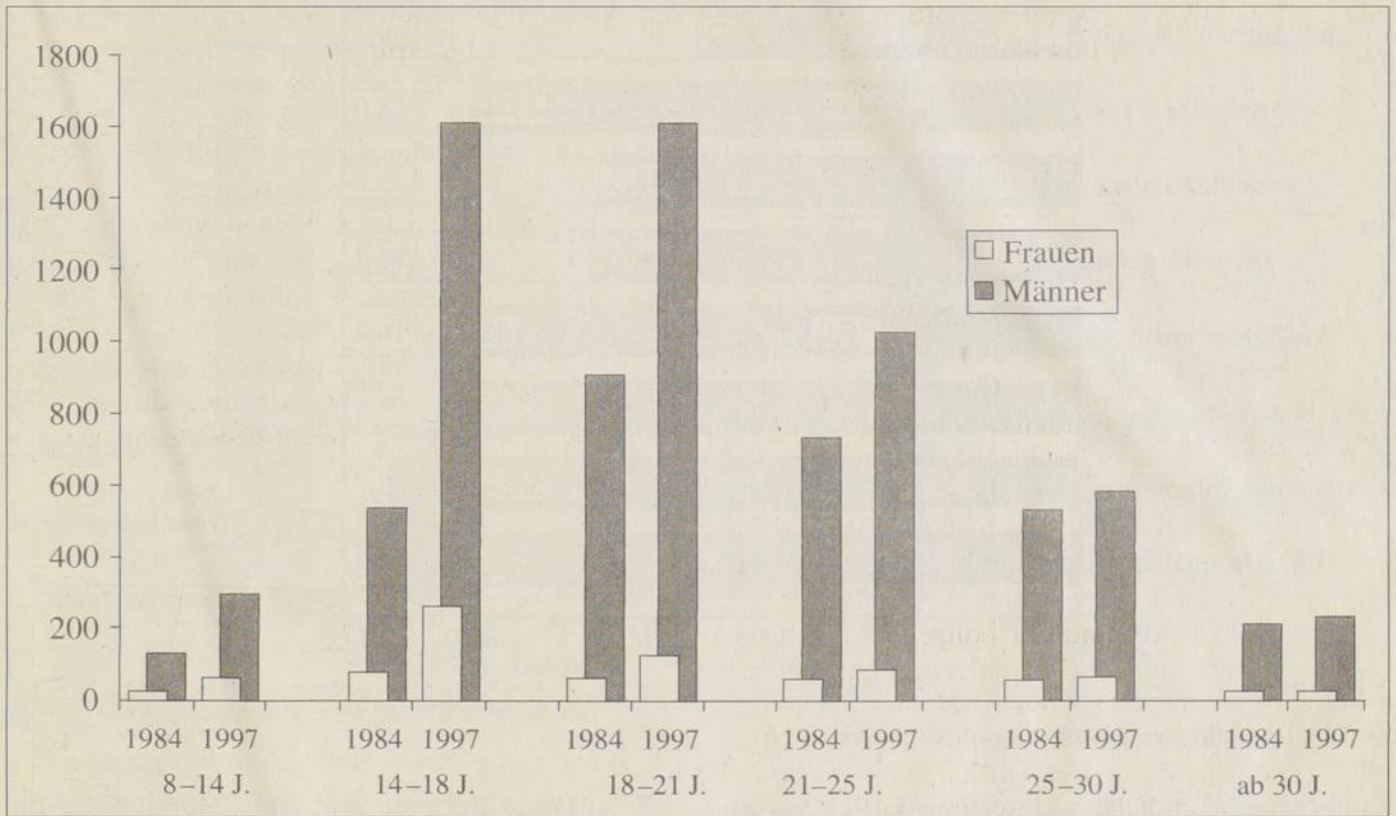
Das Risiko der Entstehung von Jugendgewalt erhöht sich drastisch, wenn mindestens zwei der folgenden drei Faktoren zusammentreffen: die Erfahrung innerfamiliärer Gewalt, gravierende soziale Benachteiligung der Familie, schlechte Zukunftschancen des Jugendlichen selbst aufgrund eines niedrigen Bildungsniveaus. Neben dem elterlichen Erziehungsverhalten sind für die Entwicklung der Jugendlichen, speziell ihre Gewalteinstellungen und ihr tatsächliches Gewalthandeln, offenkundig auch materielle Ressourcen der Familien und positive Zukunftsperspektiven von großer Bedeutung. Zur Analyse wurden die Jugendlichen in Abhängigkeit von der Qualität der Sozialisationsbedingungen, unter denen sie aufwachsen, drei Gruppen zugeteilt: Der ersten gehören jene an, die sich eher auf der „Verliererseite“ (Unterprivilegierte), der dritten jene, die sich auf der „Gewinnerseite“ befinden (Privilegierte); dazwischen liegt eine weitere Gruppe.

Als *privilegiert* bezeichnen wir jene, die eine gehobene Schulausbildung bekommen (Realschule oder Gymnasium), die gleichzeitig in Familien leben, die nicht von Arbeitslosigkeit oder Sozialhilfe betroffen sind und die weder in ihrer Kindheit noch im Jugendalter Opfer schwerer elterlicher Gewalt

20 Vgl. ebd., S. 78.

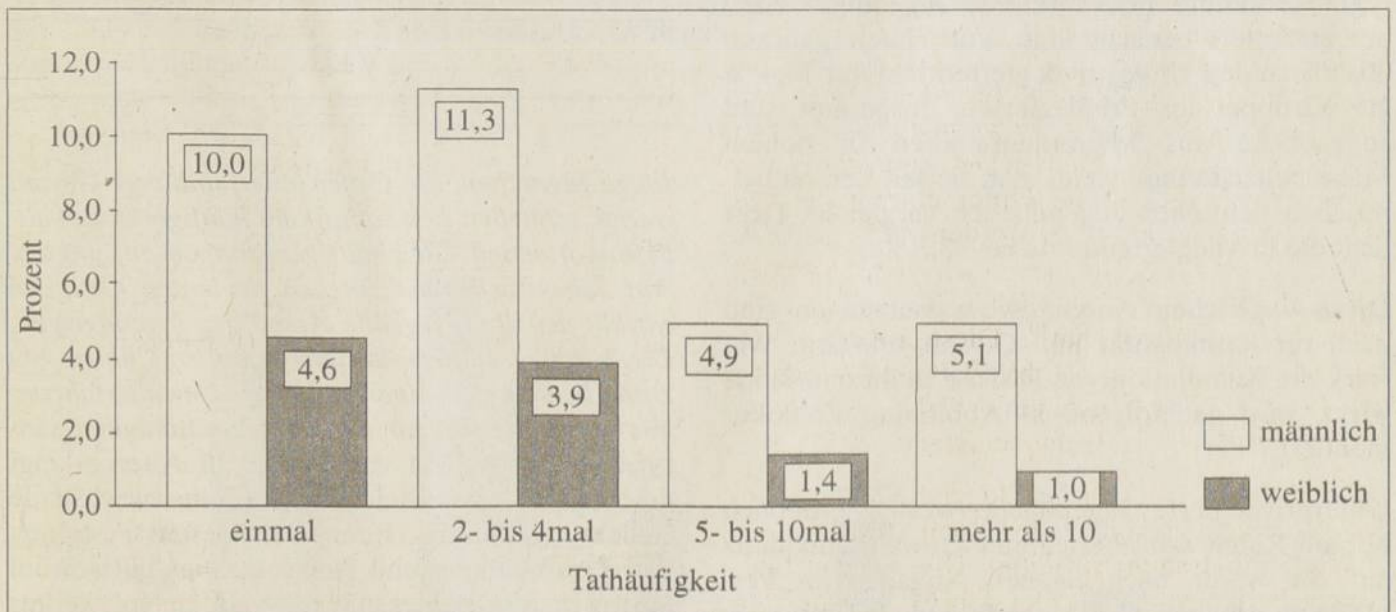
21 Vgl. P. Wetzels/D. Enzmann/C. Pfeiffer, Gewalterfahrungen und Kriminalitätsfurcht von Jugendlichen in Hamburg. Dritter und abschließender Bericht über Ergebnisse der weiteren Analysen von Daten einer repräsentativen Befragung von Schülerinnen und Schülern der 9. Jahrgangsstufe, unveröff. Forschungsbericht für die Behörde für Schule, Jugend und Berufsbildung (BSJB) der Freien und Hansestadt Hamburg, KFN, Hannover 1999.

Abbildung 9: Tatverdächtigenziffern der Gewaltkriminalität nach Alter und Geschlecht (alte Bundesländer, Jahrgänge 1984 und 1997)



Quelle: Darstellung auf Basis eigener Erhebungen.

Abbildung 10: Täter selbstberichteter Gewalt 1997 nach Tathäufigkeit und Geschlecht

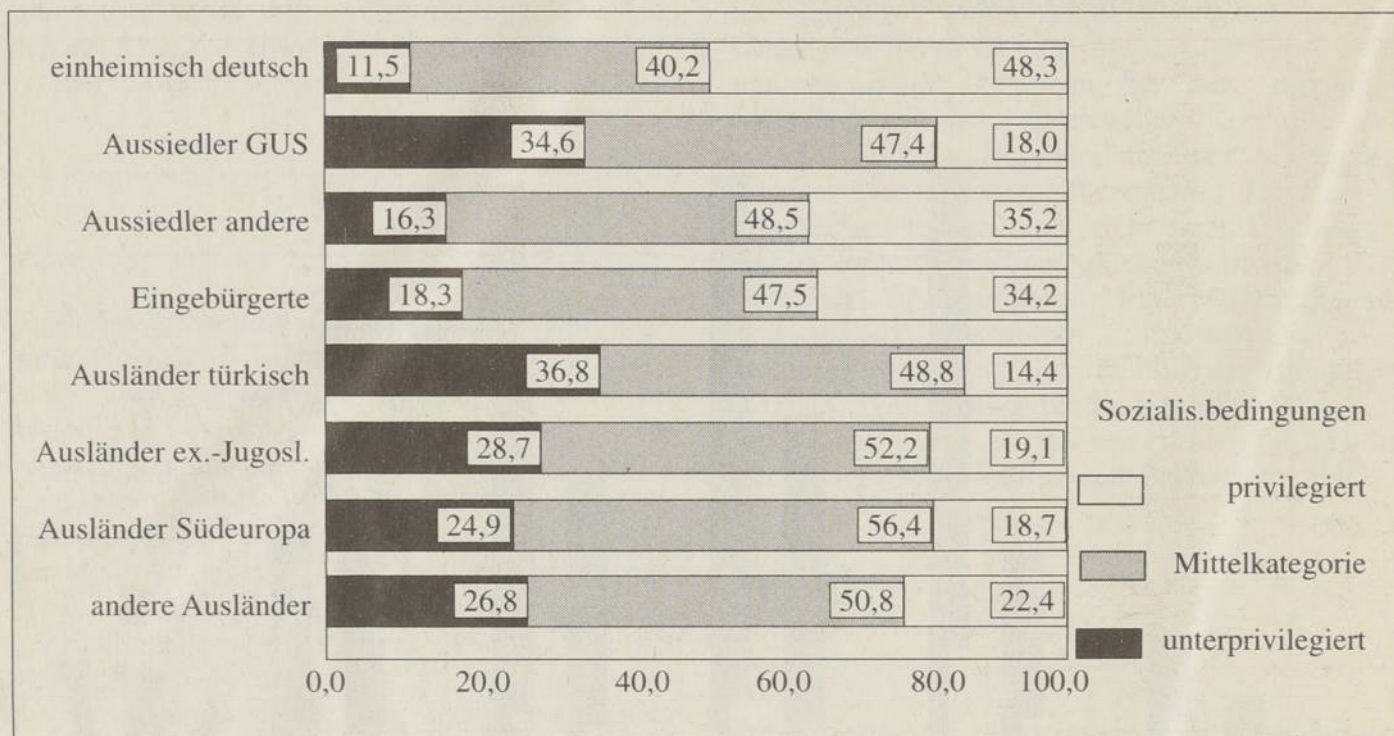


Quelle: Darstellung auf Basis eigener Erhebungen.

(schwere Züchtigung oder Mißhandlung) waren. *Unterprivilegiert* sind jene Jugendlichen, für die mindestens zwei der drei folgenden Bedingungen zutreffen: Sie besuchen eine Schulform mit ungünstigen Zukunftsoptionen (hier Hauptschule oder Berufsvorbereitungsjahr (BVJ)); die Familie ist

von Arbeitslosigkeit und/oder Sozialhilfe betroffen; sie waren in ihrer Kindheit und/oder Jugend Opfer schwerer elterlicher Gewalt. Die *Mittelkategorie* bilden jene, die weder als privilegiert noch als unterprivilegiert im hier definierten Sinne zu bezeichnen sind.

Abbildung 11: Sozialisationsbedingungen und ethnische Herkunft Jugendlicher (Angaben in Prozent)



Quelle: Darstellung auf Basis eigener Erhebungen.

Zunächst sind mögliche Unterschiede der Verteilung von Privilegierung und Unterprivilegierung zwischen den ethnischen Gruppen von Interesse. Hier zeigt sich eine mit der ethnischen Zugehörigkeit verknüpfte eklatante soziale Ungleichheit (vgl. Abbildung 11). Türkische Jugendliche sind am stärksten benachteiligt. Von ihnen gehören 36,8 % zu den Unterprivilegierten und nur 14,4 % zur Gruppe der Privilegierten. Insgesamt sind Jugendliche aus Migrantenfamilien in hohem Maße benachteiligt, wenn man sie mit den einheimischen deutschen Jugendlichen vergleicht. Dort liegt die Privilegiertenquote bei 48,3 %.

Diese ungleichen Ausgangsvoraussetzungen sind auch für Kriminalität und Gewalt relevant. Wie stark die Kumulation von Risiken in diesem Sinne wirkt, wird nachfolgend in Abbildung 12 dokumentiert.

Unterprivilegierte Jugendliche weisen erheblich höhere Raten selbstberichteter Gewaltdelinquenz auf. Sie waren nach eigenen Angaben im Vergleich zu privilegierten Jugendlichen drei- bis viermal so oft als Täter eines Raubes, einer Erpressung oder der Bedrohung mit einer Waffe. Außerdem waren sie auch erheblich häufiger Mehrfachtäter (vgl. Abbildung 13).

Die Rate der Täter mit zehn und mehr Delikten ist bei den nicht Privilegierten mit 5,9 % mehr als viermal so hoch wie bei den Privilegierten mit

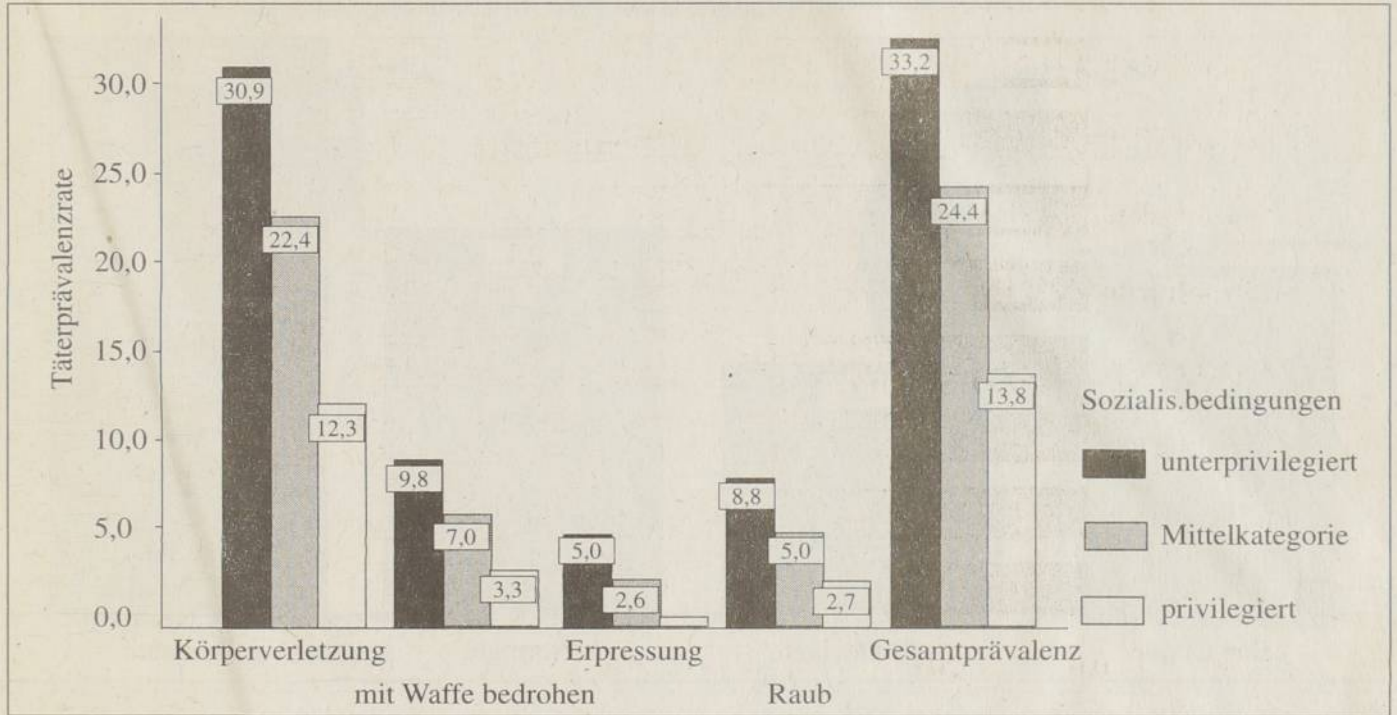
1,3 %. Diese Befunde sind ein weiterer Beleg für die These, daß Jugendgewalt auch als Ausdruck einer Winner-Loser-Kultur zu interpretieren ist.

VIII.

Junge Menschen, die Opfer innerfamiliärer Gewalt waren, schließen sich signifikant häufiger in gewaltbefürwortenden Gleichaltrigengruppen zusammen. Auf Jugendliche aus solchen devianten Gruppen entfällt der überwiegende Anteil der Jugendgewalt. Die Mitgliedschaft in devianzgeneigten Cliques hat zusätzlich zu den innerfamiliären Gewalterfahrungen einen das Risiko aktiver Gewalttätigkeit steigenden Effekt. Mit zunehmendem Alter erlangt die Gruppe der Gleichaltrigen eine wachsende Bedeutung für die Herausbildung und Festigung von Einstellungen und Normen. Dies gilt sowohl positiv im Sinne eines unterstützenden Netzwerkes von Beziehungen als auch negativ im Sinne eines delinquenzbegünstigenden Umfeldes²². In unserer Repräsentativerhebung wurden die Jugendlichen

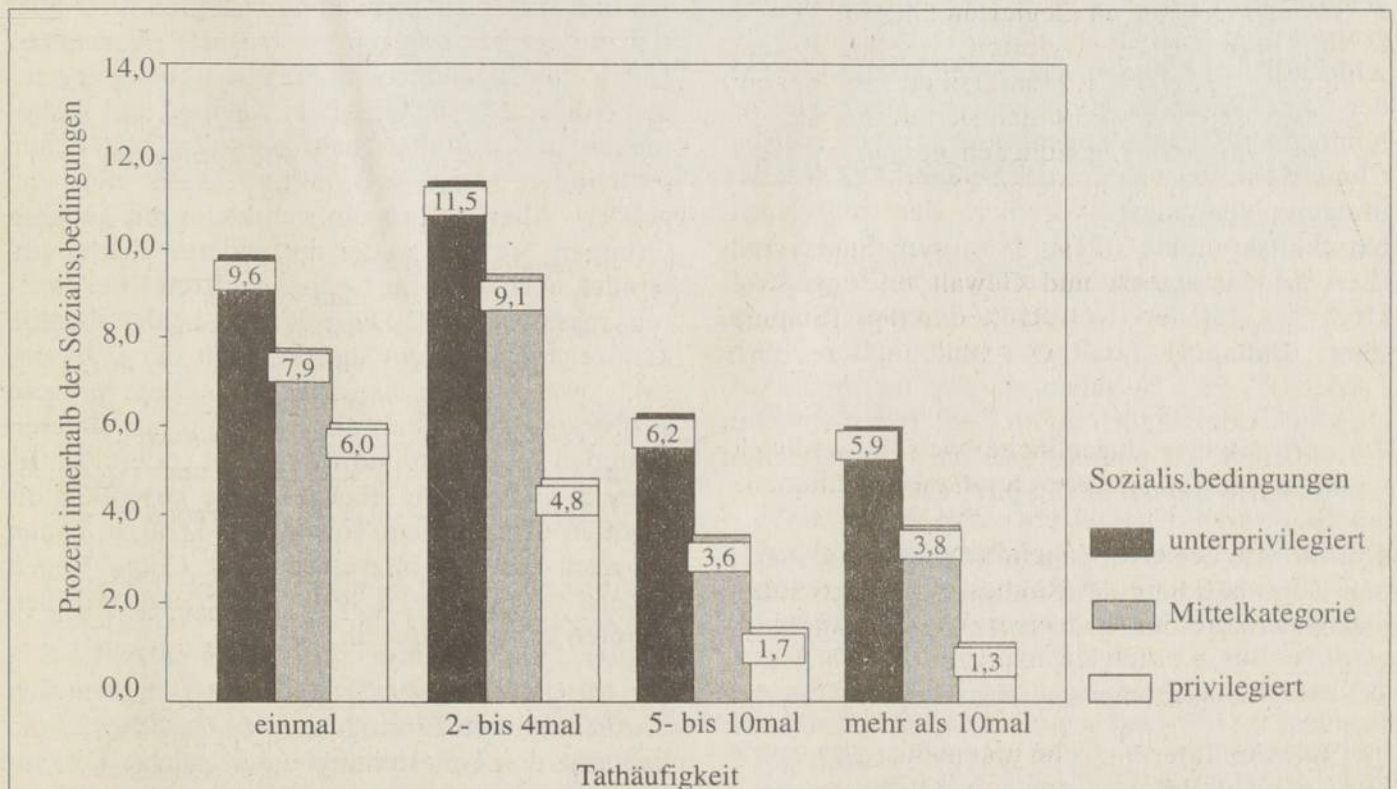
²² Vgl. M. Fuchs/S. Lamnek/J. Luedtke, Schule und Gewalt. Realität und Wahrnehmung eines sozialen Problems, Opladen 1996; K.-J. Tillmann/B. Holler-Nowitzki/G. Holtappels/U. Meier/U. Popp, Schülegewalt als Schulproblem, München 1999.

Abbildung 12: Prävalenz aktiver Gewalttäter 1997 nach Privilegierung (in Prozent)



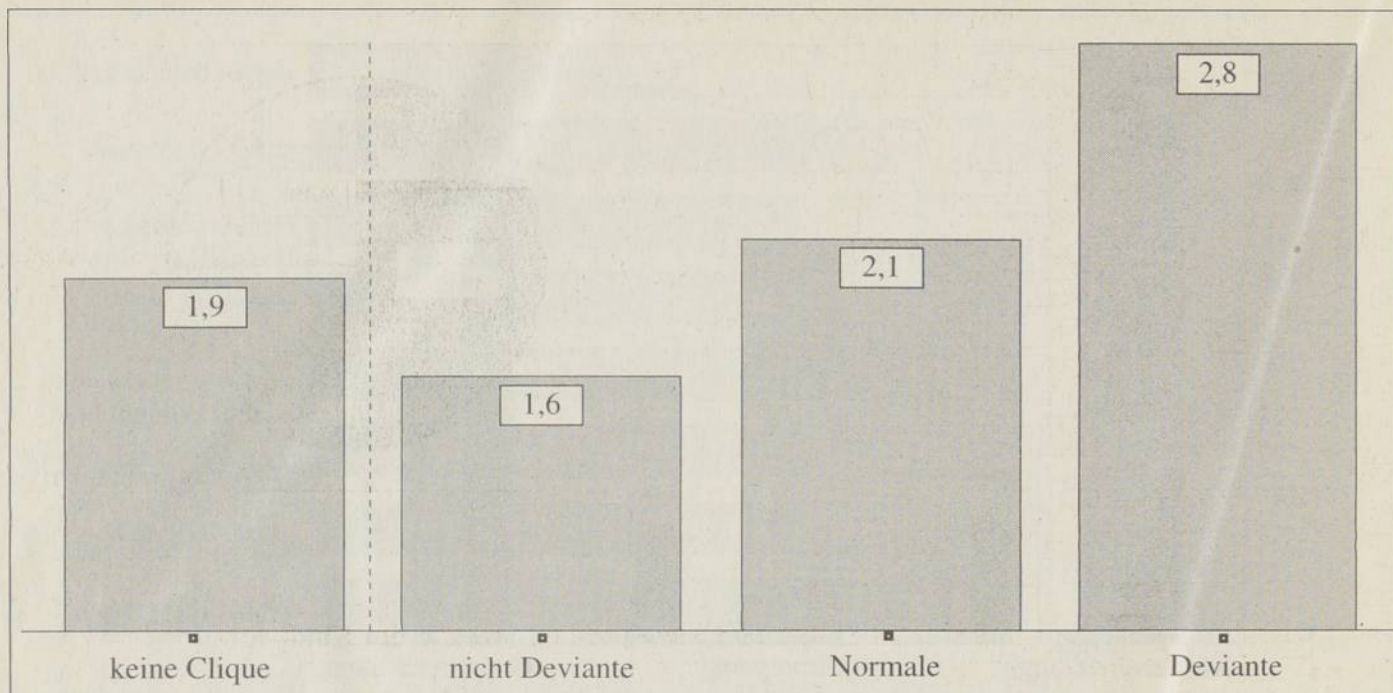
Quelle: Darstellung auf Basis eigener Erhebungen.

Abbildung 13: Täter selbstberichteter Gewalt 1997 nach Tathäufigkeit und Privilegierung – Anteil Mehrfachtäter nach Sozialisationsbedingungen



Quelle: Darstellung auf Basis eigener Erhebungen.

Abbildung 14: Mittelwerte der Gewaltbefürwortung nach Cliquenzugehörigkeit



Quelle: Darstellung auf Basis eigener Erhebungen.

auch dazu befragt, ob sie in einer festen Freundesgruppe (Clique) sind.

50,9 % aller Jugendlichen gaben an, einer festen Clique anzugehören. Sie machten folgende weitere Angaben zu diesen Gleichaltrigengruppen: In 15,1 % der Fälle handelt es sich um eine reine Jungengruppe, bei 12,1 % ist es eine reine Mädchengruppe, und 72,8 % halten sich in gemischtgeschlechtlichen Cliques auf. Jeder zweite (51 %), der einer Clique angehört, hat sich einer ethnisch homogenen Gruppe angeschlossen²³. Die meisten Cliques kennen sich aus der Schule (70,2 %). Die übrigen Nennungen verteilen sich auf Nachbarschaftskontakte (21,4 %), den Sportverein (21,4 %), das Jugendzentrum bzw. den Jugendtreff (16,2 %), auf den Treffpunkt draußen (Stadion, Park, Bahnhof) (16,9 %) und andere Orte (18,1 %)²⁴. 78,7 % gaben an, sich mehrmals wöchentlich oder täglich zu treffen, 16,5 % treffen sich wöchentlich einmal, und nur 4,8 % treffen sich lediglich monatlich mit ihrer Clique.

Um die Art der Gruppen zu klassifizieren, waren den Befragten neun Fragen zu Cliquenaktivitäten gestellt worden. Auf Basis einer Clusteranalyse lie-

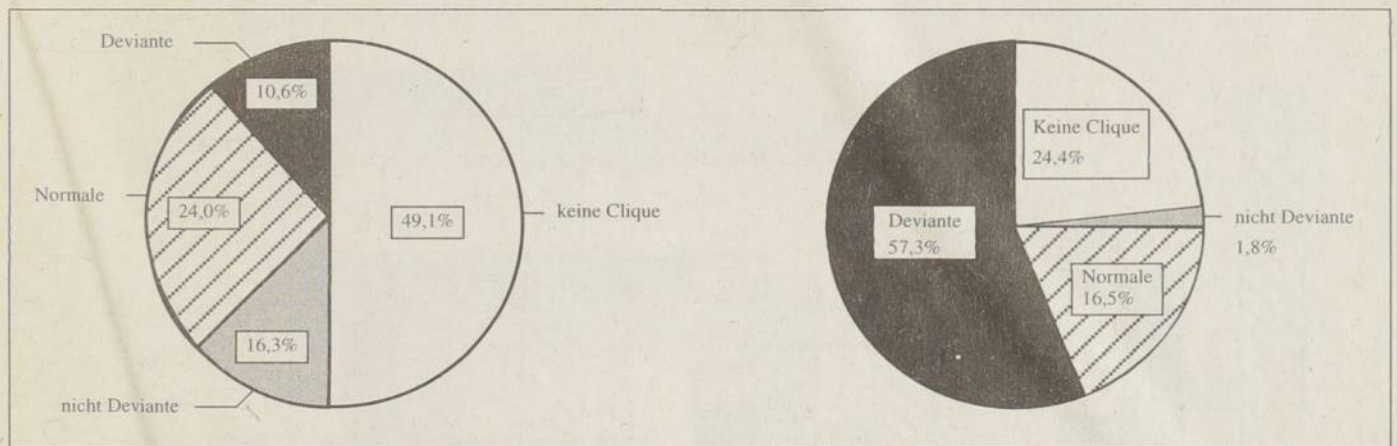
ßen sich drei deutlich voneinander unterscheidbare Gruppen identifizieren: *Erstens* die „nicht Devianten“ machen 16,3 % aller Jugendlichen aus. Sie zeichnen sich dadurch aus, daß sie kaum Kneipen besuchen, kaum Normen oder Gesetze übertreten, viel für die Schule lernen, sich nicht mit anderen prügeln, bei anderen keine Angst auslösen und auch nicht mit anderen Cliques verfeindet sind. In der Mitte liegen *zweitens* die „Normalen“ (24 % aller Jugendlichen). Sie übertreten gelegentlich Normen, besuchen öfters Kneipen und Diskotheken und entfalten häufiger auch gestaltende Aktivitäten (wozu z. B. aktiv „Musik machen“ gehört). Aber sie prügeln sich kaum mit anderen Gruppen. Sie sind weder mit anderen richtig verfeindet, noch wirkt ihr Gruppenauftreten bei anderen angstausslösend. Diese letzten beiden Punkte kennzeichnen *drittens* die Gruppen der „Devianten“ (10,6 % aller Jugendlichen). Diese prügeln sich besonders oft mit anderen, sind mit anderen Gruppen verfeindet und wirken auf andere beängstigend. Gleichzeitig übertreten sie besonders oft Normen und Gesetze, sowohl um Spaß zu haben als auch um die Interessen ihrer Clique gegen andere durchzusetzen. 49,1 % der Jugendlichen gehören keiner Clique an.

Die Mitglieder dieser Gruppen unterscheiden sich deutlich in ihren Einstellungen zu Gewalt, was die Validität der Unterteilung unterstreicht: Die Jugendlichen aus devianten Cliques zeigen die mit Abstand höchsten Ausprägungen gewaltbefürwor-

23 Eine Mischung von jungen Migranten und Deutschen findet sich in 45,7 % der Nennungen, und 3,3 % der Jugendlichen gaben an, daß ihre Clique nur aus Migranten besteht, die jedoch aus verschiedenen Ländern stammen.

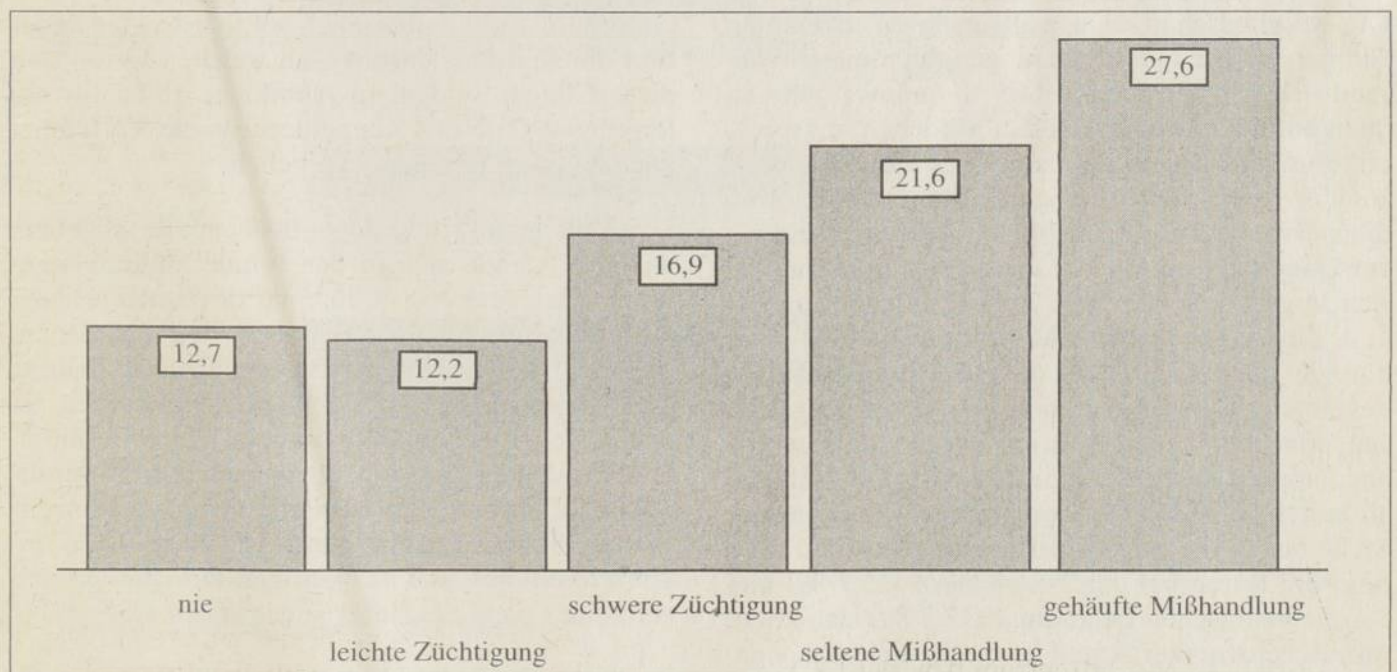
24 Die Prozente addieren sich wegen der Möglichkeit von Mehrfachnennungen nicht auf 100.

Abbildung 15: Verteilung der Jugendlichen nach Cliquenarten und Anteil der Cliquen an der Gesamtheit aller selbstberichteten Gewaltdelikte



Quelle: Darstellung auf Basis eigener Erhebungen.

Abbildung 16: Rate der Mitglieder in devianten Cliquen nach Gewalt in der Kindheit für männliche Jugendliche



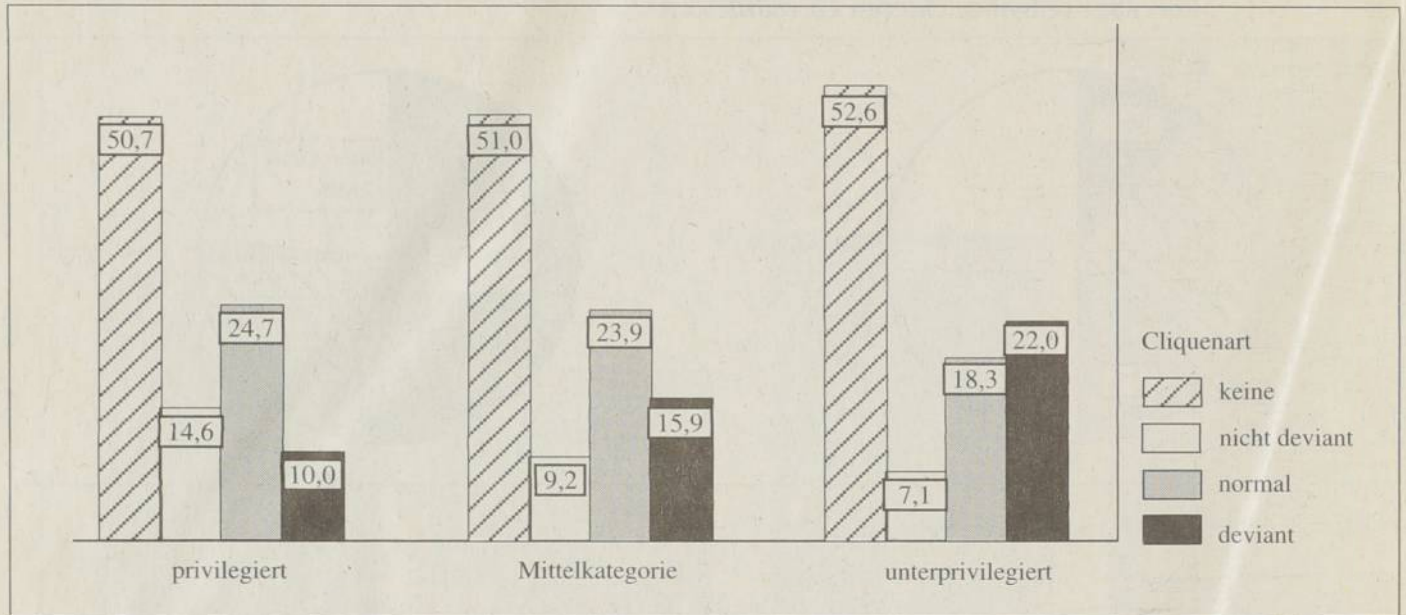
Quelle: Darstellung auf Basis eigener Erhebungen.

tender Einstellungen. Im Mittelbereich liegen die „Normalen“ sowie die Jugendlichen ohne feste Clique. Die geringste Gewaltbefürwortung zeigt sich bei den „nicht Devianten“ (vgl. Abbildung 14).

Kontrastiert man nun die Verteilung der Cliquenzugehörigkeit einerseits mit den prozentualen Anteilen, den diese vier Gruppen an der Gesamtzahl aller selbstberichteten Gewaltdelikte haben, so wird offensichtlich, daß die weit überwiegende Anzahl der Gewaltdelikte von jenen Jugendlichen begangen wird, die sich in den als deviant identifizierten Gleichaltrigengruppen aufhalten. Während die

Jugendlichen in devianten Cliquen lediglich 10,6 % der gesamten Stichprobe ausmachen, entfallen auf sie 57,3 % aller von den befragten Schülerinnen und Schülern für 1997 berichteten Gewalthandlungen. Jugendliche ohne Clique machen 49,1 % der Stichprobe aus, auf sie entfallen aber nur 24,4 % aller Gewalthandlungen. Auch die „Normalen“ begehen mit 16,5 % aller berichteten Gewalthandlungen weniger aktive Gewalt, als ihrem Anteil von 24,0 % an der Population entsprechen würde. Schon dies legt nahe, ein starkes Augenmerk auf Jugendliche in devianzgeneigten Gleichaltrigengruppen zu richten (vgl. Abbildung 15).

Abbildung 17: Art der Cliquenzugehörigkeit nach Privilegierung (nur Jungen) (in Prozent)



Quelle: Darstellung auf Basis eigener Erhebungen.

Die Mitgliedschaft in gewaltgeneigten, devianten Cliques ist vor allem ein Jungenphänomen. Während sich von den Jungen 14,5 % in devianten Cliques befinden, sind es bei den Mädchen mit 6,6 % nur etwa halb soviel. Zudem wirken diese Mädchen zumeist in geschlechtlich gemischten Cliques mit, die sie vermutlich oft nicht dominieren. Auch die verschiedenen ethnischen Gruppen unterscheiden sich hinsichtlich der Art ihrer Cliquenzugehörigkeit. Zum einen gehören Migranten generell etwas häufiger gar keiner Clique an. Die Mitgliedschaft in devianten Cliques ist bei den eingebürgerten Jugendlichen, welche sich im Durchschnitt bereits am längsten in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, mit 23,6 % am höchsten. An zweiter Stelle liegen die jungen Ausländer (20,3 %), während die Raten bei den Aussiedlern (15,1 %) und den einheimischen Deutschen (12,9 %) sich kaum unterscheiden. Der Anteil derer, die sich in devianten Cliques aufhalten, ist um so höher, je häufiger und intensiver die Jugendlichen innerfamiliärer Gewalt ausgesetzt waren (vgl. Abbildung 16).

Neben den Erfahrungen mit innerfamiliärer Gewalt steht auch die aktuelle soziale Lage der Jugendlichen in einem Zusammenhang mit ihrer Cliquenzugehörigkeit. So sind Jugendliche mit schlechten Bildungschancen häufiger in devianten Cliques. Eine Betrachtung der Jugendlichen nach dem Kriterium ihrer Privilegierung oder Unterprivilegierung zeigt, daß unterprivilegierte Jugendliche besonders oft Mitglieder in devianten Cliques sind (vgl. Abbildung 17).

Wichtig für eine präventive Arbeit, welche die Gleichaltrigen Gruppen angesichts ihres Stellenwer-

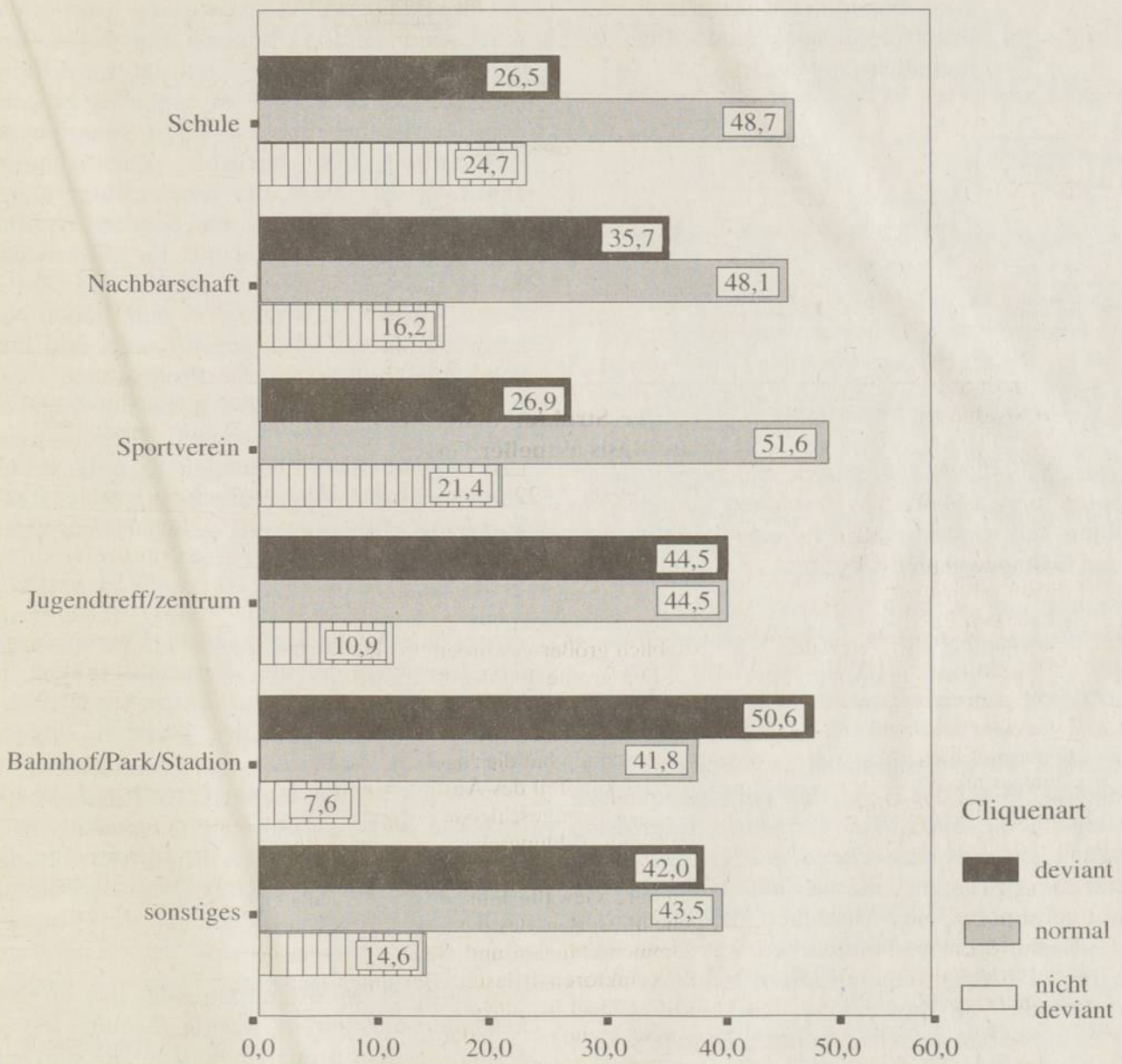
tes systematisch einbeziehen sollte, ist unter anderem die Kenntnis darüber, an welchen Orten sich diese Cliques bilden. In Abbildung 18 ist für die jeweiligen Orte des Kennenlernens die Verteilung nach Cliquenarten wiedergegeben.

Von den männlichen Jugendlichen, die angeben, daß ihre Clique sich in der Schule zusammengefunden hat, sind 26,5 % in einer devianten Gleichaltrigen Gruppe. Im Kontrast dazu sind von denen, die sich in Jugendzentren kennengelernt haben, 44,5 % in devianten Cliques. Offenkundig ist neben den Treffpunkten draußen (hier Bahnhof, Stadion, Park) das Jugendzentrum ein wesentlicher Ort, an dem sich deviante Gruppen konzentrieren. Im Gegensatz dazu ist diese Rate im Sportverein mit 26,9 % niedriger. Dort finden sich vermehrt „nicht deviante“ sowie „normale“.

In einem weiteren Analyseschritt wurden die Gewalterfahrungen in der Familie, die elterlichen Normen bezüglich Jugendgewalt und die Normen der Gleichaltrigen Gruppe zur Jugendgewalt simultan analysiert, um die relative Bedeutung der familiären Situation einerseits und der Gleichaltrigen Gruppe andererseits für die Erklärung von Gewalthandeln zu prüfen. Dabei zeigte sich, daß sowohl die familiäre Gewaltbelastung als auch die Normen der Gleichaltrigen Gruppe nebeneinander einen hochsignifikanten Effekt auf das aktive Gewalthandeln junger Menschen haben (vgl. Abbildung 19, S. 22)²⁵.

25 Die Zusammenhänge zeigen sich sowohl bei männlichen als auch bei weiblichen Jugendlichen. Es finden sich hier lediglich Niveauunterschiede in der Ausprägung der Gewalt-

Abbildung 18: Cliquenart nach Ort des Kennenlernens für männliche Jugendliche



Quelle: Darstellung auf Basis eigener Erhebungen.

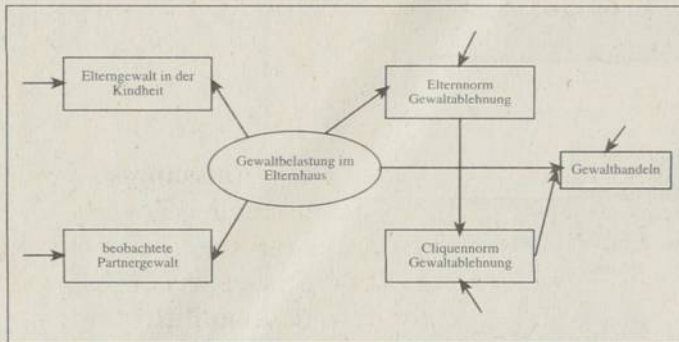
Jugendliche aus gewaltbelasteten Familien haben eine erhöhte Tendenz, ihre Familiensituation zu verlassen und sich in Cliques aufzuhalten, und zwar gehäuft in gewaltbefürwortenden Cliques. Dabei sind sowohl die Cliquennormen als auch die familiären Gewalterfahrungen für die Erklärung jugendlichen Gewalthandelns bedeutsam. Ferner findet sich ein hoher Zusammenhang zwischen den Elternnormen einerseits und den Normen der Gleichaltrigengruppe andererseits. Die Jugendlichen zeigen also in ihren Gleichaltrigengruppen Normen und Verhaltensweisen, die ihren biographischen Erfahrungen mit ihren Eltern entsprechen.

bereitschaft. Ebenso zeigen sich die strukturellen Zusammenhänge bei allen ethnischen Gruppen.

chen. Die Gleichaltrigengruppen sind insoweit ein wichtiges Element in einem Kreislauf der Gewalt über die Generationengrenzen. Sie sollten beachtet werden, wenn es darum geht, solche Kreisläufe zu durchbrechen.

Eine Implikation dieser Befunde für Intervention und Prävention besteht darin, daß Maßnahmen nicht alleine darauf verwiesen sind, die familiäre Situation – sprich die Eltern – zu erreichen und dort Veränderungen zu bewirken. Es käme darauf an, auch Einfluß auf die Gleichaltrigengruppe zu nehmen. Präventive Arbeit an den Cliques der Jugendlichen vorbei wird nach diesen Befunden jedenfalls schwierig sein, da die Cliques für etwa die Hälfte der Jugendlichen einen zentralen Stel-

Abbildung 19: Gewalt in der Familie, Elternnormen, Cliquennormen und Gewalthandeln: Multivariates Strukturgleichungsmodell für männliche Jugendliche



Quelle: Darstellung auf Basis eigener Erhebungen.

lenwert haben. Da sich gerade die massiv delinquenten jungen Menschen in solchen Cliquen zum größten Teil wiederfinden, ist gezielte Arbeit mit diesen Gruppen sicherlich nötig.

IX.

Ein erstes Fazit: Angesichts der Forschungsbefunde liegt es auf der Hand, daß kriminalpolitische Strategien, die einzig auf vermehrte Repression setzen, nicht vorwärtsweisend und erfolgversprechend sein können. Repression bedeutet für gewaltgefährdete junge Menschen in der Mehrzahl der Fälle nur mehr von demselben, was sie in ihrer Biographie bislang ohnehin schon erdulden mußten. Anstelle von Zuwendung, Anerkennung und Förderung haben sie schon in ihren Familien nicht selten Ausgrenzung, Ablehnung und auch Gewalt erfahren.

Unsere Gesellschaft ist insoweit aufgefordert, das Aufwachsen von jungen Menschen so zu gestalten,

daß sie Selbstwertgefühl und soziale Kompetenz entwickeln, sich in unsere Gesellschaft eingebunden fühlen und Verantwortung und Gemeinschaftssinn entfalten können. Bei vielen Kindern und Jugendlichen sind derzeit dafür die Rahmenbedingungen zumindest als ungünstig zu bezeichnen. Hinsichtlich der familiären Situation ist die Abschaffung des elterlichen Züchtigungsrechts überfällig. Ein Staat, der seinen Bürgern signalisiert, daß das Schlagen von Kindern rechtmäßig sein könnte, produziert damit das Mißverständnis, das rechtlich Erlaubte sei auch richtig. Auf diese Weise wird er mitschuldig an dem hohen Niveau innerfamiliärer Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Hier sind ferner alle Professionen aufgefordert, ihren Beitrag zu leisten, um die Angebote in Kindertagesheimen, Schulen, Beratungsstellen und Jugendhilfeeinrichtungen so miteinander zu verzahnen und nötigenfalls zu ergänzen, daß eine wirksame Früherkennung gesichert und effektive Hilfe möglich wird.

Angesichts der Lage der jungen Migranten sind in den Bereichen Schule, Berufsausbildung, Familienberatung, Sport und Freizeitgestaltung verstärkte Bemühungen der sozialen Integration erforderlich. Anderfalls drängen wir die Gruppe der in den letzten Jahren vermehrt zu uns kommenden jungen Zuwanderer mit zunehmender Aufenthaltsdauer in eine problematische Randgruppenexistenz mit entsprechenden Risiken, was Gewalt angeht.

Am Beispiel der Migranten zeigt sich im übrigen besonders akzentuiert, was für Jugendgewalt generell gilt: Sie ist primär männlich: Bei präventiven wie interventiven Maßnahmen sollte der konstruktiven Auseinandersetzung mit problematischen Männlichkeitsvorstellungen ein hoher Stellenwert eingeräumt werden.

Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen und soziologisch-pädagogische Defizite

I. Zur gesellschaftspolitischen Dimension des Problems

In den siebziger Jahren tauchten Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus allenfalls als Randthemen der gesellschaftspolitischen Diskussion in der Bundesrepublik auf. Dies hat sich im Lauf der neunziger Jahre entscheidend verändert. So erschütterten Anfang der neunziger Jahre gewalttätige Übergriffe und progromartige Ausschreitungen gegen Flüchtlinge und ethnische Minderheiten die Öffentlichkeit. Als Träger dieser neuen rechten Gewaltwellen firmierten männliche Jugendliche. Gleichzeitig gelang es rechtsextremen Parteien erneut, in einzelnen Bundesländern die Fünfprozenthürde zu überspringen. Im Unterschied zu den Wahlerfolgen der NPD 1969 waren es dieses Mal die Jungwähler, die überdurchschnittlich häufig für die Rechtsextremen votierten. So verflüchtigte sich die illusorische, aber bequeme Hoffnung, daß sich das Problem Rechtsextremismus und Rassismus mit zunehmendem zeitlichem Abstand zum NS-Regime auf „natürliche Weise“ im Wechsel der Generationen von selbst erledigen würde.

In der Zwischenzeit hat sich unterhalb der Schwelle spektakulärer Menschenjagden ein breitgefächertes, zum Teil international organisiertes rechtes Spektrum etabliert, das nach wie vor Zulauf verzeichnet. In seiner Bandbreite umfaßt es kleine intellektuelle Zirkel ebenso wie jugendspezifische Subkulturen¹. In unregelmäßigen Wellenbewegungen nimmt die Zahl der Straftaten mit erwiesenem oder vermutetem rechtsextremistischem Hintergrund zu. Ein Anstieg läßt sich für die Jahre 1989 (alte Bundesrepublik), 1990–1993, 1996 und 1997² verzeichnen. Für das Jahr 1998 ver-

meldet das Bundesamt für Verfassungsschutz laut Mitteilung der Süddeutschen Zeitung vom 26. März 1999 eine Zunahme des rechtsextremen Gewaltpotentials. Die meisten rechtsextremistischen Gewalttaten (fremdenfeindlich³ motivierte, antisemitische sowie Gewalttaten gegen den politischen Gegner) richten sich gegen „Fremde“⁴. Rechtsextreme Gewalttaten werden überproportional häufig in Ostdeutschland registriert. Gleichzeitig stiegen laut Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Westdeutschland die Mitgliederzahlen von Republikanern und NPD beträchtlich an. Die organisatorischen und finanziellen Zentren der Rechtsextremen liegen zumeist im Westen der Republik⁵. In aktuellen parteipolitischen Auseinandersetzungen und Wahlkämpfen entwickeln sich „fremdenfeindliche Ressentiments“ immer mehr zur Trumpfkarte⁶. Diese Tendenz birgt einiges an gesellschaftspolitischem Sprengstoff, erweisen sich doch „fremdenfeindliche“ Einstellungen als ein zentraler Indikator für autoritäre Tendenzen. Menschen mit ausgeprägten fremdenfeindlichen Einstellungen zeigen die stärkste Ablehnung gegenüber sozial schwachen Gruppen und Minderheiten⁷. Zwischen Fremdenfeindlichkeit und zahlreichen Aspekten des Feldes rechter Ideologien wie Nationalismus, Ablehnung demokratischer Prinzipien, autoritärem Etatismus und Rechtspopulismus besteht ein signifikanter

3 Zur Auseinandersetzung um den Begriff Fremdenfeindlichkeit vgl. Georgios Tsiakolos, *Interkulturelle Beziehungen: Steht ihnen die „Natur“ entgegen?*, in: Andreas Foitzik, (Hrsg.), *„Ein Herrenvolk von Untertanen“*. Rassismus – Nationalismus – Sexismus, Düsseldorf 1992, S. 35–56; Ute Schad, *Verbale Gewalt bei Jugendlichen. Ein Praxisforschungsprojekt über ausgrenzendes und abwertendes Verhalten gegenüber Minderheiten*, Weinheim u.a. 1996, S. 49–51.

4 Bundesministerium des Inneren (Anm. 1), S. 75.

5 Vgl. ebd., S. 80–126; Süddeutsche Zeitung vom 2. 12. 1997, S. 2.

6 Vgl. Uli Bielefeld, *Das Konzept des Fremden und die Wirklichkeit des Imaginären*, in: ders. (Hrsg.), *Das Eigene und das Fremde. Neuer Rassismus in der alten Welt?*, Hamburg 1991.

7 Vgl. Werner Bergmann/Rainer Erb, *Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland: Ergebnisse der empirischen Forschung 1946–1989*, Opladen 1991, S. 214; H. Willems/R. Eckert/St. Würtz/L. Steinmetz (Anm. 2), S. 55–59.

1 Vgl. Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), *Verfassungsschutzbericht 1997*, Bonn 1998, S. 70–126.

2 Vgl. Ulrike Wasmuth, *Über Rechtsextremismus*, in: Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 25 (1997) 1, S. 114; Helmut Willems/Roland Eckert/Stefanie Würtz/Linda Steinmetz, *Fremdenfeindliche Gewalt. Eine Analyse von Täterstrukturen und Eskalationsprozessen*, Bonn 1993, S. 97 ff.

Zusammenhang⁸. Diese Aussage gilt sowohl für Erwachsene als auch für Jugendliche. So zeigt sich bei Jugendlichen mit einer starken Abneigung gegen „Ausländer“ eine deutliche Affinität zu anderen Elementen aus dem Spektrum rechtsextremistischer Orientierungen⁹. Gleichzeitig sprengen „fremdenfeindliche“ und rassistische Vorurteile den Rahmen weltanschaulicher und parteipolitischer Grenzen¹⁰. Subtilere und nicht offen gewalttätige Formen rassistischer Ressentiments und eurozentristischer Vorurteile, die die Form positiver Diskriminierung annehmen können, haben sich auch in links-alternativen und liberalen Köpfen eingenistet. Die emotionale und mentale Basis von Weltbildern, die in einer jahrhundertealten Tradition des europäischen Kolonialismus und einer noch älteren Geschichte des Antisemitismus geformt wurden, läßt sich nicht einfach beiseite schieben. Die mentalen Folgen einer jahrhundertealten Verfolgungspraxis sind auch dann noch präsent, wenn der ursprüngliche historische Zusammenhang, in dem sie entstanden sind, nicht mehr existiert¹¹.

„Fremdenfeindlichkeit“ und Rassismus zählen zwar zu den unabdingbaren Ingredienzen autoritärer und rechter Ideologien, können jedoch auch außerhalb des rechten Spektrums beobachtet werden. So werden Verschiebungen der parteipolitischen Präferenzen zugunsten rechtsorientierter Parteien möglich, sobald das „Ausländerthema“ die politische Auseinandersetzung dominiert.

II. Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus als Jugendproblem

Analysen der registrierten fremdenfeindlichen Straftaten zeigen das bekannte Bild. Es sind insbesondere junge Männer, die als Akteure fremdenfeindlicher Straftaten in Erscheinung treten. Allerdings wäre es zu einfach, rechtsextremistische Straftaten allein als jugendspezifisches Phänomen zu behandeln. In der öffentlichen Diskussion geht

8 Vgl. Alex Demirovic/Gerd Paul, Demokratisches Selbstverständnis und die Herausforderungen von rechts: Student und Politik in den neunziger Jahren, Frankfurt am Main 1996, S. 212.

9 Vgl. U. Schad (Anm. 3), S. 24.

10 Vgl. z. B. Corinna Kleinert/Winfried Krüger/Helmut Willems, Einstellungen junger Deutscher gegenüber ausländischen Mitbürgern und ihre Bedeutung hinsichtlich politischer Orientierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31/98, S. 25.

11 Vgl. Jan Philipp Reemtsma, Die Falle des Antirassismus, in: U. Bielefeld (Anm. 6), S. 269–282.

die Tatsache unter, daß die Befunde keineswegs immer so eindeutig und widerspruchsfrei ausfallen. In der Regel wird der Anteil der Jugendlichen und jungen Heranwachsenden, die als Tatverdächtige unter der Rubrik „rechtsextremistische Gewalttaten“ registriert werden, auf rund zwei Drittel beziffert¹². Unter die für rechtsextremistische Straftaten relevanten Deliktarten fallen strafrechtliche Verstöße, bei denen auch im Bereich der allgemeinen Kriminalität junge Männer stark vertreten sind. Dazu zählen z. B. gefährliche und schwere Körperverletzungen, die generell überproportional häufig von männlichen Jugendlichen und Heranwachsenden begangen werden. Wir haben es hier mit einer Variante eines allgemeinen Handlungsmusters (junger) Männer zu tun. Gewaltbereitschaft und Gewaltausübung zählen zu den hervorstechenden Charakteristika traditioneller Männlichkeit¹³. Insbesondere die gewalttätige fremdenfeindliche Straftat ist ein männertypisches Phänomen¹⁴. Je nach Deliktart schwanken die Angaben für die Tatbeteiligung von Frauen an fremdenfeindlichen Straftaten zwischen null und sieben Prozent¹⁵. Die geschlechtsspezifischen Kriminalitätsanteile kontrastieren kaum mit den Befunden, die aus der allgemeinen Kriminalitätst Statistik bekannt sind. Gewaltverbrechen werden nur in geringem Umfang von Frauen verübt¹⁶. Gewaltdelikte machen jedoch den geringsten Teil rechtsextremistischer Straftaten aus. Am häufigsten werden in diesem Bereich Propagandadelikte registriert¹⁷, die nun keineswegs in erster Linie auf das Konto von Jugendlichen gehen.

„Fremdenfeindliche“ Straftaten unterscheiden sich von allgemeinen Straftaten durch ihre politische Dimension. Im Gegensatz zu allgemeinen Gewalttaten konzentrieren sich „fremdenfeindliche“ Übergriffe auf bestimmte Opfergruppen. Sie zielen somit tendenziell auf alle Mitglieder der betroffenen sozialen Gruppen. In diesem Sinn sind sie mit einem gesellschaftspolitischen Machtan-

12 Vgl. Bundesministerium des Inneren (Anm. 1). Zu anderen Ergebnissen gelangt Michael Kubink, Fremdenfeindliche Straftaten. Polizeiliche Registrierung und justizielle Erledigung – am Beispiel Köln und Wuppertal, Berlin 1997. Nach seiner Analyse polizeilicher Unterlagen aus dem Jahr 1993 können Tatverdächtige über 25 bzw. 30 Jahren nicht als zu vernachlässigende Größe betrachtet werden.

13 Vgl. Lothar Böhnisch/Reinhard Winter, Männliche Sozialisation. Bewältigungsprobleme männlicher Geschlechtsidentität im Lebenslauf, Weinheim u. a. 1993.

14 Diese Aussage gilt allerdings nur für die fremdenfeindliche Gewalttat.

15 Vgl. M. Kubink (Anm. 12); H. Willems u. a. (Anm. 2), S. 112 f.

16 Vgl. M. Kubink (Anm. 12), S. 120.

17 Vgl. Bundesministerium des Inneren (Anm. 1), S. 74.

spruch verknüpft, der bestimmten sozialen Gruppen ihren unterlegenen sozialen Status bzw. ihre Unerwünschtheit in dieser Gesellschaft drastisch vor Augen führt. Im Prozeß der Entstehung von Gewalt spielt die Entwertung und Entmenschlichung des Opfers eine wesentliche Rolle. Es braucht Überzeugungen, die es erlauben, das Opfer so abzuqualifizieren, daß Gewalt als legitimes Mittel gerechtfertigt erscheint. Würden diese „fremdenfeindlichen“ Einstellungen nur von einer kleinen Gruppe geteilt, wären sie als Legitimationsbasis unzureichend. Fremdenfeindliche Straftäter sind sich der Unterstützung der von ihnen proklamierten Motive in einer breiten (medialen) Öffentlichkeit durchaus bewußt¹⁸. In ihrer Erscheinungsform unterscheiden sich die „ausländer“- und minderheitenfeindlichen Einstellungen Jugendlicher und Erwachsener nicht voneinander. Es ist der Diskurs der Mehrheitsgesellschaft, aus dem die Jugendlichen ihre Argumente beziehen. Sie schwimmen in einem breiten Meinungsstrom und nicht gegen ihn. Allenfalls extreme und offener Formen von rassistischen und minderheitenfeindlichen Sprechweisen lassen sich bei Jugendlichen, die noch ohne Rücksichtnahme auf taktische Erwägungen argumentieren, öfter beobachten. Schon Norbert Elias und John L. Scotson fiel auf, daß sich insbesondere traditionsreiche Formen der Stigmatisierung und Diskriminierung von machtunterlegenen Außenseitergruppen im Fortgang der Generationen verhärtet können¹⁹.

In einem nicht unbeträchtlichen Umfang gehören fremdenfeindliche und rassistische Einstellungen zum gesellschaftlichen Alltag. Nach einer von Alfons Silbermann durchgeführten repräsentativen Untersuchung sind nur 15 Prozent der Befragten völlig frei von fremdenfeindlichen Tendenzen. Über fünf Prozent der Gesamtbevölkerung hegen dagegen „starke“ und „sehr starke“ fremdenfeindliche Ressentiments. Weitere zehn Prozent sind deutlich „überdurchschnittlich“ fremdenfeindlich eingestellt²⁰. Ohne Berücksichtigung des gesamtgesellschaftlichen Kontextes und der Geschichte von Rassismus und Rechtsextremismus lassen sich die „fremdenfeindlichen“ und autoritären Einstellungen von Jugendlichen nicht adäquat erklären.

18 Vgl. U. Schad (Anm. 3), S. 309; H. Willems/R. Eckert/St. Würtz/L. Steinmetz (Anm. 2), S. 186.

19 Vgl. Norbert Elias/John L. Scotson, *Etablierte und Außenseiter*, Frankfurt am Main 1990, S. 176.

20 Vgl. Alfons Silbermann, *Der „normale Haß“ auf die Fremden. Eine sozialwissenschaftliche Studie zu Ausmaß und Hintergründen von Fremdenfeindlichkeit in Deutschland*, München 1995, S. 50.

III. Über die Defizite einer soziologisch-pädagogischen Betrachtungsweise

In der öffentlichen Diskussion über die Ursachen für die Übernahme rechtsextremistischer Orientierungen erfreuen sich nach wie vor die Erklärungsmuster der größten Popularität, in denen die Akteure und Agitatoren fremden- und minderheitenfeindlicher Aggressionen als „Opfer der Verhältnisse“ ins Rampenlicht gesetzt werden. Die Aufmerksamkeit gilt insbesondere sozial benachteiligten Jugendlichen, die als besonders gefährdete Problemgruppe der speziellen pädagogischen Betreuung bedürften. Die Tatsache, daß die aktuelle sozialwissenschaftliche und öffentliche Diskussion zum Thema Rechtsextremismus und „Fremdenfeindlichkeit“ insbesondere unter pädagogischen Gesichtspunkten geführt wurde, mag zu dieser für die erwachsene Mehrheitsgesellschaft entlastenden Problemdefinition beigetragen haben.

Die seit Mitte der achtziger Jahre intensivierte pädagogische Auseinandersetzung mit dem Phänomen Rechtsextremismus zog eine Erweiterung des Begriffsverständnisses nach sich. An die Stelle der dominanten politisch-verfassungsrechtlichen Betrachtungsweise trat ein soziologischer Rechtsextremismusbegriff. Mit der Verlagerung des Forschungsinteresses auf jene Formen rechtsextremistischer Orientierungen, die außerhalb und im Vorfeld des organisierten rechten Spektrums anzutreffen sind, wurde zwar der Tatsache Rechnung getragen, daß eine verbreitete relative Distanz zu rechtsextremistischen Gruppen durchaus mit einer gleichzeitig vorhandenen Nähe zu den auch von ihnen vertretenen Orientierungsmustern einhergehen kann²¹. Das auf eine pädagogische Intervention abzielende Untersuchungsinteresse ließ jedoch die politische, historische und gesamtgesellschaftliche Dimension in den Hintergrund treten. Unter dem Brennglas einer populären soziologisch-pädagogischen Betrachtungsweise nahmen fremdenfeindliche und rechtsextremistische Tendenzen die Konturen eines „Jugendphänomens“ an. Insbesondere die von dem Forschungsteam um den Bielefelder Pädagogik-

21 Vgl. z. B. Ursula Birsl, *Rechtsextremismus: Weiblich – männlich? Eine Fallstudie*, Opladen 1994; Wilhelm Heitmeyer, *Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher*, Weinheim u. a. 1992.

Professor Wilhelm Heitmeyer vorgenommene Rechtsextremismusdefinition – die Verknüpfung von Ungleichheitsideologien mit Gewaltakzeptanz – sowie die Konzentration auf das Untersuchungsobjekt Jugendliche eröffnete einerseits neue Perspektiven, schränkte andererseits aber die Wahrnehmung des Phänomens Rechtsextremismus von vornherein ein: So führte die Betonung des Aspekts „Gewaltakzeptanz“ und die Anlehnung der Definition an das Untersuchungsobjekt – Jugendliche aus unteren sozialen Schichten – dazu, daß die unterschiedlichen Facetten des Phänomens Rechtsextremismus und Rassismus nicht oder nicht genügend wahrgenommen wurden. Für die Anhänger- und Wählerschaft rechtsextremer Parteien und die in gehobenen Schichten anzutreffende Variante autoritärer Einstellungsmuster gilt die Bejahung gewalttätiger Konfliktregelungen nur zu einem geringen Teil. Wesentlich häufiger finden wir hier die Delegation der Gewaltausübung an einen „starken Staat“²². Um das Phänomen Rechtsextremismus in seiner ganzen Bandbreite zu erfassen, erscheint es als angemessen, den unscharfen Begriff „Rechtsextremismus“, der sich an einem arithmetischen Rechts-Mitte-Links-Schema orientiert, durch die inhaltlich bestimmte Bezeichnung „autoritäre Einstellungsmuster“ zu ersetzen. Autoritäre Einstellungsmuster lassen sich mit Alex Demirovic und Gerd Paul mit den Kriterien Demokratiefeindlichkeit, Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus erfassen²³. Dem Ansatz von Wilhelm Heitmeyer folgend, wird in vielen Untersuchungen die Hinwendung (nicht nur von Jugendlichen) zu rechtsextremistischen Orientierungen als Reaktion auf gesellschaftliche Desintegrationserfahrungen interpretiert. Verunsicherung, Handlungsunsicherheiten, Ohnmachtsgefühle und Vereinzelungserfahrungen, die Heitmeyer als Negativposten aktueller Individualisierungsprozesse verbucht, bilden in seinem Erklärungsansatz wichtige Anschlußstellen für rechtsextremistische Orientierungen²⁴.

Tatsächlich lassen sich jedoch nur für einen kleinen Teil der fremdenfeindlichen Gewalttäter persönliche Desintegrations- oder Deklassierungserfahrungen als zentraler Erklärungsfaktor für das Gewalthandeln anführen. So ist der Anteil der Arbeitslosen nur leicht erhöht und entspricht in etwa der sonst unter Jugendlichen herrschenden

Arbeitslosigkeit²⁵. Auf der Ebene „fremdenfeindlicher“ Einstellungen zeigt sich deutlich, daß die Mehrheit der Jugendlichen, die fremdenfeindliche Ressentiments hegt, nicht arbeitslos ist²⁶. Historische Vergleiche belegen, daß am Anfang von Rassismus und Menschenjagden nicht tatsächliche soziale Benachteiligung und Perspektivlosigkeit stehen²⁷. In der Debatte über den Zusammenhang von Rechtsextremismus/Rassismus und Arbeitslosigkeit spiegelt sich eine spezifische deutsche Erfahrung wider: Auf die Zeit der Massenarbeitslosigkeit in der Weimarer Republik folgten die Wahlerfolge der Nationalsozialisten und die Machtübernahme durch Adolf Hitler. Hier kommt jedoch ein Mythos zum Tragen, den die moderne Wahlforschung längst als Tarnkappe entlarvt hat²⁸. Im Mythos von den Arbeitslosen, die die Nazis an die Macht katapultiert haben sollen, finden wir das Bedürfnis nach einer Entlastung der deutschen Gesellschaft und der sie tragenden bürgerlichen Schichten von der Verantwortung für die nationalsozialistische Machtübernahme und den Siegeszug eines mörderischen, rassistisch begründeten Antisemitismus. Desintegrationserfahrungen werden im Rahmen einer spezifischen politischen Kultur, politischer Machtverhältnisse und historisch-politischer Traditionsbestände verarbeitet, die bestimmte Interpretationen und Verhaltensmuster vorgeben und als angemessen erscheinen lassen.

Ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Desintegrationserfahrungen und einer Affinität zu autoritären Einstellungen läßt sich nicht herstellen²⁹. In ihrer Studie über die Verbreitung autoritärer Einstellungsmuster unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen zeigen sich Dieter Hoffmeister und

25 Vgl. U. Wasmuth (Anm. 2), S. 118; H. Willems/R. Ekkert/St. Würtz/L. Steinmetz (Anm. 2), S. 120.

26 Vgl. C. Kleinert/W. Krüger/H. Willems (Anm. 10), S. 22.

27 Vgl. Jan Philip Reemtsma, Die Stunde der Sozialwissenschaften? – Die Stunde der Einheit? Strategien der Politikvermeidung, in: Interkulturell, (1994) 3–4, S. 43 f.

28 Entgegen der herrschenden Meinung schnitt die NSDAP in Kreisen mit hoher Arbeitslosigkeit im Durchschnitt deutlich schlechter ab als in Gebieten mit niedrigen Arbeitslosenzahlen. Arbeitslose tendierten insgesamt eher zur KPD und, wenn auch in etwas geringerem Maße, zur SPD als zur NSDAP. Politische Orientierungen entschieden über die Richtung der Radikalisierung. Ein unmittelbarer Einfluß der Arbeitslosigkeit auf die nationalsozialistische Wahlerfolge im Sinne einer Radikalisierung der Arbeitslosen läßt sich nicht belegen. Vgl. Jürgen Falter, Hitlers Wähler, München 1991.

29 Vgl. Susanne Rippl/Klaus Boehnke/Gerd Hefler/John Hagan, Sind Männer eher rechtsextrem und wenn ja, warum? Individualistische Werthaltungen und rechtsextreme Einstellungen, in: Politische Vierteljahrschrift, 39 (1998) 4, S. 758–774.

22 P. Demirovic/G. Paul (Anm. 8); Armin Pfahl-Traughber, Nur Modernisierungsoffer: Eine Kritik der Heitmeyer-Studien, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 40 (1993) 4, S. 329–336.

23 Vgl. A. Demirovic/G. Paul (Anm. 8), S. 213.

24 Vgl. W. Heitmeyer (Anm. 21).

Oliver Sill³⁰ überrascht über die extremen Gegensätze in der sozialen Herkunft der Autoritären. Jugendliche Autoritäre, die dem gehobenen sozialen Milieu entstammen, zeigen keine Tendenz zur Instabilität. In ihrer selbstbewußten und selbstbezogenen Überzeugung, die gesellschaftliche Norm zu repräsentieren, haben sie nur Verachtung für Schwächere und andere Lebensweisen übrig. Sozialstaatlichen Maßnahmen stehen sie kritisch gegenüber. Dagegen stammen Autoritäre mit hohen Werten auf der Instabilitätsskala meist aus Familien, die sich in einer sozial prekären Randposition befinden. Sie entsprechen der Klischeevorstellung des ungebildeten, verunsicherten fremdenfeindlichen Rechten. Sprachliche Unbeholfenheit geht hier mit einem undifferenzierten Feindbilddenken und einem Hang zur Personalisierung einher. Das Leben gilt ihnen gemeinhin als Kampf in einer feindlichen Welt. Die Angst vor einer weiteren ökonomischen und psychosozialen Verelendung prägt ihre Lebensperspektive. Darin unterscheiden sie sich von den reinen Instabilen ohne autoritäre Tendenzen, die sich mit einer ausgeprägten Gegenwartsorientierung auf sich selbst und das unmittelbar Machbare konzentrieren. In ihrer Schlußfolgerung betonen Hoffmeister und Sill die Gefahr einer Radikalisierung am oberen Rand der sozialen Hierarchie³¹. Ein hoher sozialer Status schützt nicht vor autoritären Einstellungsmustern³². In einer aktuellen repräsentativen Untersuchung über die Verbreitung fremdenfeindlicher Einstellungen von Alfons Silbermann finden sich in der Kategorie „gar keine Fremdenfeindlichkeit“ zwar am häufigsten Personen mit Abitur. Andererseits fallen Universitätsabsolventen dadurch auf, daß sie in der Kategorie „stark fremdenfeindlich“ mit 8,3 Prozent den insgesamt proportional größten Anteil stellen³³. Entgegen der allgemeinen Tendenz gibt es also unter den Hochschulabsolventen eine kleine, aber nicht zu übersehende Gruppe, die sich durch eine stark ausgeprägte Fremdenfeindlichkeit vom Durchschnitt der Bevölkerung abhebt. Diese Abweichung kennen wir bereits aus der Antisemitismusforschung. Bei den Befragten mit Hochschulabschluß finden wir stärkere und vehe-

mentere antisemitische Tendenzen. Es waren gerade Akademiker, die sich sehr stark mit dem NS-Antisemitismus identifiziert hatten. Übereinstimmend zeigen die repräsentativen Erhebungen aus den Jahren 1948–1952, daß höhere Bildung in Westdeutschland positiv mit Rassismus und Antisemitismus korrelierte³⁴. Höhere Bildung schützt nicht per se vor Rassismus. Ein Blick in die Geschichte zeigt, daß dieses Phänomen keineswegs neu ist. Für die Varianten des völkischen Antisemitismus, die als Vorläufer der Naziideologie angesehen werden müssen, weist Detlef Claussen darauf hin, daß die unversöhnlichsten Judenhasser fast alle den gebildeten Schichten angehörten. Als rassistische Ideologieproduzenten sind in der Vergangenheit gerade Intellektuelle und Wissenschaftler, darunter die hellsten Köpfe der Aufklärung, in Erscheinung getreten³⁵.

Den heutigen eurozentristischen Ressentiments der etablierten Eliten fehlt dieser unmißverständlich formulierte Anspruch auf menschliche Höherwertigkeit. In den Demokratien des 20. Jahrhunderts neigen insbesondere gebildete Menschen häufig dazu, das Bewußtsein ihrer Statusüberlegenheit in indirekten und scheinbar farblosen Ausdrücken zur Geltung zu bringen, denen die emotionale Direktheit fehlt, mit der Höhergestellte in weniger demokratischen Jahrhunderten von ihrem Vorrang redeten³⁶. Der häufig konstatierte Einfluß des formalen Bildungsniveaus auf die Ausprägung von „Fremdenfeindlichkeit“ ist durchaus umstritten. Wilhelm Heitmeyer sieht darin ein „Mittelschichten-Vorurteil“, das durch die Erhebungsmethode bestätigt wird. In der Regel hält die in Meinungsumfragen gemessene Resistenz gegenüber „fremdenfeindlichen“ Ressentiments mit steigendem formalen Bildungsgrad realen Belastungssituationen nicht stand³⁷. Menschen mit höherer Schulbildung zeigen eine ausgeprägte Tendenz, insbesondere in öffentlichen Situationen mit sozial erwünschten Antworten zu reagieren. Gleichzeitig entwickeln sie häufig Abneigungen gegen grob undifferenzierte und aggressiv formulierte Meinungen³⁸. Die Anfälligkeit für autoritäre Einstellungen zeigt sich in schichtspezifisch durchaus unterschiedlichen Artikulationsformen.

30 Vgl. Dieter Hoffmeister/Oliver Sill, Zwischen Aufstieg und Ausstieg. Autoritäre Einstellungsmuster bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen Opladen 1992.

31 Vgl. ebd. S. 165.

32 So entdeckte der Wahlforscher Richard Hamilton, daß im protestantischen Deutschland die NSDAP von der evangelischen Oberschicht und der oberen Mittelschicht häufiger gewählt wurde als in der Unterschicht. Vgl. J. Falter (Anm. 28), S. 372.

33 Vgl. A. Silbermann (Anm. 20), S. 50.

34 Vgl. W. Bergmann/R. Erb (Anm. 7), S. 78 f.

35 Vgl. Detlef Claussen, Was heißt Rassismus?, Darmstadt 1992, S. 5 f.; Henning Melber/Gerhard Hauck, Kolonialer Blick und Rationalität der Aufklärung, in: Peripherie, 9 (1989) 3, S. 6–20.

36 Vgl. N. Elias/J. Scotson (Anm. 19), S. 96 f.

37 Vgl. W. Heitmeyer (Anm. 21), S. 679.

38 Vgl. Teun van Dijk, Communicating Racism. Ethnic Prejudice in Thought and Talk, Newbury Park 1987, S. 350 f.

Die Klischeevorstellung des per se linksorientierten Intellektuellen mag in den siebziger Jahren eine gewisse Berechtigung gehabt haben. Es erklärt den Blick auf die Vergangenheit und erkennt Gefahren für die Zukunft. Erst seit Mitte der sechziger Jahre gilt die Studentenschaft in ihrer Mehrheit als demokratisch. Zu Beginn der dreißiger Jahre vertraten die schlagenden Verbindungen, in denen 80 Prozent der Studenten organisiert waren, bei allen Unterschieden ähnlich völkische, antisemitische, nationalistische, antidemokratische und großdeutsche Ziele³⁹. Obwohl heute an der demokratischen Überzeugung der größten Gruppe von Studenten – und insbesondere der Studentinnen – kein Zweifel besteht, zeigen sich auch bedenkliche Tendenzen. In einer repräsentativen Studie zur Verbreitung autoritärer Einstellungsmuster unter Studenten und Studentinnen an hessischen Universitäten entdeckten Alex Demirovic und Gerd Paul⁴⁰ einen harten rechtsradikalen Kern von gut vier Prozent und eine Gruppe von tendenziell Autoritären, die etwa 11 Prozent umfaßt. Weitere 15 Prozent der Befragten müssen als anfällig für Autoritarismus eingestuft werden. Die Autoritären und tendenziell Autoritären sind überdurchschnittlich häufig an den Fachbereichen Jura, Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften vertreten und oft im Burschenschaftsmilieu verankert. Ihre überwiegend männlichen Mitglieder stammen überdurchschnittlich häufig aus Familien der höchsten Statusgruppe. Bevorzugt finden wir sie in Fachrichtungen, aus denen sich in der Bundesrepublik gemeinhin das Führungspersonal von Wirtschaft, Politik und Verwaltung rekrutiert. In der Gruppe der Autoritären finden wir die Verbindung von hohem sozialen Status, Elitebewußtsein, optimistischer Zukunftseinschätzung und einem ausgeprägten Bekenntnis zu Leistung, Konkurrenz und Führung auf der einen sowie hoher Fremdenfeindlichkeit und der Ablehnung sozialstaatlicher Maßnahmen zur Förderung von Schwächeren und Minderheiten auf der anderen Seite.

Konventionalismus, Elite- und Leistungsdenken sowie die subjektive Überzeugung, zu denen zu gehören, die die gesellschaftliche Norm repräsentieren, zählen zu den Faktoren, die die Übernahme autoritärer Orientierungen – nicht nur bei Jugendlichen – begünstigen⁴¹.

39 Vgl. W. Bergmann/R. Erb (Anm. 7); D. Claussen (Anm. 35).

40 Vgl. A. Demirovic/G. Paul (Anm. 8), S. 213 ff.

41 Vgl. Josef Held/Hans-Werner Horn/Athanasios Marvakis, Politische Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer/innen. Ergebnisse und Überlegungen aus einem laufenden

Warum findet die Anfälligkeit der etablierten Eliten für autoritäre Einstellungsmuster weniger Aufmerksamkeit als die Verbreitung derartiger Orientierungen in den unteren sozialen Schichten, obwohl sich die gesellschaftspolitische Bedeutung autoritärer Einstellungsmuster erst durch die Analyse der Interaktion der beiden Gruppen erfassen läßt? Zum einen mag hier die in soziologischen Untersuchungen oft stillschweigend vorausgesetzte Annahme eine Rolle spielen, daß die größere Zahl a priori mit einer größeren soziologischen Signifikanz verknüpft ist. Die soziologische und gesellschaftspolitische Bedeutung von Minderheitengruppen kann jedoch – wie z. B. im Fall mächtiger und einflußreicher etablierter Eliten – ihr quantitatives Gewicht bei weitem übertreffen. Entscheidender dürfte jedoch die soziologische Verwendung des Begriffs Anomie – des Zustands der Regel- und Normlosigkeit also, in dem die Stabilität sozialer Beziehungen gestört ist – und die damit verknüpfte Perspektivenverengung sein. Seit der Prägung dieses Begriffs durch Durkheim schwingen darin bestimmte wertende Untertöne mit. Der Anomiebegriff lebt von einem nicht explizit entworfenen Gegenbild einer sozialen Gesellschaftsordnung, die sozial stabil, also nicht-anomisch ist. Sozialer Zusammenhalt und eine enge Integration gelten stillschweigend als unproblematisch und werden im Gegensatz zu Anomie und „mangelndem Zusammenhalt“ als etwas Positives und Gutes wahrgenommen. Wie Norbert Elias und John L. Scotson am Beispiel von Etablierten-Außenseiter-Beziehungen demonstrieren, können jedoch sowohl anomische als auch nicht-anomische soziale Konstellationen gleich relevante soziologische Probleme aufwerfen⁴². Dies gilt insbesondere für die Anfälligkeit für autoritäre Einstellungen. Worin auch immer die sonstigen positiven Funktionen sozialer Integration liegen mögen, so gehen damit doch auch bestimmte Formen von Unterdrückung und Aggression einher, die sich in der Verfolgung von Opposition und Nonkonformität bei Mitgliedern der eigenen Gruppen und der Diskriminierung und Verfolgung von machtunterlegenen Außenseitergruppen manifestieren⁴³.

Forschungsprojekt, in: Siegfried Jäger (Hrsg.), Aus der Werkstatt: Antirassistische Praxen. Konzepte/Erfahrungen/Forschung, Duisburg 1994, S. 270–290.

42 Vgl. N. Elias/J. L. Scotson (Anm. 19.), S. 254 ff.

43 Den theoretischen Zusammenhang zwischen Machtüberlegenheit, internalisierten Gefühlen menschlicher Höherwertigkeit und der Anfälligkeit für autoritäre Einstellungsmuster kann ich an dieser Stelle leider nicht ausführen.

Die Anfälligkeit von machtüberlegenen sozialen Eliten für autoritäre Einstellungsmuster wird gerne übersehen. Dabei ist es gerade das Wechselspiel zwischen den Überlegenheitsgefühlen der konkurrenz- und leistungsorientierten etablierten sozialen Eliten und den Ressentiments von statusniedrigeren Gruppen innerhalb der Etablierten-gruppe, das die politischen Koordinaten in der Bundesrepublik nach rechts verschieben könnte. Die Mahnung von Norbert Elias und John L.

Scotson, daß es an der Zeit sei, die Lektion zu lernen, „daß in einer zusammenwachsenden Menschheit die Herrschaft einer Sektion über andere unweigerlich einen Bumerangeffekt hat“ und „gemeinsame Maßnahmen zur Linderung der Nöte machtschwächerer Außenseiter“⁴⁴ dringend geboten sind, hat nichts von ihrer Brisanz verloren.

44 N. Elias/J. L. Scotson (Anm. 19), S. 3.

Berufliche Chancen Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland

I. Einleitung

In diesem Beitrag sollen die Auswirkungen einer veränderten Ökonomie auf die berufliche Einmündungsphase von Jugendlichen, auf die beruflichen und/oder betrieblichen Ausbildungsprozesse und auf die sich daran anschließenden Arbeitsverhältnisse/-prozesse diskutiert werden: *Erstens* wird die Ausbildungs- und Arbeitssituation für eine schrumpfende Mehrheit von Jugendlichen immer qualifizierter und differenzierter. Die modernisierten und höherqualifizierten Bereiche unserer Erwerbsgesellschaft verlangen von den neu in das Erwerbsleben eintretenden Jugendlichen neue und höhere Qualifikations- und Persönlichkeitsvoraussetzungen. Diesen gestiegenen Anforderungen in den qualifizierten Ausbildungs- und Arbeitsbereichen werden die benachteiligten Jugendlichen immer weniger gerecht. *Zweitens* verzeichnen wir einen hohen Sockel an Jugendlichen ohne Berufsausbildung, die zunehmend in Arbeitslosigkeit münden, da die Referenzarbeitsplätze für gering qualifizierte Arbeitskräfte (Einfacharbeitsplätze) wegrationalisiert werden. Hier wird das Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit zumindest im Vorbereich des Arbeitsmarktes Abhilfe schaffen. Die von vielen Politikern und Wissenschaftlern vorgeschlagene „Schaffung“ eines Arbeitsmarktes mit Eintätigkeiten im tertiären Sektor dürfte dagegen einigermaßen problematisch sein. *Drittens* führten gerade die neuen Formen der Restrukturierung der Wirtschaft, die eine Antwort auf die gerade überwundene Strukturkrise darstellen, aufgrund ihrer Tendenz zu Konzentration und Ausgliederung von Produktionsteilen zu hoher Arbeitslosigkeit und einem spürbaren Abbau der Ausbildungskapazitäten auch in den Kernbereichen der Industrie (Automobilbau, Werkzeugmaschinenbau und Chemische Industrie). Die Betriebe haben ihre Rekrutierung über die Erstausbildung massiv eingeschränkt und sind von der bisherigen Praxis der faktischen Übernahmegarantie abgegangen, so daß die Arbeitslosenquote auch gut ausgebildeter Jugendlicher in den letzten Jahren gestiegen ist.

II. Die Tätigkeitsanforderungen der Zukunft

1. Erweiterung der Aufgabenfelder – Integration von Service- und Produktionsfunktionen, Dienstleistungsorientierung der produktiven Arbeitsaufgaben

In den anspruchsvollen Tätigkeitsbereichen von Industrie und Dienstleistung ist eine Verbreiterung der Aufgabenfelder zu beobachten. Vor allem die Integration von Servicefunktionen in den Produktionsbereich wird in zunehmendem Maße den Erwerb von Mehrfachqualifikationen notwendig machen, die den Beschäftigten sowohl umfangreiche Material-, Maschinen-, Verfahrens- und Produktkenntnisse als auch Informatikwissen, kaufmännisches Wissen und nicht selten auch Mehrsprachlichkeit abverlangen können. Dies gilt mit Sicherheit für die neugeordneten Berufsbilder in den umstrukturierten Sektoren der Wirtschaft, für produktive Tätigkeiten mit hohen Dienstleistungsanteilen sowie für die neuen Informations- und Kommunikationsberufe im Kontext der neuen Informationsökonomien.

In einigen Bereichen der industriellen Fertigung werden zunehmend alle relevanten Arbeitsoperationen eines Tätigkeitsfeldes zusammengefaßt und in mehr oder weniger ganzheitlicher Form den Beschäftigten übertragen. In der Chemischen Industrie, der Automobilindustrie und der Elektroindustrie kommt es deshalb bereits zu einer betriebsorganisatorischen Verschmelzung verschiedener Berufsbilder. Aufgrund der Zunahme von kontinuierlicher Fertigung und des Gewichtes von „Gewährleistungsarbeit“, also jener Tätigkeiten, die gewährleisten, daß der Produktionsprozeß ohne Havarien und Störungen abläuft, wachsen die Servicefunktionen immer mehr in die Produktion hinein, kommt es zu einer anderen Zusammensetzung der Fachkräfteteams. Besonders hervorzuheben ist die Tatsache, daß die Dienstleistungsorientierung auch der produktiven Arbeitsaufgaben stark zugenommen hat. „Schon heute sind 67 Prozent aller Arbeitskräfte mit

Dienstleistungstätigkeiten betraut. Auch im Produzierenden Gewerbe (Industrie und Handwerk) haben inzwischen mehr als 40 Prozent aller Arbeitsplätze Dienstleistungscharakter – seien es direkt der Produktion vor- oder nachgelagerte Aufgaben (Beschaffung, Verwaltung, Vertrieb, Transport) oder mehr indirekt mit der Produktion verbundene Tätigkeiten (Planung, Koordination, Forschung und Entwicklung, Information).¹

2. Koordination mehrerer Handlungsbereiche/ Ausdehnung der Handlungsräume

Zu gesteigerten Anforderungen an intellektuelle Leistungspotentiale und zu veränderten Sozialisationsvoraussetzungen führt vor allem die Koordination von unterschiedlichen Handlungsbereichen und die Schaffung neuer Handlungsbereiche, die nicht nur die Beachtung unterschiedlicher Handlungsziele, sondern auch die Entstehung von Zielkonflikten impliziert.

Beispiele sind die neuartigen Qualifikationsprofile der „Problemlöser“ oder „Integratoren“ an der Schnittstelle zwischen Automobilherstellern und -zulieferern, die sich daraus ergeben, daß die systemischen und unternehmensübergreifenden Rationalisierungsprozesse spezifische Leistungen der Integration und Verknüpfung der Teilprozesse der Produktionskette erforderlich machen². Programmplanung, Beschaffung und Disposition, Wareneingang, Fertigungssteuerung, innerbetrieblicher Transport sowie Lager- und Versandabwicklung liegen organisatorisch in einer Hand, so daß ein schneller Material- und Informationsfluß sichergestellt ist.

3. Zunehmende Wissensförmigkeit der Arbeitsobjekte

Die Autoren der Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen³ stellen „Wissen“ als „dritten Produktionsfaktor“ in den Vordergrund – ohne jedoch in irgendeiner Weise zu verdeutlichen, wie dadurch die Arbeitsstrukturen verändert wurden bzw. werden. Sie suggerie-

ren, daß durch die Zunahme des Wissens die menschliche Arbeitskraft in ihrem Stellenwert reduziert, marginal wird. Wissen (und natürlich auch Kapital) statt Arbeit – so lautet ihre – aus meiner Sicht – falsche Botschaft. In allen einschlägigen Analysen zur Qualifikationsentwicklung wird gerade nicht von der Annahme ausgegangen, daß Wissen in erster Linie als abstrakter „Produktionsfaktor“ eine Rolle spielt, sondern daß es an die menschliche Arbeitskraft gebunden ist, die dadurch einen anderen Stellenwert erhält.

Durch die fortschreitende Durchdringung aller Arbeitsprozesse mit den Informations- und Kommunikationstechniken, durch die Prozesse der Verrechtlichung und Ökonomisierung kommt es vor allem im kaufmännischen Bereich – aber nicht nur dort – zu einer fortschreitenden Wissensförmigkeit der Berufspraxis, die in dreifacher Hinsicht deutlich wird. Zum einen basiert die kaufmännische Berufspraxis auf umfangreichem und spezifischem Fachwissen, das sich „durch wachsende Abstraktheit und Vernetztheit auszeichnet“.

Die kaufmännische Berufspraxis ist außerdem in dem Sinne wissensförmig, als „viele ihrer Arbeitsobjekte selbst den Charakter von Wissen haben“⁴. Schließlich ist die kaufmännische Berufspraxis in dem Sinne wissensförmig, als „nicht nur einzelne Objekte, sondern ganze Arbeitsbereiche in ihrem systemischen Zusammenhang auf der Basis abstrakten und komplexen Wissens konstruiert werden“⁵.

III. Veränderte qualifikatorische und persönlichkeitsspezifische Voraussetzungen bei den Jugendlichen

Bei der Knappheit der Ausbildungs- und Arbeitsplätze – die vermutlich nicht nur vorübergehend sein wird, sondern die Umstrukturierung der Arbeitsgesellschaft begleitet – werden sich die Einstellungs- und Beurteilungskriterien für die Besetzung betrieblicher Ausbildungsplätze wesentlich verschärfen. Dies gilt auch für die Fach-

1 Vgl. M. Tessaring, *Wirtschafts- und Arbeitswelt im nächsten Jahrtausend: Perspektiven von Qualifikation und Erwerbsarbeit*, Referat, gehalten auf dem 5. Europäischen Aus- und Weiterbildungskongreß des Westdeutschen Handwerkskammertages, Köln 1996.

2 Vgl. P. Kupka, *Lebenslang oder Übergang? Berufspläne junger und angehender Facharbeiter*, in: *Diskurs*, (1998)1, S. 18–27.

3 Vgl. Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, *Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen*, 3 Bde., Bonn 1997.

4 R. Witt, *Konzept eines hypermedialen Assistenzsystems für den verbundenen Erwerb von Fachwissen und Meta-Wissen für den Umgang mit Fachwissen*, in: K. Beck/H. Heid (Hrsg.), *Lehr-Lern-Prozesse in der kaufmännischen Erstausbildung. Wissenserwerb, Motivierungsgeschehen und Handlungskompetenzen*, Beiheft 13 zur Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik (ZBW), Stuttgart 1996, S. 70 und S. 68 ff.

5 Ebd., S. 70.

hochschul- und Universitätsabsolventen, von denen immer mehr nicht „adäquat“ beschäftigt werden und längere Phasen von Such-Arbeitslosigkeit und befristeter Erwerbstätigkeit durchlaufen.

Hauptschüler sind diesem Trend schon lange ausgesetzt; sie sind überfordert, weil sie immer weniger in den klassischen Berufsbereichen (II: Produktionsgütererzeugung, Konsumgüterfertigung) unterkommen und sich um Ausbildungsplätze in anderen Bereichen (III: Montage, Wartung) bemühen müssen, wo die Einstellungsmodi restriktiver und die Anforderungen höher sind.

Nicht nur die Qualifikationsvoraussetzungen, sondern auch die persönlichkeitspezifischen Voraussetzungen (soziale Kompetenz, Motivation, kommunikative Fähigkeiten, reife Formen des moralischen Urteils) für die qualifizierten Berufe werden steigen⁶. Nur sozialisatorisch gut vorbereitete Jugendliche werden die skizzierten qualifizierten Arbeitsplätze besetzen und die entsprechenden Ausbildungsgänge absolvieren können. Als Voraussetzung können gelungene familiäre und schulische Sozialisationsprozesse gelten, die

- zu einer stärkeren kognitiven Orientierung führen,
- eine intrinsische Motivation hervorrufen,
- die Kommunikations- und Teamfähigkeit fördern und
- nicht zuletzt Persönlichkeitsstrukturen ausbilden, die mit den Begriffen Selbstwertgefühl, internale/interaktionistische Kontrollorientierung, moralisches Bewußtsein umschrieben werden können. Diese Aspekte sollen im Zusammenhang mit den skizzierten Tätigkeitsstrukturen kurz erläutert werden.

1. Stärkere kognitive Orientierungen mit ausgeprägtem Handlungsbezug

Die Erweiterung der Tätigkeitsfelder, die Integration von Dienstleistungsaufgaben in produktive Funktionen, die Notwendigkeit der Koordination von verschiedenen Handlungsbereichen und die zunehmende Wissensförmigkeit der Arbeitswelt haben insgesamt zu einer Verminderung der sensumotorischen und einer Erhöhung der kognitiven Anteile der Arbeit (z. B. Diagnose, Planung, Koordination) geführt – so kann man die zunehmende Wissensförmigkeit der Arbeitsprozesse auch umschreiben.

6 Vgl. W. R. Heinz/L. Lappe, Strukturwandel der Arbeit – Orientierungswandel der Jugend?, in: Diskurs, (1998) 1, S. 4–9.

Vertreter des handlungsorientierten Unterrichts⁷ fordern – im Gegensatz zur Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen – eine systematische Verbindung des schulischen mit dem betrieblich vermittelten Fachwissen⁸ sowie die kontextuelle Eingebundenheit solcher Lernprozesse (z. B. in unternehmerische Planspiele, Übungsfirmen), um die Ausbildung von „trägem Wissen“ zu vermeiden⁹. Gerade angesichts der Wissensförmigkeit der Arbeitswelt führe ein handlungsorientierter Unterricht zur Ausbildung einer adäquaten Handlungs- und Entscheidungskompetenz, die die Bewältigung variierender, komplexer und wenig strukturierter Entscheidungssituationen in modernisierten Arbeitsprozessen ermögliche¹⁰. Für die qualifizierten Ausbildungs- und Arbeitsbereiche bedeutet die Wissensförmigkeit der Arbeit im übrigen eine stärkere Integration von beruflicher Bildung, Weiterbildung und flexibler Arbeit. Im Zuge des „life-long-learning“ werden viele Lernprozesse immer stärker über die Schule und berufliche Erstausbildung hinaus verlängert und als „lernbezogenes Arbeiten“ und „arbeitsbezogenes Lernen“ organisiert.

2. Intrinsische Motivation als Voraussetzung und Folge der Bewältigung komplexer Tätigkeiten

Die skizzierten Tätigkeitsstrukturen setzen bei den in das Arbeitsleben eintretenden Jugendlichen allerdings auch ein stärkeres Arbeitsinteresse und eine stark ausgebildete intrinsische Motivation voraus, die mit den herkömmlichen Lernmethoden kaum zu erreichen ist. Viele motivationspsychologische Untersuchungen weisen nach, daß die traditionellen Unterrichtsformen (in der Schule und besonders in der Hochschule) insofern einen eher negativen Einfluß auf die Entwicklung von Lern- und Arbeitsmotivation ausüben, als die Lernfreude ab- und die Lernunlust zunimmt¹¹. Lernen im betrieblichen Handlungskontext vermeidet dies. So zeigen vergleichende Längsschnittstudien zur Lernmotivation, daß „die betriebliche Ausbildung den inhaltlichen Interessen der Auszubildenden offensichtlich sehr viel stärker entspricht als

7 Vgl. R. Witt (Anm. 4); J. Bloech/G. Kauer/Ch. Orth, Unternehmensplanspiele in der kaufmännischen Ausbildung – Untersuchungen zum Wissenserwerb, in: K. Beck/H. Heid (Anm. 4), S. 37.

8 Vgl. R. Witt (Anm. 4), S. 73.

9 Vgl. R. Stark/H. Gruber/M. Graf/A. Renkl/H. Mandl, Komplexes Lernen in der kaufmännischen Erstausbildung: Kognitive und motivationale Aspekte, in: K. Beck/H. Heid (Anm. 4), S. 23 ff.

10 Vgl. J. Bloech/G. Kauer/Ch. Orth (Anm. 7), S. 36.

11 Vgl. R. Stark/H. Gruber/M. Graf/A. Renkl/H. Mandl (Anm. 9).

die Ausbildung in der Schule¹², und „die emotionalen Empfindungen fallen ... beim Lernen und Arbeiten im Betrieb deutlich positiver aus (als in der Schule). Im Betrieb sind höhere Werte insbesondere für intrinsisch motiviertes, aber auch für identifiziertes und interessiertes Lernen zu beobachten“¹³. Dieses Ergebnis ist besonders im Hinblick auf die Selbstlernfähigkeit oder das selbstgesteuerte Lernen jugendlicher Fachangestellter und Facharbeiter interessant. Demnach kann das Lernen im betrieblichen Kontext als wesentlich selbstbestimmter (identifiziert, intrinsisch motiviert, interessiert) bezeichnet werden als schulisches oder berufsschulisches Lernen. Darüber hinaus werden Kompetenz- und Autonomieunterstützung im Betrieb signifikant höher eingeschätzt als in der Berufsschule¹⁴.

3. Zunehmende Delegation von Verantwortung verlangt spezifische Persönlichkeitsmerkmale

Die Modernisierung der Produktionsanlagen und Arbeitsvollzüge hat erhöhte Anforderungen an die Verantwortung der meisten Beschäftigten hinsichtlich der Einhaltung von Qualitäts- und technischen Normen zur Folge. Wegen des großen Wirkungskreises der technischen Anlagen und der organisatorischen Interdependenz relativ vieler Arbeitsvollzüge haben Arbeitsfehler oft weitreichende Folgen. Die Gefährdung von Material, Maschinen und Menschen ist durch abweichende Verhaltensweisen im Betrieb, speziell in der Produktion, durchschnittlich höher als in anderen Lebensbereichen. Auch im Dienstleistungsbereich spielen bestimmte normative Anforderungen eine immer größere Rolle. Mit wachsendem Integrationsgrad der Datenverarbeitung in die Arbeits- und Verwaltungsprozesse, mit zunehmendem Ersatz von direkten personalen Kontakten durch „systembedingte Kooperationsformen“, durch die Tendenz zur Einmalerfassung der Daten nimmt die Bedeutung von fehlerfreiem Arbeiten, der Einhaltung von Organisationsnormen, Verfahrensregeln und Terminen eher zu. Beim Umgang mit Kunden und Lieferanten sind ebenso betrieblich vorgegebene Verhaltensregeln zu beachten und betriebliche Interessen durchzusetzen. Dies bedingt letztlich ... eine möglichst große Identifikation mit der Aufgabe und den Zielen der Unternehmung. Der

ständige Wandel der Arbeitsbedingungen erfordert zudem nicht nur die Bereitschaft und die Fähigkeit zur passiven Anpassung an vorgegebene Veränderungen, sondern auch jene zur aktiven Gestaltung, zur Durchsetzung gemeinsamer und eigener Interessen.“¹⁵

Das Erfordernis selbstgesteuerten, „autonomen“ Handelns und die zunehmende Delegation von Verantwortung an Beschäftigte in qualifizierten Sektoren von Industrie und Dienstleistung führt also neben der intellektuellen Leistungsfähigkeit zu immer stärkerer Beachtung spezifischer Persönlichkeitsmerkmale wie Selbstbewußtsein, Konfliktlösungsfähigkeit, Kontrollkompetenz und reifer Formen moralischer Urteilsfähigkeit.

4. Hohe Qualifikationsanforderungen ja – aber nicht ohne Gefährdungen durch Dauerbelastungen, Streß, Konfliktpotential und Arbeitsplatzunsicherheit

Die zunehmende Delegation von Verantwortung, die Bewältigung erhöhter intellektueller Anforderungen und die grundsätzliche Bereitschaft zur Flexibilität auf dem qualifizierten Pol modernisierter Arbeitstätigkeiten werden in Zukunft zwar weniger mit physischen (z. B. schwerdynamischen) Beanspruchungen, dafür aber eher mit höheren Beanspruchungen im psychischen Bereich gepaart sein, die Streß, Innovationsangst, psychosomatische Beschwerden, Gereiztheit und Depressivität hervorrufen können. Nicht genug damit: Die zukünftig ins Ausbildungs- und Berufsleben eintretenden Jugendlichen müssen wohl auch in den qualifizierten betrieblichen Einsatzbereichen von Beginn an vom überkommenen Bild der Vollzeitbeschäftigung Abschied nehmen. „Arbeit für alle, acht Stunden am Tag, fünf Tage in der Woche, 46 bis 48 Wochen im Jahr, 40 bis 50 Jahre im Leben, ist weder zeitgemäß noch realisierbar.“¹⁶ Auch die qualifizierten Jugendlichen werden Opfer der generellen Deregulierungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt sein. Die schleichende Abkehr von Flächentarifsystemen und die allmähliche Flexibilisierung und Individualisierung von Arbeitsverhältnissen führt dann schon zu Beginn des Berufslebens zu einer starken Verunsicherung der in das Arbeitsleben eintretenden Jugendlichen.

12 K.-P. Wild/A. Krapp, Lernmotivation in der kaufmännischen Erstausbildung, in: K. Beck/H. Heid (Anm. 4), S. 105.

13 M. Prenzel/A. Kristen/P. Dengler/R. Ettl/Th. Beer, Selbstbestimmt motiviertes und interessiertes Lernen in der kaufmännischen Erstausbildung, in: K. Beck/H. Heid (Anm. 4), S. 115.

14 Vgl. ebd., S. 116.

15 H. Seitz, Einige Gedanken zum Wandel der Anforderungen und zur Neustrukturierung der Ausbildung in kaufmännischen Berufen, in: F. Achtenhagen/E. G. John (Hrsg.), Lernprozesse und Lernorte in der beruflichen Bildung, Göttingen 1988, S. 485.

16 G. Schmid, Beschäftigungswunder Niederlande?, in: Leviathan, (1997) 3, S. 305.

IV. Jugendliche ohne Berufsausbildung und der schrumpfende Arbeitsmarkt für Un- und Angelernte

Die früher von einer positiven Angebot-Nachfrage-Relation gestützte, relativ problemlose Berufswahl an der ersten Schwelle (Übergang von der Schule zur Berufsausbildung) ist durch die Gegenläufigkeit der demographischen Entwicklung und der Reduzierung der Ausbildungskapazitäten zu einem restriktiven Prozeß der Berufswahl¹⁷ geworden. Ein immer größer werdender Teil der Jugendlichen (Hauptschüler) ist bereits hier zum Scheitern verurteilt. Dies sehen wir an den gestiegenen Arbeitslosenquoten der Jugendlichen unter 20 Jahren. Untersuchungen des Deutschen Jugendinstituts (DJI) zeigen, daß sich vor allem die ungelerten Jugendlichen auf dem Weg in die berufliche und soziale Marginalität – mit dem Ergebnis dauerhafter Ausgrenzung von Erwerbstätigkeit und mangelnder gesellschaftlicher Integration – befinden, weil es ihnen an Voraussetzungen und Möglichkeiten fehlt, durch Erwerbsarbeit ihren Lebensunterhalt zu sichern und ein eigenständiges Leben zu führen¹⁸. Nicht zuletzt liegt dies daran, daß ihnen ihre Referenzarbeitsplätze – in den niedrigqualifizierten Arbeitsbereichen – wegbrechen.

Projektionen der Struktur der Arbeitsplätze nach Qualifikationsebenen bis in das Jahr 2010 hinein¹⁹ zeigen, daß der Anteil der Arbeitsplätze, für die ein beruflicher Abschluß im dualen System oder der Berufsfachschule erforderlich ist, mit ca. 60 Prozent fast gleichbleibt. Der Anteil der Hochschulabsolventen dürfte von ca. 11 Prozent im Jahr 1987 auf etwa 18 Prozent im Jahr 2010 zunehmen. Komplementär zu dieser Entwicklung wird für den gleichen Zeitraum ein drastischer Rück-

gang der einfachen Tätigkeiten, für die keine Berufsausbildung notwendig ist, von 23 auf vielleicht nur noch 13 Prozent prognostiziert. Im Gefolge der Globalisierung von produktiven und Dienstleistungsarbeiten hat die Segmentierung der Zulieferindustrien, die Auslagerung von reinen Montagebetrieben mit standardisierter Produktion und hohen Stückzahlen sowie die Auslagerung von Massensachbearbeitung (z. B. in den Banken und Versicherungen) zu einem Abbau von einfachen Arbeitsprozessen (Un- und Angelerntenarbeitsplätze) geführt. Da diese aber zum Teil die Referenzarbeitsplätze für die Jugendlichen ohne Berufsausbildung darstellen, ist deren Arbeitslosigkeit stark angestiegen. Ökonomen und Arbeitsmarktforscher sprechen von einer zunehmenden Lücke von bis zu 3,2 Millionen Einfacharbeitsplätzen²⁰. „Personen mit niedriger oder ohne berufliche Qualifikation“ sind daher „in Zukunft fast ohne Chance auf stabile Beschäftigung“²¹. Davon sind die Jugendlichen ohne Berufsausbildung, deren Zahl sich aufgrund der demographischen Entwicklung noch erhöhen wird, besonders betroffen. Zwei Anfang der neunziger Jahre erstellte Studien zu diesem Problembereich zeigten bereits zum damaligen Erhebungszeitpunkt, daß in der alten Bundesrepublik ca. 500 000 und in der gesamten Bundesrepublik 800 000 Jugendliche im Alter von 20 bis unter 24 Jahren über keinen Abschluß in einem anerkannten Ausbildungsberuf verfügten²².

In den alten Bundesländern mußten mindestens 14 Prozent der Jugendlichen im Alter von 20 bis unter 24 Jahren zur Gruppe der Ungelernten gerechnet werden, in den neuen Bundesländern waren 9 Prozent der Altersgruppe ohne anerkannten Berufsabschluß. Der Anteil der Ungelernten an dieser Altersgruppe war in den neuen Bundesländern deshalb noch niedriger als in den alten, weil das in der DDR verfassungsmäßig verankerte Recht und die Pflicht auf Ausbildung und Arbeit noch positiv nachwirkte²³. In einer Untersuchung, die das EMNID-Institut im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft 1991

17 Vgl. L. Lappe/E. Raab, Ratsuchende bei der Berufsberatung. Untersuchung im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit, unveröff. Manuskript, Deutsches Jugendinstitut, München 1997; A. Kleffner/L. Lappe/E. Raab/K. Schober, Fit für den Berufsstart? Berufswahl und Berufsberatung aus Schülersicht, in: Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, (1996) 3.

18 Vgl. E. Raab, Jugend sucht Arbeit. Eine Längsschnittuntersuchung zum Berufseinstieg Jugendlicher, Deutsches Jugendinstitut, München 1996.

19 Vgl. M. Tessaring, Langfristige Tendenzen des Arbeitskräftebedarfs nach Tätigkeiten und Qualifikationen in den alten Bundesländern bis zum Jahre 2010. Erste Aktualisierung der IAB/Prognos-Projektionen 1989/91, in: Mitteilungen der Arbeits- und Berufsforschung (MittAB), (1994) 1.

20 Vgl. ders. (Anm. 1).

21 Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Förderung der Beschäftigung von Geringqualifizierten in Deutschland vor dem Hintergrund der Erfahrungen in Frankreich, den Niederlanden und Schweden, Bonn 1997.

22 Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Daten und Fakten über Jugendliche ohne abgeschlossene Berufsausbildung, Bonn 1991; S. Davids, Junge Erwachsene ohne anerkannte Berufsausbildung in den alten und neuen Bundesländern, in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, (1993) 2.

23 Vgl. S. Davids, ebd.

durchgeführt hat²⁴, wurden drei Gruppen von Jugendlichen – Ausbildungsverzichter, erfolglose Ausbildungsplatzbewerber und ersatzlose Abbrecher – mit unterschiedlichen Gründen und Motiven unterschieden. Hinsichtlich der Sozialstruktur der Jugendlichen ohne Berufsausbildung ließ sich feststellen, daß sich Ausbildungslosigkeit zwischen jungen Männern und Frauen gleichverteilte. Deutliche Unterschiede bestanden allerdings zwischen Ausländern und Deutschen, wobei der Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung der neuen Bundesländer marginal war (und noch ist); in den alten Bundesländern betrug er in der Altersgruppe der 20- bis 24jährigen 10 Prozent. Von diesen 10 Prozent ausländischen Jugendlichen blieben 39 Prozent ohne Berufsabschluß gegenüber 12 Prozent bei den Deutschen.

Junge Ausländer haben aufgrund sprachlicher Defizite schlechtere Chancen auf dem Ausbildungsstellenmarkt, sie verzichten aber auch häufig aus finanziellen Gründen auf eine Ausbildung. Ein noch düsteres Bild zeigt sich bei der Betrachtung der schulischen Bildungsabschlüsse. Sonderschüler und Jugendliche ohne Hauptschulabschluß sind überproportional an Ausbildungslosigkeit beteiligt.

Gemäß einer Nachfolgeuntersuchung, die das EMNID-Institut unter der Leitung des Bundesinstituts für Berufsausbildung (BIBB) im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung (BMBF), Wissenschaft, Forschung und Technologie durchgeführt hat²⁵, „sind im Juni/Juli 1998 11,6 % der 20- bis 29jährigen (Jugendlichen/d.Verf.) (rund 1,25 Millionen) ohne Berufsausbildung geblieben“, und sie befanden sich zum Befragungszeitpunkt auch in keiner Ausbildung/Schule. Obwohl nicht nur – wie 1990 – die 20- bis 24jährigen Jugendlichen befragt wurden, sondern das Alter auf 29 erhöht wurde, stellt Kloas²⁶ fest, daß sich der Anteil und damit das Problem der Jugendlichen ohne Ausbildung nicht reduziert habe.

Erwartungsgemäß stellen die Jugendlichen ohne Berufsausbildung die Mehrheit unter den arbeitslosen Jugendlichen. Ende September 1996 hatten von allen Arbeitslosen unter 25 Jahren 209 320 oder 58,9 Prozent keine abgeschlossene Berufsausbildung, bei den arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren war dieser Anteil allerdings weit höher:

Von dieser Gruppe waren 78,5 Prozent oder 68 195 ohne Berufsausbildung²⁷.

Ein Fazit aus den wenigen vorliegenden Studien besteht darin, daß Ausbildungslosigkeit nicht nur auf „lernbeeinträchtigte“ oder „sozial benachteiligte“ Jugendliche beschränkt ist; sie hat ihre Ursachen in komplizierten Lebenslagen zur Zeit des Übergangs von der Schule in den Beruf. In dieser wichtigen Phase fehlt es an Beratung, Betreuung und Unterstützung für Jugendliche, die mit der gleichzeitigen Lösung einer Vielzahl von Problemen – wozu etwa Konflikte mit Ausbildern, aber auch soziale/familiäre Probleme zählen – überfordert sind.

Im Rahmen der Diskussion um die praktisch orientierten Berufe stellt Kloas fest, daß sich in dieser großen Gruppe der jungen Menschen ohne Berufsausbildung viele befinden, an deren Leistungsfähigkeit kaum Zweifel angebracht sind. „Nicht alle sind leistungsschwach, und nicht alle Leistungsschwächeren weisen Lernprobleme im Theoriebereich auf bzw. sind praktisch begabt ... Abbrecherinnen scheitern sogar häufiger an Problemen mit der praktischen Ausbildung als an Theorieproblemen.“²⁸ Ich möchte diesen wichtigen Aspekt kurz mit der Diskussion um die sogenannten „Einfacharbeitsplätze“ in Beziehung setzen.

Zwar hat die hierarchische Abspaltung und Auslagerung von einfachen industriellen Arbeitsplätzen einen starken Abbau von Un- und Angelerntentätigkeiten zur Folge, dennoch finden wir – trotz aller Debatten über Höherqualifizierung – auch in den produktiven und dienstleistenden Großbetrieben immer noch einen erheblichen Anteil von repetitiver Teilarbeit und Massensachbearbeitung – Tätigkeitsfelder, auf die die Jugendlichen ohne Berufsausbildung, aber auch solche mit abgeschlossener Ausbildung ohne adäquaten Anschlußarbeitsplatz in zunehmendem Maße angewiesen sind.

Große Bereiche des Industrie- und Dienstleistungssektors sind nach wie vor durch die Form der restriktiven, repetitiven Teilarbeiten gekennzeichnet. Diese unqualifizierten Einsatzbereiche unterliegen allerdings seit Jahren einem Schrumpfungsprozeß. Anders ist es bei den unqualifizierten personenbezogenen Dienstleistungen. Nicht

24 Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, ebd.

25 Zit. nach P.-W. Kloas, Praktisch orientierte Berufe – ein unzureichendes Konzept, in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis (BWP), (1999) 1, S. 22 ff.

26 Vgl. ebd., S. 27.

27 Vgl. Arbeitsmarkt in Zahlen, Jüngere Arbeitslose. Zahlenübersichten aus der Sondererhebung über Arbeitslose, Ende September 1996, Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg 1996.

28 P.-W. Kloas (Anm. 25), S. 24 f.

nur die industrielle Massenfertigung und das Masengeschäft in Verwaltungsbereichen, sondern zunehmend auch weite Teile des Einzelhandels sowie des Gaststättengewerbes (speziell Fast-Food-Restaurants) sind nach tayloristischen Prinzipien organisiert, die Ritzer mit dem anschaulichen Etikett der „McDonaldisierung“ belegt hat²⁹. Die Partialisierung der Tätigkeiten auch in Arbeitsbereichen, in denen die Beschäftigten mit Kunden interagieren müssen, ist hier weiter fortgeschritten, als Taylor es sich jemals erträumt hat. Das Verkaufspersonal wird mit Hilfe eines detaillierten Codeplans darauf trainiert, mit den Kunden zu kommunizieren; die Arbeitshandlungen werden nach demselben Codeplan auf Verhaltenssicherheit hin überwacht. Die Begrüßungsszene, ein gelegentliches Lächeln, Verkaufsvorschläge, Bemerkungen usw. werden vorgeschrieben und in Probesituationen einstudiert, um beständige Geschäftsergebnisse zu erzeugen. Da viele der industriellen Einfacharbeitsplätze unwiederbringlich verloren sind, erhoffen sich nicht wenige Politiker und Wissenschaftler in der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage von solchen einfachen Dienstleistungstätigkeiten einen Ausweg aus der Arbeitsmarktmisere.

Das hieße aber, daß immer mehr Jugendliche schon zu Beginn ihres Arbeitslebens mit sehr geringen Anforderungsstrukturen (McDonaldisierung) und zudem mit „flüchtigen Arbeitsverhältnissen“ konfrontiert sind. Hinsichtlich des Arbeitsinhaltes und der Arbeitsbedingungen besitzen diese Tätigkeiten nur einen sehr niedrigen intellektuellen Anregungsgehalt und ein geringes Motivierungspotential. Die Frage ist, wie sich die Partialisierung der Arbeitsaufgaben, der Entzug von Verantwortung, das mangelnde Lernpotential der Tätigkeiten, die geringe soziale Transparenz der Arbeitsbereiche, der hohe Routinisierungsgrad und sehr kurze Arbeitszyklen auf die Persönlichkeitsentwicklung Jugendlicher unter jetzigen Bedingungen auswirkt.

Es ist leicht einzusehen, daß berufliche Entwicklungschancen in solchen restriktiven Bereichen nicht existieren. Hier wird man die verstärkte Deregulierung der Arbeitsverhältnisse – pervertierte Formen von *Kapovaz* (kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit) – nicht mit einer positiven Konnotation von Individualisierung in Verbindung bringen können.

²⁹ G. Ritzer, Die McDonaldisierung der Gesellschaft, Frankfurt am Main 1997.

V. Arbeitslosigkeit nach Ausbildungsabschluß oder nach außerbetrieblicher bzw. vollzeitschulischer Berufsausbildung

Ich hatte bereits angedeutet, daß die neuen Formen der Restrukturierung der Wirtschaft aufgrund ihrer Tendenz zu Konzentration und Ausgliederung zu hoher Arbeitslosigkeit und einem spürbaren Abbau der Ausbildungskapazitäten auch in den Kernbereichen der Industrie führen. Davon sind mehr und mehr auch die jüngeren, gut qualifizierten Arbeitskräfte und Berufsanfänger aller Ausbildungsebenen betroffen. Damit stellt auch eine vollständige Berufsausbildung keine hinreichende Bedingung mehr für einen Übergang von der Ausbildung in die Beschäftigung dar. Nach Schätzung des BMBF hat sich der Anteil der erfolgreichen Ausbildungsabsolventen, die sich unmittelbar nach Beendigung der Lehre beim Arbeitsamt arbeitslos meldet, von 1996 bis 1997 um zweieinhalb Prozentpunkte auf 27 Prozent erhöht. 54 Prozent der Absolventen der Berufsausbildung in Westdeutschland und 49 Prozent in Ostdeutschland wurden von den Ausbildungsbetrieben übernommen, mit sinkender Tendenz (Entwurf des Berufsbildungsberichts 1999 der Bundesregierung).

Differenzierter sind die Ergebnisse einer Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung, bei der von November 1995 bis Januar 1996 850 ostdeutsche Fachkräfte nach ihren Erfahrungen im ersten Jahr nach Ausbildungsabschluß befragt worden sind³⁰. Lediglich 43 Prozent der Absolventen gaben an, unbefristet und als Fachkraft übernommen worden zu sein, 37 Prozent erhielten keinerlei Übernahmeangebot, 17 Prozent konnten einen befristeten Arbeitsvertrag abschließen, und 3 Prozent wurde eine Angelerntentätigkeit angeboten. So meldeten sich unmittelbar nach Ausbildungsabschluß zunächst 28 Prozent der befragten Jugendlichen arbeitslos. Auffällig sind dabei Differenzierungen nach dem Beruf (z. B. Maurer 14 Prozent, Elektriker 19 Prozent, Warenkaufleute 43 Prozent und Bürokaufleute 58 Prozent), nach dem Geschlecht (Männer 19 Prozent, Frauen dagegen 43 Prozent) und nach Art der Ausbildung: So wurden Absolventen einer überbetrieblichen Ausbildung zu 69 Prozent arbeitslos, und nur 22 Prozent

³⁰ Vgl. H. Tuschke/J. G. Ulrich/G. Westhoff, Beschäftigungschancen von ostdeutschen Jugendlichen im ersten Jahr nach Ausbildungsabschluß, in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis, (1996) 4.

konnten im erlernten Beruf eine Anstellung finden. Nach zehn Monaten hatte sich die Arbeitslosigkeit zwar auf 26 Prozent reduziert, aber auch nur 31 Prozent waren als Fachkraft tätig. Betrieblich ausgebildete Jugendliche dagegen konnten zu 71 Prozent im erlernten Beruf beschäftigt werden und mündeten nur zu 19 Prozent in die Arbeitslosigkeit, ein Anteil, der sich in den folgenden zehn Monaten auf 8 Prozent reduzierte. Die relativ günstigen Beschäftigungschancen für die betrieblich ausgebildeten Fachkräfte deuten darauf hin, daß die Betriebe ihre Auszubildenden größtenteils bedarfsorientiert eingestellt haben. Hier dürfte nun genau auch die Hauptursache für die Übergangsschwierigkeiten von Absolventen der überbetrieblichen Ausbildung liegen. Der Mangel an betrieblichen Arbeitsplätzen und die entsprechend fehlenden Ausbildungskapazitäten waren ja gerade der Grund dafür, außerbetriebliche Ausbildungsplätze einzurichten – und damit Qualifikation über den konkreten Bedarf hinaus ‚zu produzieren‘. Auch der Umstand, daß insbesondere junge Frauen an der zweiten Schwelle – der des Überganges von der Ausbildung in den Beruf – zunächst in die Arbeitslosigkeit münden, ist weitgehend daraus zu erklären, daß sie überproportional überbetrieblich bzw. in Berufen mit besonders geringen Beschäftigungschancen ausgebildet werden³¹.

VI. Schlußfolgerungen

Angesichts der Probleme auf dem Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt für Jugendliche ist es offensichtlich, daß wir auch in Zukunft nicht ohne Förderprogramme auskommen werden. Dieser Tatsache hat die Bundesregierung mit ihrem Sofortprogramm Rechnung getragen. Es muß allerdings beachtet werden, daß wir es mit sehr verschiedenen Gruppen von Jugendlichen zu tun haben, die mit unterschiedlichen Problemlagen konfrontiert sind:

Zunächst einmal sind diejenigen Jugendlichen zu nennen, die als sogenannte „ausbildungsgerechte“ ihren Schulabschluß geschafft haben und noch nicht in eine Ausbildungsstelle vermittelt werden konnten. Hier halte ich die im Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit vorgesehe-

31 Vgl. U. Berg/L. Lappe/A. Ringer/A. Bläsche, Innovative Programme gegen die Jugendarbeitslosigkeit, in: SAMF-Arbeitspapier, (1998) 2, S. 48 und S. 55 ff. (SAMF = Arbeitskreis Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung)

nen Trainingsmaßnahmen für noch nicht vermittelte Bewerber für sinnvoll. In Regionen mit einem unterdurchschnittlichen Ausbildungsstellenangebot (im Osten der Bundesrepublik) ist unbedingt an den Formen der außerbetrieblichen Ausbildung festzuhalten. Zwar ist eine betriebliche einer Ausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen vorzuziehen. Aber außerbetriebliche Einrichtungen sind notwendige Ergänzungen des betrieblichen Ausbildungsangebots, die vor allem für die jungen Frauen in den östlichen Regionen der Bundesrepublik verstärkt angeboten werden müssen.

Bei den Jugendlichen ohne Berufsausbildung handelt es sich nur z. T. um leistungsschwächere Jugendliche, die aufgrund ihrer persönlichen Entwicklung und schulischen Vorbildung nicht über die Voraussetzungen für die Erfüllung aller Anforderungen anspruchsvoller Ausbildungsberufe verfügen. Jugendliche, die die Schule ohne Schulabschluß oder nur mit einem in vielen Regionen kaum mehr verwertbaren einfachen Hauptschulabschluß verlassen, haben die geringsten Chancen, anschließend eine qualifizierte Berufsausbildung zu bekommen³². Ihnen muß – wie im „Sofortprogramm“ vorgesehen – die Möglichkeit geboten werden, den Hauptschulabschluß nachzuholen. Zu verweisen ist hier auf das Berufsvorbereitungsjahr, das neben der Vorbereitung auf bestimmte Berufsfelder auch immer diese Möglichkeit bieten sollte. Münden diese Jugendlichen in eine betriebliche Ausbildung, so sollte diese durch ausbildungsbegleitende Hilfen (Stützunterricht und sozialpädagogische Angebote) unterstützt werden. Für Jugendliche, die aufgrund sozialer Benachteiligungen oder individueller Beeinträchtigungen die beruflichen Eingliederungsangebote von Schule, Arbeitsverwaltung und Wirtschaft nicht nutzen können, bieten die Jugendämter in Zusammenarbeit mit den freien Trägern der Jugendhilfe besondere Unterstützungsleistungen an – in Form von Beratungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekten oder in sogenannten Jugendhilfebetrieben. Zu verweisen ist hier auf spezifische Maßnahmen des Sofortprogramms: „Arbeit und Qualifizierung für noch nicht ausbildungsgerechte Jugendliche“ (Artikel 6), „Beschäftigungsbegleitende Hilfen“ (Artikel 10) und „Soziale Betreuung zur Hinführung an Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen“ (Artikel 11)³³.

32 Vgl. H. Rademacker (Hrsg.), Hilfen zur beruflichen Integration. Beispiele und Empfehlungen zur Gestaltung kommunaler Berufsbildungspolitik, München 1999, S. 141.

33 Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung/Bundesministerium für Bildung und Forschung, Eckpunkte für ein Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeits-

Wie gezeigt werden konnte, hat die Arbeitslosigkeit Jugendlicher an der zweiten Schwelle nach einer qualifizierten Ausbildung – der der Berufseinmündung – vor allem in den neuen Bundesländern stark zugenommen. Diesem Problembereich sind im Sofortprogramm die Maßnahmen der „Beruflichen Nach- und Zusatzqualifizierung“ (Artikel 7), die „Lohnkostenzuschüsse für arbeitslose Jugendliche“ (Artikel 8) und die „Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM)“ (Artikel 9) gewidmet. Aus meiner Sicht handelt es sich hier um einen Schritt in die richtige Richtung, weil Beschäftigungs- und Arbeitsbeschaffungs- oder Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) nach § 273 Sozialgesetzbuch (SGB) III ihre Funktion als Beschäftigungsbrücke erst dann nachhaltig entfalten können, wenn sie mit flankierenden Qualifizierungsmaßnahmen verbunden sind³⁴. So sollten beispielsweise ABM nicht wie bei erwachsenen Erwerbstätigen „reine Eingliederungsmaßnahmen“ in den (öffentlich geförderten) Arbeitsmarkt sein, sondern sie müssen bei Jugendlichen viel stärker mit Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung – z. B. „Arbeiten und Lernen“ – verbunden sein. Der Zugang jugendlicher Arbeitsloser zu AB-Maßnahmen sollte nicht über Ausnahmen, sondern systematisch geregelt werden, die Zugangsvoraussetzungen zur beruflichen Weiterbildung sollten so angeglichen werden, daß sie ihre Funktion als flankierende Qualifizierungsbrücke auch erfüllen können.

Zu empfehlen ist, den Zugang Jugendlicher zu den Strukturanpassungsmaßnahmen nach § 273 SGB III erheblich zu verbessern und den Erfolg dieser Beschäftigungsbrücke durch begleitende Qualifizierungsmaßnahmen sicherzustellen. Die Jugendhilfebetriebe sollten im Interesse sozial benachteiligter Jugendlicher verstärkt gefördert werden. Sie entsprechen am besten der Strategie von Übergangsmärkten und bilden eine Brücke zum regulären Arbeitsmarkt – was vor allem deshalb der Fall ist, weil die Beratung, Ausbildung und Beschäftigung in diesen Betrieben mit intensiven Qualifizierungsmaßnahmen verbunden sind.

Interessant ist eine Innovation aktiver Weiterbildungspolitik an der Schnittstelle zwischen Bil-

losigkeit – Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung Jugendlicher, in: Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis (BWP) spezial, 1 (1999) 6.

34 Vgl. G. Schmid, Übergänge in die Vollbeschäftigung. Formen und Finanzierung einer zukunftsgerechten Arbeitsmarktpolitik, in: WZB-Discussion-Paper, Berlin 1994; ders., Reform der Arbeitsmarktpolitik. Vom fürsorgenden Wohlfahrtsstaat zum kooperativen Sozialstaat, in: WSI-Mitteilungen, (1996) 10.

dungs- und Beschäftigungssystem – das Konzept von „Weiterbilden und Einstellen“. „Es ist bekannt und von der Forschung hinreichend belegt, daß Weiterbildung dann am effektivsten und effizientesten ist, wenn sie aus konkretem Anlaß und bei Aufrechterhaltung des Beschäftigungsverhältnisses erfolgt.“³⁵ Daher sollte dieses in Schweden und Dänemark erfolgreich praktizierte „Stellvertreter- oder Rotationsmodell“ auch bei uns gefördert werden.

Abschließend sei betont, daß den Jugendlichen, die vor oder nach einer Ausbildung Startschwierigkeiten beim Einstieg ins Berufsleben haben, frühzeitig individuelle Hilfen zur Verfügung gestellt werden müssen. Persönliche und soziale Folgekosten können auf diese Weise minimiert werden. Direkte finanzielle Zuwendungen stellen nur die eine Möglichkeit dar, die problematischen Positionen von Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt auszugleichen. Ein anderer, offensichtlich erfolgversprechender Weg liegt in einer Bündelung von Information, direkter Kommunikation und konkreter Beratung in den entscheidenden Phasen: an den Schwellen zu Ausbildung und Beruf. Die Jugendlichen müssen Ansprechpartner haben, mit denen sie ihre Schul- oder sozialen Probleme, ihre Schwierigkeiten bei der Ausbildung besprechen können und wo ihnen notfalls auch schulische Betriebspraktika, Jobs und vieles andere mehr vermittelt werden können. Bei einer solchen Angebotsstruktur würde es sich um ein System handeln, das die Jugendlichen nicht lediglich in Maßnahmen (ab)schiebt, sondern ein breites Angebot bereithält, das sie sozusagen „auffordert“, die nächsten Schritte zwar begleitet, aber dennoch selbständig zu tun. Gerade für Jugendliche, die aus allen Fördermöglichkeiten „herausgefallen sind“, sind kommunale Anlaufstellen von großer Bedeutung. Auch wenn diese Einrichtungen, gemäß ihrem im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) geregelten Aufgabenbereich, (zuständigkeitshalber) nicht im Sinne einer von den Arbeitsämtern zu leistenden Berufsberatung tätig werden dürfen, wird doch die begleitende Unterstützung im Berufsfindungs- und Einstiegsprozeß immer wichtiger. Bei den Ratsuchenden, die sich an die Kontaktstellen wenden, geht es meist nicht nur um Fragen der fachlichen Eignung für einen bestimmten Beruf, sondern auch um familiäre oder soziale Probleme, die den Berufseinstieg überschatten. Dies erfordert nicht nur, einen intensiven Kontakt zu den Jugendlichen herzustellen, um ein Vertrauensverhältnis aufzubauen. Wichtig ist aus der Perspektive der betreuenden Experten vor

35 Ebd., Übergänge ..., S. 45.

allein die Kooperation mit den zuständigen Institutionen (Arbeitsämtern, Betrieben, Trägern, Kommunen) und der Aufbau von Netzwerken. Solche Kontaktmöglichkeiten stellen nicht nur einen regel-

mäßigen Informationsaustausch sicher, sondern sie bilden auch die Basis für regionale Initiativen, die dann an die entscheidenden Stellen weitergeleitet werden können.

Christian Pfeiffer/Peter Wetzels: Zur Struktur und Entwicklung der Jugendgewalt in Deutschland. Ein Thesenpapier auf Basis aktueller Forschungsbefunde

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/99, S. 3–22.

Die polizeilichen Kriminalstatistiken zeigen seit Ende der achtziger Jahre drastische Anstiege der Jugendgewalt. Die Befunde geben Anlaß zu differenzierter Betrachtung. So ist eine Veränderung der Deliktschwere und der Täter-Opfer-Beziehungen zu konstatieren: Fälle mit weniger starken Verletzungsfolgen und geringeren finanziellen Schäden haben besonders stark zugenommen. Ferner ist der Anteil solcher Gewaltvorfälle erheblich größer geworden, bei denen Täter und Opfer verschiedenen ethnischen Gruppen angehören. Der größte Teil der Jugendgewaltdelikte geschieht zwischen Gleichaltrigen und wird der Polizei nicht angezeigt. Fälle aber, die sich zwischen Angehörigen verschiedener ethnischer Gruppen ereignen, haben eine erhöhte Anzeigewahrscheinlichkeit. Wegen des Anstiegs solcher Täter-Opfer-Konstellationen hat die Jugendgewalt real nicht so stark zugenommen, wie die polizeilichen Daten es zeigen. Ein Teil des Anstiegs ist auch auf erhöhte Anzeigequoten zurückzuführen. Jugendgewalt ist ferner nicht geschlechtsneutral. Täter wie Opfer sind überproportional häufig junge Männer mit schlechten Bildungschancen aus sozial benachteiligten Familien. Gewalt im Elternhaus ist eine weitere wichtige Einflußgröße. Schlechte Bildungschancen, sozioökonomische Belastungen sowie innerfamiliäre Gewalterfahrungen sind maßgebliche Risikofaktoren. Je mehr solche Belastungen Jugendliche aufweisen, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, daß sie sich in devianten Jugendgruppen zusammenschließen und Gewalttaten begehen. Junge Ausländer sind besonders stark mit solchen Risikofaktoren belastet. Bei ihnen sind dementsprechend die Täterraten deutlich überhöht. Dies gilt vor allem für junge Migranten, die schon längere Zeit in der Bundesrepublik Deutschland unter den Bedingungen sozialer Benachteiligung aufwachsen.

Ute Schad: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen und soziologisch-pädagogische Defizite

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/99, S. 23–29.

Im Beitrag werden die umfassenden gesellschaftspolitischen und historischen Dimensionen der Phänomene Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus skizziert. Gleichzeitig wird vor einer Verkürzung der Thematik auf ein Jugendphänomen gewarnt und eine kritische Auseinandersetzung mit den Folgen einer überwiegend pädagogisch-soziologischen Betrachtungsweise geführt. Im Unterschied zu gängigen Desintegrationsansätzen wird die Anfälligkeit gut integrierter sozialer Gruppen für Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus untersucht. Ein besonderes Augenmerk gilt der Verbreitung autoritärer Einstellungen unter Angehörigen von sozialen Eliten.

Lothar Lappe: Berufliche Chancen Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/99, S. 30–39.

In diesem Beitrag werden die Auswirkungen einer veränderten Ökonomie auf die berufliche Einmündungsphase von Jugendlichen diskutiert. Vorgetragen werden drei Argumente: *Erstens* wird die Ausbildungs- und Arbeitssituation für eine schrumpfende Mehrheit von Jugendlichen immer qualifizierter und differenzierter. Die modernisierten und höherqualifizierten Bereiche unserer Erwerbsgesellschaft verlangen von den neu in das Erwerbsleben eintretenden Jugendlichen neue und höhere Qualifikations- und Persönlichkeitsvoraussetzungen. Diesen gestiegenen Anforderungen in den qualifizierten Ausbildungs- und Arbeitsbereichen werden die benachteiligten Jugendlichen immer weniger gerecht. *Zweitens* verzeichnen wir einen hohen Sockel an Jugendlichen ohne Berufsausbildung, die zunehmend in Arbeitslosigkeit münden, da die Referenzarbeitsplätze für diese gering qualifizierten Arbeitskräfte (Einfacharbeitsplätze) wegrationalisiert werden. Hier kann das Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit zumindest im Vorbereich des Arbeitsmarktes Abhilfe schaffen. Die von vielen Politikern und Wissenschaftlern vorgeschlagene „Schaffung“ eines Arbeitsmarktes mit Einfach Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich dürfte dagegen einigermaßen problematisch sein. *Drittens* haben die neuen Formen der Wirtschaft, die eine Antwort auf die gerade überwundene Strukturkrise darstellen, nicht nur zu einem spürbaren Abbau der Ausbildungskapazitäten geführt. Die Betriebe sind auch von der bisherigen Praxis der faktischen Übernahmegarantie abgegangen, so daß die Arbeitslosenquote auch gut ausgebildeter Jugendlicher in den letzten Jahren gestiegen ist.

Angesichts dieser Probleme auf dem Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt für Jugendliche ist es offensichtlich, daß wir auch in Zukunft nicht ohne Förderprogramme auskommen werden.